

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 6. Dezember 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:  
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
Einzeln Nummern 5 Pf. Sonntags-  
Nummer mit illustriertem Sonntags-  
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
Eingetragen in der Post-Bestellungs-  
Zeitschrift für 1901 unter Nr. 7671.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er erscheint täglich außer Montags.

#### Die Inserations-Bedingungen

betragt für die sechsgepaarte Kolonne  
zwei oder deren Raum 40 Pf., für  
politische und gesellschaftliche Verord-  
nungen und Verordnungen 20 Pf.,  
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
für das erste Wort frei. Inserate für  
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 11 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“

#### Verurteilt!

**Bebel:** Der Lehrer fragte den Kleinen, warum er denn in den Himmel wolle, und was war die Antwort? Da hätte ich keinen Hunger mehr! Gibt es etwas Empörenderes, gibt es etwas Aufreizenderes gegen die heutige Gesellschaftsordnung, als diese Aeußerung des Kindes? ...

**Graf v. Arnim:** Der Vater hat vielleicht alles vertraut! (Stänische Pfui-Rufe bei den Socialdemokraten.)

**Bebel:** Das ist eine Infamie! Der Herr lacht, das ist eine Gemütskrankheit! (Stänische Zustimmung links. Lärm rechts.)

In der Donnerstagssitzung des Reichstags erreichte die Zolldebatte ihre Höhe. Die große Anklagerede Bebels wurde die endgültige und unerwidliche Verurteilung des Brotwuchers und diese Verurteilung wurde verhärtet durch die Selbstverurteilung, die der freikonservative Abgeordnete Graf Arnim herbeiführte.

Der Zwischenruf, den Graf Arnim in die Schilderung Bebels vom Rotstand der Arbeiterschaft warf, enthielt tiefer als alle gegenwärtige Kritik das wahre Seelenwesen des Brotwuchers und seiner Parteien.

Bebel sprach von den wirklich Kollidenden, schilderte Vorkommnisse aus dieser und jener Stadt, wie Arbeitslosigkeit und Hunger, Krankheit und Tod unter den Ärmsten verheerende Opfer fordern. Er zwang das ganze Haus in den Bann dieser erschreckenden Wahrheitsbilder, die Junter der Rechten schweigend betraten. Nun schilderte Bebel eine Scene aus Köln, wie ein Kind in der Schule dem Lehrer auf die Frage, warum es denn in den Himmel wolle, erwiderte: damit ich nicht mehr hungern muß! — da entfloß das verräterische Wort dem Munde des freikonservativen Grafen Arnim, des Schloßherrn von Wunsau:

#### Vielleicht hat der Vater alles vertraut!

In diesem Wort enthielt sich der Abgrund der brotwucherischen Eitelkeit. Dies eine Wort verlor sich weithin die schmachtvolle Gewissenlosigkeit und Rohheit der Parteien, die den Brotwucher fordern. Wohl gibt es einzelne Fälle, wo durch zerstückte Familienverhältnisse die Kinder darben, — aber auch diese Zustände sind eine Anklage gegen die Gesellschaft, die sie erzeugt und fördert. Aber in einer Entlohnung der Kollage weitester Schichten, die jede neue Belastung ausschließen muß, in einer Schilderung, die jedem Fühlenden das Herz erbeben ließ, nichts zu empfinden als den elken Cynismus, aus dem jener Ruf entsprang und der die schwere Last der Zeit, die durch die Herrschenden verschuldet ist, der Lasthaftigkeit den Armen aufbürdet, der die Schuld am Hunger der Kinder dem unglücklichen Vater zuwälzt, — das war die Selbstoffenbarung der Gemeinheit.

Diese Selbstoffenbarung erneuerte und verschärfte der edle Graf, als er am Schluß der Sitzung seinen Ruf zu verteidigen suchte. Er hatte nicht das Empfinden, daß er sich irgendwie zu entschuldigen haben müsse. Er suchte nur durch dreifache Entstellung seiner stenographisch festgestellten Schande-Wildung; er habe nicht eine Behauptung ausgesprochen, sondern eine Frage gestellt. Dies war eine von Bebel sofort festgestellte Unwahrheit; doch wäre es keine Unwahrheit, so ist darum dies Geständnis seiner Bestimmungen nicht im geringsten weniger belastend für den Führer einer der eifrigsten Arbeiterparteien.

Auch die ganze Rechte empfand die Selbstverurteilung; Graf Schwerin-Löwitz, der neben Arnim saß, sprang entsetzt auf, als der Ruf fiel, und Graf v. Valle streifte sich zu retten, was zu retten war, indem er den durch den parlamentarischen Brauch erforderlichen Ordnungsruf gegen Bebels schneidende Abfertigung Arnims dadurch zu einem moralischen Ordnungsruf gegen Arnim gestaltete, daß er erklärte, Bebel sei zu seinen Worten durch den Abg. Arnim schwer provoziert worden.

Graf Arnim hat die Arbeiterparteien schwer getroffen, indem er ihre wahren Bestimmungen, die sie süng zu verbergen versuchten, in beschränkter Tadelhaftigkeit vor aller Welt kund machte. Die elementare Empörung in den socialdemokratischen Reihen, die der Cynismus des Mitgliedes der Stumpfpartei erregte, wird weithin in das Land, ortschwingen und die Aufreizung der Massen gegen den Wuchertarif und die Parteien des Wuchertarifs fördern. Wir sind dem Grafen Arnim, dem Verteidiger des Hänge-Peters und aller Kolonialabsichten dankbar verpflichtet, daß er auch im jetzigen Kampfe das richtige Wort für das Treiben der Arbeiterparteien gefunden ...

Die Dienstagssitzung begann mit einer Ministerrede und schloß mit zwei Ministerreden, die Bebel hervorgerufen hatte.

Zunächst sprach erstmals als Minister Herr Möller, der Minister gegen den Handel. Der Kaiser hat gesagt: Den langen Möller werde ich gebrauchen können; aber die erste Ministerrede dürfte die ministerielle Brauchbarkeit des Herrn Möller nicht erwiesen haben. Minister Möller sagt vor dem Abgeordneten Möller nur dadurch hervor, daß er rednerisch noch langweiliger erscheint als früher. Der Inhalt seiner Rede ist schon bekannt aus den häufigen Trinkreden, die er im Lande eifrig gehalten. Er sprach vom guten Einkommen der Arbeiter und von den armen Landwirten, von den Interessen, die mit einander in Konflikt stehen und die ausgeglichen und ausgeglichen werden sollen auf der mittleren Linie. Herr Möller wachte die Heiterkeit des ganzen Hauses, als er zugestand, er habe sich im Laufen auf dieser mittleren Linie zwischen zwei Stühlen geübt, aber er hoffe sich wieder emporzuheben. Die Weisheitskrone, die die Konservativen dem Minister spendeten, obgleich er auch ein laies Wort gegen die Ueberspinnung des agrarischen Gegens sprach, werden ihn sicherlich nicht aus der hilflos lömischen Lage zwischen den beiden Stühlen befreien.

Nach dem Minister kamen zwei Herren aus dem Hause zu Worte, die zu den ernstesten Parteivertretern nicht gezählt werden können. Herr Vogel, der Antisemit, und Herr Rißler, der bairische Metzgermeister und Rentmiedler, versuchten nicht ohne Erfolg, die rechte Seite des Reichstags zum Glauben zu verwandeln. Was ihnen an Sachkenntnis mangelte, das ersetzten grobe Schlagworte. Nach diesen Reden waren alle Parteien einmal zu Worte gekommen. Bemerkenswert ist nur, daß bisher kein Redner der sächsischen Volkspartei das Wort verlangt hat.

Es darf ausgesprochen werden, daß durch die nun folgende große Anklagerede Bebels die Debatte erst zu derjenigen Größe emporwuchs, die dem furchtbaren Ernst dieser Wuchervorlage geziemt. So Vortreffliches in den früheren Tagen schon durch verschiedene Redner über die Gefahren des neuen Tarifs gesagt war, so war es doch der großen Leidenschaft Bebels vorbehalten, die wahrhaft erschütternde Anklagerede gegen das Wuchergesetz zu schleudern. Die Rede Bebels fachte eine parlamentarische Scene größter Bedeutung herbei, in der das ganze Haus, die Rechte wie die Linke in lebendigster Anteilnahme und gesteigertster Spannung mitthätig wurden; in zahllosen Zwischenrufen, in härmischen Erregungen bekundete sich Schreck und Mut der Wucherparteien, denen der erste Versuch leichtsinniger Lachhaft schnell verfiel, andererseits begeisterte Freudigkeit der socialdemokratischen Reihen.

Bebel begann seine großartig und in durchsichtiger Klarheit aufgebaute Rede mit einer allgemeinen Charakteristik der wucherischen Parteien. Er geißelte den Monarchismus, der bei verweigerter Vollerhöhung auf Null sinkt und bei Vollerhebung in Republikanismus umschlägt; er sprach seinen Ekel aus vor der Religiosität, vor dem Christentum, das als Deckmantel des religionswidrigen, unchristlichen Brotwuchers mißbraucht wird; er sagte dem Reichstagsler, daß dieser, wenn er die Interessen der Nation zu vertreten vorgebe, allerdings die Interessen der Ausbeuter-Nation fördere, aber die Socialdemokratie vertrete die Interessen der armen Nation, die mit jener im gleichen Lande lebe, der Nation der Ausgebeuteten.

Weiter erwieh Bebel die Unsinngkeit des neuen Tarifs aus den eigenen Worten, mit denen die Reichsregierung vor 10 Jahren die Handelsvertragspolitik einleitete; er eiterte Ansprüche von Konservativen und Centrumpolitikern, die sich schon gegen die Hölle, wie sie jetzt geplant sind, als unmöglich und unmöglich für die Landwirtschaft gewendet hatten; er gab eine eindringliche Uebersicht über die zahllosen großen und kleinen Mittel, durch die je und je in allen Bundesstaaten, besonders in Preußen, der größere Grundbesitz auf Kosten der arbeitenden Klassen bereichert wurde. Nun folgte die Schilderung der jetzigen Lage der Landwirtschaft, die, so weit die größeren und mittleren Besitztümer in Frage gestellt werden, keineswegs eine able ist; die Eingabe des Bundes der Landwirte klagt über unlohnende Produktion und wachsendes Defizit, aber würde wohl dauernd die Anbaufläche ausgedehnt werden, wie die Statistik zeigt, wenn mit jeder Ausdehnung das Defizit wächst? Ein schlagender Beweisgrund reichte sich an den andern, und der Redner belebte den spröden Stoff der Statistik, indem er in passenden Stellen hier die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung der Gegenwart aufwies, dort brennende Lichter auf die habgierige Sinnigkeit der herrschenden Klassen warf.

Bebel legte dar, wie nur die größeren Besitztümer von den Jüden haben und den größten die Besitztümer der umfangreichen Fideikommissäre, der hohe Adel und nicht zuletzt die Fürsten; wolle man so dem Volke die Krönung für die Monarchie erhalten, indem man den Reichtum der Monarchen durch die Opfer der Armen vermehre? Bebel erregte die Wucherparteien zu aufschreiender Wut, als er klärte, die Reihen dieser Fraktionen würden sich stark lichten, wenn durch Geschäftsordnung bestimmt würde, die an einer Gesetzesvorlage Interessierten dürfen an der Abstimmung nicht teilnehmen. Wohl erreichte an dieser Stelle wie wiederholt der Präsident den Ordnungsruf, doch die leidenschaftliche Anklage Bebels stürzte über diese Hindernisse hinweg und sprach aus, was die Wahrheit und die Wohlfahrt des Volkes fordern.

In schroffer Gegenüberstellung zu den maßlosen Bereicherungsplänen für die Junker und Großbauern schilderte Bebel die Lage der Arbeiter, der kleinen Bauern, der Handwerker, der kleinen Beamten. Den Arbeitern giebt das Reich 40 Millionen im Jahr, den Grundbesitzern an 1300 Millionen schon jetzt, und das alles ist nicht genug! Da sprechen die Arbeiterparteien und die Regierung von Hilfe des Mittelstandes und von allgemeinem Wohl! Die Folge solcher Politik müsse sein: die Empörung der Masse und der Aufruhr!

Bebel beschloß seine Rede, indem er den Reichstagsler als besten Umsturzförderer begrüßte und die Auflösung des Reichstages und die Befragung der Wähler forderte.

Mit dieser wichtigsten Anklagerede hatte sich die Bedeutung der Sitzung erschöpft. Die beiden Minister, die einiges gegen Bebel vorzubringen unternahmen, hatten geringen Erfolg selbst bei den Arbeiterparteien. Zunächst produzierte sich, gleich Herrn Möller zum erstenmale im Reichstag und mit gleichem Erfolge oder Mißerfolge wie Herr Möller der preussische Finanzminister v. Rheinbaben. Er wollte beweisen, daß Graf Wilsow und Herr Köster noch nicht an letzter Stelle der Ministerfähigkeiten stehen, und er erbrachte diesen Beweis vortrefflich. Herr v. Rheinbaben ist der Typus des preussischen Amtsvorstehers, er erklärt geradenwegs aus der Goupinonischen Ueberpelz-Stomodie entlaufen, welche die Schmeichelei spottet, der jedes lächerlich mißlingt. Schneidig ist Herr v. Rheinbaben, schneidig, wie es sich dem eifrigsten Sachbearbeiter ziemt, und der Schneidige ist in Preußen zu allem befähigt. Herr v. Rheinbaben war vor kurzem noch Polizeiminister in Preußen und in begrifflicher Verwechslung mit dieser früheren Rolle sprach er im rechten Polizeiton von der Socialdemokratie, die noch immer ungenauert zum Aufruhr rufe, wie soeben Bebel bewies; ein ehemaliger Polizeiminister kann nicht begreifen, daß nicht die Social-

demokratie zum Aufruhr rufe, sondern die Regierung und die Parteien des Zollwuchers, indem sie die arbeitenden Klassen in verzweifelter Verbitterung treiben. Dann aber wurde aus dem Polizeiminister der Finanzminister, der endlose statistische Uebersetzungen seiner Geheimräte dem Hause vorlas; da er jedoch agrarische Gemeinpläßigkeiten reichlich austreute und die Bebel'sche Schilderung von der Lage der Arbeiter durch die tief sinnige Erklärung, daß es Glend allerdinge stets gegeben habe, bekämpfte, so erhielt er den verdienten Lohn eifriger antisemitischen Weisheitsgelähms.

Schließlich sprach der sächsische Minister des Innern v. Weyßh, dem ebenfalls Bebel durch seine Attacke auf die Brotwuchermittelschuld der Regierung des industriellsten Staates und auf die Mißhandlung der Arbeiterinteressen in Sachsen herausgefordert hatte. Aber, obgleich Herr v. Weyßh in der Einsicht, nicht vor dem sächsischen Klassenwahlparlament zu stehen, sich äußerst zurückhielt, verunglückte sein Auftreten völlig. Er mußte zugestehen, daß in Sachsen nur ein verschwindend geringer Bevölkerungsanteil Vorteil von den Kornzöllen habe, suchte dafür die Anspornung der Industrie-Arbeiter durch die wunderbare Beweisführung zu entschuldigen, daß die von Bebel angeführte Rot des Arbeiters doch nicht so schlimm sei, denn „das liegt so in der ganzen Zeit“ und „ein wirklicher und exorbitanter Rotstand existiert in Sachsen nicht“.

So verblieb nach drei agrarischen Ministerreden und zwei Wucherreden aus dem Hause der Socialdemokratie ungeteilt der moralische Sieg.

Bebel hat den aufs Außerste gerichteten socialdemokratischen Widerstand gegen den Zollwucher proklamiert, und für Regierung und Wucherparteien bricht die Erkenntnis an, daß die Mehrheit der Zahl noch längst nicht den Erfolg zu sichern vermag!

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Dezember

#### Sonnenfreude.

Das überaus harte Urteil der Berliner Strafkammer über zwei Redacteure des „Vorwärts“ hat die Auktivpresse nicht froh werden lassen. Erst schweig man verlegen, dann versuchten wenigstens die schamlosesten Blätter, eine Formel zu finden. Die „Berliner Nachrichten“ und „Berliner Volkszeitung“, die früher die Humenbriefe als Fälschungen des „Vorwärts“ und seiner Hintermänner denunziert hätten, können nun zwar diese dumme Verleumdung nicht mehr aufrecht erhalten, und sie begnügen sich, aus den staatsanwaltlichen Darlegungen einige Brocken wiederzulassen.

Die „Konservative Korrespondenz“ spendet der rathlosen Kreisblattpresse die beliebte Phrase, daß die scharfe Strafe nicht die wirklichen Anstifter, sondern deren Werkzeuge getroffen habe. Außerdem spricht sie von dem „Humenbrief-Schwindel“. Unter Schwindel versteht offenbar das amtliche Organ entweder eine Thatsache, die durch die Zeugenaussage als noch schlimmer festgestellt worden, oder eine Wahrheit, deren Beweis vom Gericht abgebrochen worden ist.

Groß ist dagegen der Jubel derselben „Aölnischen Ztg.“, die wir vergebens als Zeugin für das Humenbrieftum vor das Gericht zu suchen suchten. Sie kreischt in den höchsten nationalen Tönen und, indem sie das Angenehme mit dem Nützlichen verbindet, sucht sie gleichzeitig — ihrem englischschwärmerischen Auftrag gemäß — die Anti-Chamberlain-Kundgebungen zu beschwichtigen.

Die „Aölnische Zeitung“ ist der beherrschenden Meinung, „daß die deutsche Oeffentlichkeit, soweit sie auf nationale Ehre und Reputation hält und diese in dem aus der allgemeinen Uebersicht hervorgegangenen Heere verkörpert sieht, daß alle wahrhaft national empfindenden Kreise des deutschen Volkes, die durch jene Beschimpfungen deutscher Soldaten auf das peinlichste verärgert worden waren, es mit Genugthuung begrüßen werden, daß diese unwürdigen Schmähungen eine exemplarische Sühne gefunden haben. Diesen Kreisen hat das Berliner Gericht auch dadurch aus der Seele gesprochen, daß es einen erschwerenden Umstand in der Thatsache erblickt, daß Deutsche gegen Deutsche so große Beleidigungen ausgesprochen haben.“

Diesen national empfindenden Kreisen wird von der großen Hu-moristin am Alben eine außerordentlich große Genügsamkeit zugesprochen. Diese Nationalen sind schon befriedigt, wenn überhaupt nur jemand bestraft wird — wenn auch unter Ausschluß des Wahrheitsbeweises. Minder anspruchsvolle nationale Leute müßten sich vielmehr darüber enträsten, daß das Gericht keinen Beweis zuließ, und damit alle gegen das Humenbrieftum erhobenen Anklagen in un-verminderter Schwere fortbestehen.

Aber die Sonnenfreude der „Aöln. Ztg.“ über die 18 Monate Gefängnisstrafe ist so stark, daß sie die wildesten Clownpirleinge macht. Warum, fragt das Blatt, waren nicht bei jenen Beschimpfungen des deutschen Heeres die „Professoren, Pastoren, Studenten und sonstige Reichsbürger in flammenden Entrüstungs-kundgebungen gegen ein solches Gedwahren aufgetreten? Dieselben Leute, die neulich ob einer weit harmloseren Aeußerung des britischen Ministers Chamberlain vor patriotischer Entrüstung überschäumten, haben es damals der nationalen Presse ablassen lassen, unsere Soldaten gegen die Schmähungen zu verteidigen. Chamberlain ist vielleicht noch der mildere Umstand der Unwissenheit und der Unkenntnis deutscher Heeres- und Wehrverhältnisse zuzubilligen, die deutschen Verunglimpfer unserer Arme aber handelten wider besseres Wissen.“

Wie können der „Aölnischen Zeitung“ den Grund angeben. Diese Professoren, Pastoren, Studenten und sonstigen Staatsbürger hätten sich wohl sehr gern enträstet, wenn sie nicht alle überzeugt gewesen wären, daß die Socialdemokratie die Wahrheit sprach, genau so überzeugt wie der China-Berichterstatter der „Aölnischen Zeitung“. Und wenn sie sich nur wider besseres Wissen hätten

entziehen zu lassen, sie hätten es nicht wagen können, weil man sie im Gefächter ersticht hätte.

Schließlich bemerkt die „Ndn. Ztg.“: „Geben wir in den dreißig Jahren, die seit dem großen Kriege hinter uns liegen, solche Rückschritte in der Gestaltung und in der Verfassung der Menschheit gemacht, daß die Patrioten dabei deutsche Krieger solcher Nummern haben für fähig gehalten? Wäre das der Grund, hätten unsere Soldaten in China wirklich wie die Besten gekämpft, dann hätten wir alle Ursache, zunächst vor der eignen Thür zu stehen, und die Aufregung über britische Gräueltaten in Südafrika wäre ungerechtfertigt und geradezu lächerlich. Jedenfalls springt der Unterschied der Behandlung, die neuerdings bei uns und dem Briten Chamberlain und den Deutschen Schmidt und John und Freund zu teil geworden ist, in die Augen, und das sollte uns eine Lehre sein, daß, wer als Ankläger auf den Markt treten will, zuvor gesehen haben muß, sich selbst und andre mit gleichem Maße zu messen.“

Ganz unreine Meinung! Die Deutschen haben wirklich allen Grund, erst vor der eigenen Thür zu stehen, ehe man sich über die Gräueltaten in Südafrika äußert. Freilich die „Ndn. Zeitung“ versteht das „gleiche Maß“ anders. Sie meint, man dürfe sich über die Gräueltaten anderer Völker erst dann entäußern, wenn man sich zuvor gegen die Gräueltaten der eigenen Heimat entäußert habe. Das heißt: Die Deutschen dürfen erst dann die Gräueltaten anderer Völker anklagen, wenn sie zuvor die Gräueltaten der eigenen Heimat anklagen. Das ist eine sehr unbillige Forderung.

## Deutsches Reich.

### Aus dem Etat.

Der Etatentwurf für das auswärtige Amt fordert an fortwährenden Ausgaben 600 000 M. mehr als der laufende Etat: 13 971 652 M. gegenüber 13 370 745 M. Den Löwenanteil der Mehrforderung verlangt China. Für Gesandtschaften und Konsulate werden 401 000 M. mehr verlangt; es ist unter andern die Neu-Errichtung von Konsulatsgebäuden in Tschang, Kanjing, Tsinanfu und Panagwa, je eines Dolmetschers in Hankau, Nagasaki und Tschifu und eines Sekretärs an letzterem Orte, endlich mit Rücksicht auf die Feuerungsverhältnisse der betreffenden Gesandtschafts- oder Konsulatsgebäude die Gewährung einer Reihe von Zulagen im Auge gefaßt; für allgemeine Fonds werden 73 245 M. mehr verlangt, worunter 30 000 M. Zuschuß an die Deutsche Kolonialgesellschaft für die Schaffung einer Auslandsstelle für Auswanderer.

Unter den einmaligen Ausgaben werden für Erweiterung und innere Einrichtung des auswärtigen Amtes, Wilhelmstr. 75, 500 000 M. verlangt; die Gesamtkosten sollen 900 000 M. betragen. Ferner werden gefordert: 87 000 M. zur Erweiterung je eines Grundstücks für die Errichtung eines Konsulatsgebäudes und eines Rathhauses in der deutschen Niederlassung in Hankau; 13 900 M. für den Erweiterungsbau des Amtsgebäudes des Generalkonsulats in Shanghai; 1 578 000 M. 1. Rate zum Ankauf der Grundstücke Wilhelmstr. 62 und Bauerstr. 45/46 als Dienstgebäude der Kolonial-Centralverwaltung; der Kaufpreis dieser Grundstücke beträgt 2 800 000 M. Die Gesamtsumme der geforderten einmaligen Ausgaben beläuft sich auf 24 440 521 M. gegen 22 698 107 M. im Etat für 1901.

Im Entwurf des Etats für das afrikanische Schutzgebiet auf das Rechnungsjahr 1902 sind die eigenen Einnahmen des Schutzgebietes mit 3 186 296 M. gegen 3 232 000 M. im Vorjahre angesetzt. Als Reichszuschuß werden 6 415 200 M. gefordert, gegen 5 259 000 M. im Vorjahre. Unter den einmaligen Ausgaben sind bei der ersten Rate zur Fortführung der Namibabahn bis Rombo (Anschlag 3 270 000 M.) 600 000 M., bei dem Zuschuß zu den Kosten für die Weiterführung der Telegrafensysteme von Dor-es-Cafana von Wapaya bis Tabora 153 000 M. Die Summe der Einnahmen deckende Gesamtsumme der Ausgaben beträgt 9 601 496 M. gegenüber 8 491 000 M. im Etat für 1901.

Für Kamerun weisen die eigenen Einnahmen des Schutzgebietes hauptsächlich auf die in ständiger Steigerung begriffenen Einfuhrzölle zurückzuführen. Der Anschlag von 435 500 M. auf, während der Reichszuschuß um 25 300 M. höher angesetzt ist. Die Summe der Einnahmen beträgt 4 286 600 M. gegen 3 775 800 M. im Vorjahre. Die Summe der fortwährenden Ausgaben steigt sich auf 2 987 286 M. gegen 2 672 302 M. im Vorjahre.

An einmaligen Ausgaben werden 1 238 500 M. erfordert, gegen 1 082 700 M. im laufenden Jahre.

Für Togo sind die eigenen Einnahmen des Schutzgebietes um 71 000 M., der Reichszuschuß um 131 000 M. höher angesetzt als im Vorjahre. Die fortwährenden Ausgaben schließen mit 783 493 M. gegen 787 789 M. im Vorjahre. Die Summe der geforderten einmaligen Ausgaben beläuft sich auf 862 900 M. gegen 695 000 M. im Vorjahre.

Das südwestafrikanische Schutzgebiet bringt einen Mehrertrag der eigenen Einnahmen des Schutzgebietes um 475 000 M., wogegen als Reichszuschuß 1 467 700 M. weniger gefordert werden als im Vorjahre. Die Summe der Einnahmen stellt sich auf 9 458 600 M. gegen 10 451 600 M. im Vorjahre. Die Herabsetzung des Reichszuschusses ist auf den geringeren Betrag oder gänzlichen Fortfall einer Reihe von Positionen unter den einmaligen Ausgaben zurückzuführen, wodurch ermöglicht ist, dieselben um 1 897 200 M. niedriger anzusetzen als im Vorjahre (2 893 500 M. gegenüber 4 790 700 M.). Die fortwährenden Ausgaben sind dagegen um 904 518 M. höher veranschlagt (6 520 974 M. gegenüber 5 616 456 M.).

Der Etat für Neu-Guinea setzt die Einnahme auf 822 000 M. an gegen 809 700 M. im Vorjahre, das Plus von 12 300 M. ist auf eine Erhöhung des Reichszuschusses zurückzuführen.

Der Etat für die Karolinen, Palau und Marianen balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 338 100 M. gegen 311 500 M. im Vorjahre. Von der Steigerung der Einnahme entfallen 8100 M. auf eigene Einnahmen des Schutzgebietes und 18 500 M. auf den Reichszuschuß.

Für Samoa erscheinen die eigenen Einnahmen des Schutzgebietes um 151 000 M., der Reichszuschuß um 24 400 M. erhöht, so daß die Summe der angesetzten Einnahmen 441 400 M. gegen 266 000 M. im Vorjahre beträgt.

Im Etat über den Reichs-Invalidentfonds sind die Invalidentpensionen usw. infolge des Krieges von 1870/71 für Preußen um 9 920 000 M., für Sachsen um 663 800 M., für Württemberg um 229 500 M., für Bayern um 1 837 900 M., für die Marineverwaltung um 3074 M., die Invalidentpensionen usw. infolge der Kriege vor 1870 für Preußen um 2 401 000 M., für Sachsen um 159 936 M., für Württemberg um 38 000 M., für Bayern um 325 225 M., die sonstigen Pensionen um 114 419 M., die Zuschüsse zum Dispositionsfonds des Kaisers zu Gnadenbewilligungen aller Art, die Pensionszuschüsse und Unterhaltungen um 177 000 M. höher angesetzt. Die Summe der für 1902 veranschlagten Ausgaben, zu deren Deckung eine Jähreineinnahme von 14 737 000 M. und ein Kapitalzuschuß von 31 568 017 M. in Anspruch genommen wird, beläuft sich auf 46 305 017 M. gegenüber 30 449 689 M. im Etat für 1901.

Der neue Militäretat. Ihre Mitteilung über den Militär-etat für 1902 beruht auf einem Irrtum. Es werden nicht 80 Millionen gegen das Vorjahr mehr gefordert, sondern etwa 8 Millionen weniger.

Die Interpellation über Breschen. Polen und Centrum haben die folgende Interpellation über die Vorgänge in Breschen eingebracht:

1. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Vorgänge in Breschen nicht nur bei uns, sondern auch im Auslande ein Aufsehen erregt haben, welches geeignet ist, dem Ansehen des Deutschen Reichs Abbruch zu thun?
2. Welche Stellung nimmt der Herr Reichskanzler dieser Angelegenheit gegenüber ein?

Die Proportionalwahl zum Gewerbegericht. Bürgerliche Blätter, im besondern die „National-Zeitung“ und die „Kreuz-Zeitung“, glauben erbedt zu haben, daß die Socialdemokratie entgegen ihren sonstigen Grundsatzen, die Proportionalwahl zum Gewerbegericht ablehne. Es stünde schlimm mit unsern politischen Grundsatzen, wenn wir von jener Seite zu ihrer Beachtung angehalten werden müßten. Die Stellung der Socialdemokratie zu diesem Wahlrecht ist im Reichstag klar und rücksichtslos zum Ausdruck gekommen. Unsere Parteigenossen haben sich mit der Bedingung für das Proportionalwahlrecht erklärt, daß es allgemein eingeführt wird und nicht im Belieben der Gemeindebehörden gestellt wird, ob diese von der Einführung dieses Wahlrechts Gebrauch machen wollen. Insofern liegt in der gesetzlichen Festsetzung der Bestimmungen, die auf Verreiben des Centrums erfolgte, eine Ungerechtfertigkeit gegen unsere Partei, denn die Gemeinden, in denen unsere Parteifreunde in der Minorität sich befinden, werden das Proportional-Wahlrecht nicht einführen. Dessen ungeachtet werden unsere Parteigenossen in Berlin gegen die Proportionalwahl sich nicht ablehnend verhalten, in den Kreisen der Arbeitnehmer sieht man der Sache ziemlich kühl gegenüber, da auch bei dem Proportional-Wahlrecht hier an dem Wahlergebnis nicht viel geändert wird. Es ist mithin unrichtig, wenn die „National-Zeitung“ behauptet, die Berliner Socialdemokraten seien keineswegs für die Proportionalwahl. Im Gegenteil, man verspricht sich sogar in der Klasse der Unternehmer einen größeren Erfolg als bei dem bisherigen System. Im übrigen haben nicht die Gewerbegerichts-Beiräte über die Frage zu entscheiden, sondern die Gemeinde-Verwaltungen. Daß sich diese dem Dreiklassen-Wahlrecht zugehörige Körperlichkeit die Selbstverherrlichung leistet, für das Proportional-Wahlrecht bei dem Gewerbegericht einzutreten, erwarten wir, wenn es auch ihren sonstigen politischen Anschauungen nicht entspricht. Den um die Reinheit unseres Princips besorgten Blättern können wir zur Beruhigung sagen, es bedürfte ihrer Ermahnung nicht, die Grundzüge der Demokratie finden in unsern Kreisen die treuesten Hüter.

Die niederländische Wollerei-Industrie und die deutsche Schungoll-Politik. Der Bund der kooperativen Wollereibetriebe der Provinz Friesland hat sich an den niederländischen Minister des Innern gewandt mit dem Ersuchen, zu erwägen, durch welche Maßregeln der von der deutschen Regierung geplanten Erhöhung der Zölle auf Wollereiprodukte entgegengetreten werden könne, da die Zollserhöhungen die sehr bedeutende Ausfuhr von Wollerei- und Käse nach Deutschland erschweren und besonders die Provinz Friesland erheblichen Schaden zu leiden hätte.

Zollkrieg mit Preussland. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Budapest: Der ungarische Landwirtschafts-Verein beschloß, den Handels- und Ackerbauminister aufzufordern, die landwirtschaftlichen Maximalzölle ebenso hoch zu bemessen wie der deutsche Posttarif, ferner mit Deutschland bloß bei völliger Reciprocitätswas einen Handelsvertrag abzuschließen. Das Gesamtministerium wurde aufgefordert, im Einvernehmen mit Oesterreich bei allen europäischen Staaten die Idee der Differenzialzölle bei der überseeischen Produkteneinfuhr anzulegen. Einzelne Redner forderten den Zollkrieg mit Deutschland.

Der „nationale Stolz“ der Brotwincher-Politiker verbietet es natürlich, denartige Rednungen zu beachten.

Aus dem Wahlkampf in Wittenberg-Schwelnitz wird uns geschrieben: Die Parteien, die um das Mandat ringen, unterscheiden sich nicht nur durch ihr Programm, sondern auch durch die Methoden und Manieren des Kampfes. Die Konservativen treiben Plauderarbeit; die Freisinnigen geben sich ergradlich und schamlos mit fremden, roten Federn; unsere Parteigenossen erklären mit rücksichtsloser Ehrlichkeit, was die Socialdemokratie erstrebt, ihre Parole ist: Gegen den Brotwincher, für die Befreiung des ländlichen und städtischen Proletariats!

Hier einige Momentbilder: Von den Konservativen hat man bis heute noch nicht ein einziges Flugblatt gesehen, noch von seiner Verammlung gehört. Das einzige, was an die Öffentlichkeit dringt, sind die Auslassungen der Kreisblätter. Die Herren haben es ja aber auch nicht nötig, zu „kämpfen“. Wozu wären denn Redaktionsräte, Schulmeister und Landräte da? Demen sendet man einige Tage vor der Wahl „Material“ zu, belehrt sie über die Wahlbeeinflussungen und die Sache ist gemacht.

Der Freisinn dagegen will das Mandat erhalten. Ihm sind alle Mittel recht. In erster Linie darf er die Socialdemokratie nicht erwähnen — im Gegenteil er muß rötter wie rot — erscheinen. Man würde in Staunen geraten über den Radikalismus, mit dem hier gearbeitet wird, wenn wir die Helden nicht kennen würden. Wenn unsere Redner sagen, wir wollen alle Staatslasten durch direkte progressive Einkommensteuer decken, so ist das eine „alte freisinnige Forderung“. Wenn wir für Wahlfreiheit eintreten, so heißt es, das hat der Freisinn allem im Reichstage beantragt und stets mit Energie erkämpft. Und so können wir für Wahlfreiheit, für alle unsere Ideale eintreten — das alles will der Freisinn auch!

Unsere Genossen Thiele, Halle und Peus hatten die Frage der Stichwahl in je einer Verammlung gestellt. Thiele hat im besondern die Frage aufgeworfen, ob Herr Dr. Barth gegen den Militarismus eintreten werde, da dies später entscheidend sei. Das hat Herr Barth nun zwar nicht zugesagt, demzufolge könnte also in keinem Falle schon heute die Zustimmung gegeben werden, daß die Socialdemokraten in der Stichwahl für Barth stimmen werden. Ähnlich ging es Peus. Die Herren „Freisinnigen“ aber stellen sich in allen ihren Verammungen hin und sagen: Peus und Thiele haben ihnen schon jetzt die Unterstützung in der Stichwahl zugesagt und da hätte es doch gar keinen Zweck, erst den Socialdemokraten zu wählen — wenn man nachher doch liberal wählen muß! Die Kreisblätter greifen das auf und faheln von der Bräderschaft des Freisinn und der Socialdemokratie.

Aus diesem Verbrüderungsstrahl werden die Herren recht bald erwachen, sowie und erst die Möglichkeit zum Reden gegeben ist und sobald unser zweites Flugblatt mit dem Freisinn abgerechnet wird. — Einen Saal haben wir jetzt, und zwar in Schmiedeburg, auch für Wittenberg ist Aussicht, einen zu erlangen.

Je mehr man mit der Bevölkerung in Verbindung kommt, um so mehr gewinnt man die Ueberzeugung, daß die Stimmung günstig für uns ist. Nur begegnet man überall der Meinung: es wird ja nachher doch für den Freisinn gestimmt. Daher könnte es dahin kommen, daß die Stimmung der Wähler in dem Wahlergebnis gar nicht zum Ausdruck kommt, und deswegen muß den Wählern klarer Wein über den Freisinn eingeschenkt werden.

Die Reichstags-Stichwahl in Wiesbaden soll, entgegen anderweitigen Mitteilungen, nunmehr definitiv auf den 11. Dezember anberaumt sein.

Patriotische Schimpereien. Unsere deutschen Chauvinisten sind außerst empört über die patriotischen Demonstrationen gegen die Breschener Schandfelle. Sie finden es höchst sonderbar, daß die österreichische Regierung nicht schärfer gegen die Demonstranten vorgeht, ja daß Ausländer sich überhaupt erdreisten, das Vor-

gehen der deutschen Regierung verdammenwert zu finden und ihren Unwillen darüber zu äußern. Bist es aber, auf das liebe Ausland zu schimpfen, so nehmen sie das Wort um so voller. Wie haben unsere Bierbank-Patrioten über England, die englische Armee und die englischen Soldaten geschimpft, wozu sie, die der schlimmste Unrat vor der eignen Thür nicht im geringsten hauchten, so allerley Ursache hätten. Und wie schämte der deutsche Patriotismus über, als Chamberlain auf die maßlosen Angriffe der deutschen Bierbank-Patrioten zu reagieren wagte. Von dem blühenden Eitel unserer deutschen Schimpfergasse möge folgende Resolution eines Heidenheimer Veteranenvereins als Beispiel dienen:

Die heute hier zur Champigny-Feier versammelten Veteranen und Ehrengäste sprechen dem hohen Präsidium ihren Dank und volle Uebereinstimmung aus mit dem Protest gegen die Chamberlain'sche Frechheit, wo dieser Erzschelm die Schandthaten seiner Nordhuden den deutschen Soldaten von 1870 anhängen wollte.

Für Leute, die mit Behagen vernommen haben, wie die Deutschen in China so glorreich kämpften, daß auf einen gefallenen oder verwundeten Deutschen 100 bis 200 chinesische Soldaten kamen, ist die Entstellung über die englischen Soldaten äbel angebracht. Wie, wenn man in England im gleichen Sitze antworten wollte? In Deutschland kennt man jeden Soldatenbrief aus Südafrika unbeschränkten Glauben; könnte man es den Engländern verdenken, wenn sie die deutschen Soldatenbriefe aus China als ebenso zuverlässig ansehen? Wer im Gläubigen sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!

Die Errichtung einer katholischen Philosophie-Professur in Straßburg soll nach der „Germania“ von der Regierung bereits für die nächste Zeit ernstlich in Aussicht genommen sein. Katholische Philosophie — der Antagonismus ist schließlich nicht größer als preussisch-dynastische Geschichtsschreibung oder mit dem modernisierten Schülerpreis gekrönte Saffee.

Ein sphyrenischer Schulpaß. Das Schulhaus der Gemeinde Opantenich in Sphyren soll im nächsten Jahre durch einen Neubau ersetzt werden. Vor dreizehn Jahren, 1888, war es bereits von der Baupolizei wegen Unzulänglichkeit geschlossen worden. Als jedoch die gemieteten Säulräume kurz darauf niederbrannten, avancierte die lebensgefährliche Baracke wieder zum Schulhaus, nachdem drei Holzpfeiler der mit Einsturz drohenden Decke zur notdürftigen Stütze untergeleitet worden waren. Im nächsten Jahre soll das neue zweistöckige Schulhaus eingeweiht werden, über das seit zwanzig Jahren zwischen den beteiligten Behörden Erörterungen gepflogen worden sind.

### Sachsen-Altenburger Landtag-Idyll.

Man schreibt uns aus Altenburg: Schon die dritte Woche sind unsere wackeren Landboten versammelt, um sich eifrig der Beratung des Etats zu widmen. Zu der Offenlichkeit merkt man von dieser gegenständlichen Arbeit nichts, denn in unserm Parlament ist es Brauch, alles erst in den Kommissionen, aus deren wichtigsten, der Finanzkommission, man unsere Genossen ferngehalten hat, zu besprechen. Gehen dann die öffentlichen Sitzungen los, so ist deren Aufgabe eigentlich nur noch die, die in den Kommissionen gefaßten Beschlüsse zu sanktionieren. Geändert kann daran im Plenum in der Regel nichts mehr werden. Unsere Genossen können selbständig Entwürfe nicht stellen, denn die ihnen zur Unterstützung fehlenden zwei Stimmen werden von der bürgerlichen Seite in allen wichtigen Fragen verweigert. Der Etat, der mit rund 5 1/2 Millionen Mark haushaltet, wird wie der Staatsminister bereits angekündigt hat, einen besonderen Nachtrag erhalten, in dem es sich darum handelt, wie die Mittel aufzubringen sind, mit denen die erhöhten Anforderungen des Reiches befriedigt werden müssen. Mit sehr gemüthlichen Gefühlen ist die Mittelteilung aufgenommen worden, daß das Herzogtum beim Ankauf der Leipziger Bank mit 140 000 M. beteiligt war, wovon die Hälfte verloren sein dürfte. Große Anforderungen an die Steuerkraft der arbeitenden Bevölkerung kann man jetzt in der Zeit der Krise wohl kaum stellen, die agrarische Mehrheit des Landtages wird natürlich bestrebt sein, bei der Aufbringung der Mittel sich selbst nach Möglichkeit zu verdecken. Trotz dessen nicht gerade erfreulichen Ansichten ist der Landtag noch recht bewilligungslustig. Dieser Tage fand auf Anregung des Präsidenten eine extrauliche Besprechung der Abgeordneten statt, in welcher er ihnen den Vorschlag machte, die Gehälter der drei Mitglieder des Ministeriums um 2500 M. pro Jahr zu erhöhen. Begründet wurde dies damit, daß man im Vorjahre die anderen Beamten aufgebessert habe und nun doch die Regierung nicht leer ausgehen lassen könne. Wie gar nicht anders zu erwarten war, ist die Mehrheit auf diesen Plan eingegangen, und so stehen wir nun vor der Thatfache, daß die Mitglieder des Ministeriums aufgebessert werden, ohne daß sie es verlangt haben. Man darf annehmen, daß es in der öffentlichen Sitzung, die sich mit dieser Angelegenheit befaßt wird, zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen unsern Parteigenossen und den agrarischen Abgeordneten kommen wird. Vielleicht begründet man die Gehaltserhöhung mit dem bevorstehenden Brotwincher, für den unsere Regierung im Bundesrat eingetreten ist! — Dem langjährigen Drängen unser Genossen endlich Folge leistend, sind in den Etat 2000 M. eingestellt worden für Befolgung einer Assistentin des Gewerbe-Inspektors. — Die socialdemokratische Fraktion wird eine Interpellation einbringen darüber, was die Regierung zu thun gedenkt, wenn Arbeitslosigkeit in größerem Maße eintreten sollte. Man darf darauf gespannt sein, welche Antwort vom Regierungstische aus erfolgen wird.

## Ausland.

### Von der jüdischen Arbeiterbewegung in Rußland.

Man schreibt uns: Von dem Säreden, den die jüdische Arbeiterbewegung den jüdischen Kapitalisten einflößt, zeugt der (in der Nr. 10 der russischen socialdemokratischen Zeitung „Iskra“ abgedruckt) Aufsatz, mit dem sich ein jüdischer Fabrikant in Dnaburg an sämtliche jüdische Fabrikanten und Kaufleute dieser Stadt gewendet hat. „Meine Herren! — so beginnt der Aufsatz, der so charakteristisch ist, daß es sich verlohnt, Auszüge aus demselben unsern Lesern mitzutheilen — wir haben in Dnaburg eine Bande von Streikern und Socialisten. . . Im den Kampf mit solchen Leuten zu führen, die weder Gott noch die Behörden anerkennen, müssen wir, Fabrikanten und Kaufleute, vor allen uns organisieren. . . Zweck waren es in der That bloß einige Skandalmacher, fanatisierende Ratergefallen, die sich mit den geringfügigsten Forderungen begnügt hatten. Aber schauen Sie sich um, welchen Umfang die Bewegung jetzt angenommen hat. Es haben sich ihr alle Handwerksgefallen und überhaupt das gesamte niedere Volk angeschlossen. Jetzt ist ihrer Forderungen kein Ende mehr abzusehen und mit der Zeit werden sie es so weit bringen, daß die Kapitalisten genötigt sein werden, ihnen ihr ganzes Hab und Gut, ihre Frauen und Kinder und schließlich auch Seele abzugeben, denn das ist ihr Endziel, wie man aus ihren Flugblättern und Zeitungen ersehen kann. . . Daher, teure Freunde, müssen wir unerbittlich zur Heilung dieser Krankheit schreiten, die wie eine Epidemie, wie die Cholera, die ganze Welt angefaßt hat. . . Wir müssen einen Verein gründen und Geld sammeln, denn mit Geld kann man alles kaufen. Wir müssen die ganze Polizei kaufen, damit sie mit mehr Eifer für uns arbeitet; es ist Geld nötig, um bei den Behörden am Orte sowohl wie in Petersburg das Erforderliche zu erwirken. . . Wir müssen Leute dingen, hauptsächlich Christen, die den Streikenden, welche sich gegen ihre Unternehmer erheben, gehörige Lektionen erteilen

sollen; wir müssen uns eigne Spione halten, um alle ihre geheimen Versammlungsorte auszukundschaften, um sie dann der Regierung auszuliefern, ohne dabei die eigenen Brüder und Schwestern zu schonen." Der Kapitator für die jüdischen Kapitalisteninteressen zeigt, indem er im Kampfe gegen die jüdischen Arbeiter sich auf die christlichen Behörden und das christliche Lumpenproletariat stützen will, daß es für ihn kein einziges jüdisches Volk — das gemeinsame Interesse gegenüber der christlichen Welt hätte — mehr giebt, ja selbst die Synagoge, das heiligste für den gläubigen Juden, ist er bereit im Interesse seines Er schlägt in seinem Aufsatz vor, bei den Behörden dahin vorstellig zu werden, daß entweder 5 Schulkente und 10-20 Soldaten vor die Synagoge postiert werden, um Ansammlungen von Streikenden in oder vor derselben zu verhindern, oder aber — wenn das nicht geht — daß die Synagoge überhaupt geschlossen wird.

### Oesterreich-Ungarn.

Das Budgetprovisorium ist am Mittwoch von dem Budget-ausschuß angenommen worden. In der Sitzung, an welcher der Ministerpräsident, der Finanzminister und der Handelsminister teilnahmen, erklärte Abg. Dr. Forst, zur Überwindung des toten Punktes, auf welchem das Parlament angelangt sei, gebe es nur zwei Auswege, entweder eine Abdication der Verfassungsmäßigkeit oder eine Konstitution des banfälligen Verfassungsgebäudes. Da ein absolutistisches Regiment in Oesterreich aus triftigen Gründen dauernd nicht eingerichtet werden könne, bleibe nur die Rückkehr zum wahren Konstitutionalismus übrig, der eine gleichmäßige Pflege der Interessen sämtlicher Volksstämme unter Wahrung des gleichen Rechtes verbürge. Ueber kurz oder lang werde es dazu kommen müssen.

Abg. Graf Salffy erklärte, in logischer Konsequenz ihres Programms und in dem Willen, dem Staat zu geben, was des Senates sei, werde der konservative Großgrundbesitz für das Budgetprovisorium stimmen.

Abg. Katal meinte, wenn sich Oesterreich erhalten wolle, würde dies ohne Staatsstreich nicht möglich sein; auf parlamentarischem Wege und ohne Abänderung der Verfassung werde es nicht gehen.

Ministerpräsident Dr. v. A. erklärte, die Regierung habe nach den vielen politischen Debatten eine neuerliche politische Diskussion im Ausblick nicht vorausgesetzt. Sie habe keinen Augenblick aufgehört, beharrlich ihr Ziel, nämlich geregelte Arbeit des Parlaments, zu verfolgen. Vorläufig habe die Regierung keinen Grund, ihre Absicht als völlig vereitelt anzusehen; doch müsse endlich Klarheit in dieser Richtung eintreten, und es dürfe die Erreichung dieses Zweckes aus irgendwelchen Gründen nicht verzögert werden, da dadurch die vitalen Interessen des Reiches gefährdet würden. In diesem Fall wäre der Entschluß der Regierung allerdings nicht gefast. Die Regierung werde voraussichtlich gezwungen sein, den Reichsrat bis in den Sommer hinein veranlassen zu lassen. Die Regierung habe den festen Willen, die weit auseinandergehenden Ziele der Parteien auf dem Boden eines dem Staat zuträglichen Programms zusammenzuführen. Er bitte daher den Ausschuß, dem Budgetprovisorium, welches die Regierung nicht als eine politische Vorlage ansehe, seine Zustimmung zu erteilen.

Abg. Berger (K. Deutsch) warf den Czaren Erpressungs-politik vor. Derselben streben nur Vermehrung des nationalen Besitzes auf Kosten anderer an.

Abg. Jacel meinte, es bestehe eine unlegbare, klagende Staatskritik, eine Folge des auf das Äußerste zugespitzten Nationalitätenkampfes, zu welchem die Regierung entschlossene Stellung nehmen müsse in dem Sinne, ob den Deutschen allein die Vorrangstellung möglich sei, oder ob Oesterreich auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Nationalitäten ausgestellt werden solle.

Hierauf wurde der erste Paragraph angenommen und dann der Rest der Vorlage ohne Erörterung erledigt.

Von den Landtagswahlen in Tirol liegen bisher neun Resultate vor. Gewählt wurden fünf italienische Kompromisskandidaten, zwei Deutschkonserwativen, darunter Kathrein, und der Deutsch-nationale Beranthoner. In Brigen ist eine Stichwahl erforderlich. Drei Resultate stehen noch aus.

### Schweiz.

Russische Spionage in der Schweiz. Man schreibt uns: Das heutige Telegramm des „Bureau Havas“ aus Paris über russische Spione, die in Genf angekommen sein sollen, um nach der Druckerei und der Redaktion der „Globe der Freiheit“ zu suchen, hat uns viel Spaß bereitet. Die unsre Kolig in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ lautet, werde die erste Nummer des neuen Organs („Die Freiheitsglocke“ — nicht „Globe der Freiheit“) des Lodger Komitees des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland in einer Geheimdruckerei angefertigt. Die Stützen der russischen Selbstherrschafft in Lodz, die die „Freiheitsglocke“ zu Gesicht bekommen und nicht sofort erkannt haben, daß dieselbe in einer russischen Geheimdruckerei angefertigt worden ist, müssen nichts anderes als Anbitter sein. Auch die Redakteure befinden sich selbstverständlich nicht im Auslande, sondern in Rußland-Polen und werden gewiß nicht wenig froh sein, zu erfahren, daß nach ihnen in Genf gesucht wurde.

Es war also für die russischen Spione ganz überflüssig, sich den Strapazen einer langen Reise nach Genf anzusetzen. ... Apocod. Von russischen Spionen wimmelt es nicht nur in der Schweiz, sondern in allen Universitätsstädten Europas, in denen eine größere Anzahl Studierender aus Rußland sich befindet. Was nun die geheime Verpackung betrifft, so ist dieselbe, wie so manches andre, was über die russische Bewegung und die russischen „Richtlinien“ verbreitet wird, ein Märchen.

### Schweden.

Der Generalstreik und die Abstünger. Der Plan, zwecks Erringung des allgemeinen Wahlrechts als äußerstes Mittel den Generalstreik zu proklamieren, gewinnt unter der Arbeitererschaft des ganzen Landes immer mehr Sympathie. Zahlreiche gewerkschaftliche und politische Organisationen haben bereits darüber verhandelt, haben ihr Einverständnis kundgegeben und beschlossen, daß ein jedes Mitglied einen Tagelohn zum Generalstreik-Fonds beisteuern soll. Nun haben auch die in Schweden sehr verbreiteten Abstünger-Vereine, die Logen des Güttempler-Ordens, begonnen, sich mit der Frage zu befassen, und auch hier ist offenbar eine starke Strömung für den Generalstreik vorhanden. Nachdem kürzlich die Loge „Damen“ in Stockholm, die älteste Abstüngerloge in Schweden, sich für den Generalstreik erklärt hatte, hat zwar einer der Hauptleiter des Ordens sich gegen die Beschäftigung der Logen mit dieser politischen Frage ausgesprochen, dennoch haben gleich darauf wieder zwei andre Logen dafür gestimmt und erklärt, daß nur durch das allgemeine Wahlrecht, nur dadurch, daß das Volk Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnt, auch die vom Orden angestrebte gesetzliche Bekämpfung der Trunksucht möglich wird.

### Belgien.

Blancquaert freigesprochen. Nach zweitägiger Verhandlung kam der Prozeß gegen Blancquaert zu Ende; die Geschwornen verurteilten die Schuldfrage, und so wurde Blancquaert vom Gericht freigesprochen. Die Bevölkerung von Brügge brachte dem Freigesprochenen große Ovationen dar.

### Rußland.

Zu den Studentennunnen wird der galizischen „Gazeta Narodowa“ noch geschrieben: Daß die Ruhe unter den Petersburger Studenten insbesondere noch lange nicht erzwingen ist, beweist ein Vorfall, der sich am 22. v. M. in dem kaiserlichen Elektrotechnischen

Institut abspielte. Ein Student hatte auf dem Gange zu den Hörsälen vom Redell soeben einen Brief erhalten, als ein Herr auf ihn zutrat, sich als Geheimpolizist zu erkennen gab und die Auswägung des Briefes forderte. Der Student verweigerte dem Spigel und warf ihn zur Thür hinaus. Darauf eilte er zum Inspektor und verlangte, daß dieser demissionieren solle, weil er es zugelassen habe, daß ein Geheimpolizist die Hörsäle betrete. Der Inspektor gab eingeschüchtert scheinbar nach, ohne indes der Forderung wirklich nachzukommen. Die Studenten begaben sich hierauf einhellig zum Direktor des Instituts und verlangten kategorisch, daß der Inspektor zur Demission gezwungen werde. Als der Direktor erklärte, die Studierenden hätten kein Recht, die Entlassung eines Vorgesetzten zu fordern, beschloffen die Studenten einstimmig einen siebenstägigen Streik, während welcher Zeit das Institut geschlossen werden mußte.

### Asien.

Zur Absehung des chinesischen Thronerben. Das Edikt, durch welches der Thronerbe seines Ranges entsetzt wird, besagt: Der Thronerbe hat in Würdigung des Umstandes, daß es nach den Vorschriften seines Vaters nicht richtig wäre, wenn er seine Stellung behalten wollte, um Enthebung von seinem Posten gebeten. Der Korrespondent des „Neuerlichen Bureau“ bemerkt hierzu, daß diese Form zweifellos in der Absicht gewählt sei, seinen Stolz zu schonen. Die chinesischen Beamten sagen, die Ernennung eines Nachfolgers werde noch so lange verschoben werden, bis die Kaiserin-Witwe mit den leitenden Männern des Reiches über die Frage Rücksprache nehmen könne. Das Edikt wird allgemein als der stärkste bisher gegebene Beweis für die Nichtigkeit angesehen, mit der sich die Kaiserin-Witwe nunmehr Reformen zuneigt.

Die Schwächlinge der chinesischen Diplomatie und höfischen Politik sind den Europäern so sehr ein Dorn im Auge, daß man sich hätte sollte, Vorgänge ohne weiteres so oder so zu deuten.

Militärische Reorganisationspläne Chinas. Chinesische Blätter melden, zu unerschütterlich, das Reich angeschwadert zu vergrößern und mit englischen und amerikanischen Instruktoren zu reorganisieren, sowie die militärischen Streitkräfte zu erhöhen und die Organisation in ein Armeecorps von 100 000 Mann gleichfalls unter fremden Instruktoren zusammenzufassen.

### Amerika.

Der Bericht der Kommission für den Isthmus-Kanal befragt die Wahl der Route über Nicaragua, deren Kosten etwa 190 Millionen Dollars betragen. Die Kosten der Panamaroute werden auf 144 Millionen Dollars geschätzt, aber es würden außerdem 109 Millionen Dollars erforderlich sein, um die Konzession für den Bau auf dieser Route zu erhalten. Der Bericht giebt zu, daß die Panamaroute viele Vorteile biete, kommt aber zu dem Resultat, daß die ausführbarste Route für einen Kanal mit den Vereinigten Staaten als Eigentümer die durch Nicaragua sei. Es wird der Regierung empfohlen, einen zehn Meilen breiten, von Meer zu Meer gehenden Streifen Landes von Nicaragua zu erwerben, durch den der Kanal zu führen wäre. Auf den Bau werden acht Jahre gerechnet.

### Der Boeren-Krieg.

#### Marsch an der Grenze Natal.

Aus Pietermaritzburg wird gemeldet: Eine große Anzahl Boeren versuchten, die Eisenbahnlinie von Natal nach Pretoria zu überschreiten.

#### Zunahme der Krankheiten.

Es wird konstatiert, daß unter den englischen Soldaten wieder viele an Unterleibskrankheiten liden. Diese Krankheiten waren vor einiger Zeit in der Abnahme begriffen, treten aber neuerdings wieder sehr stark auf und erfordern viele Opfer.

#### Keine Friedensverhandlungen.

In einer Boerenkonferenz am Mittwoch erklärte Dr. Lehrs, daß bisher von England kein annehmbares Friedensangebot vorläge. Eine Antonomie unter englischer Kontrolle könnten die Boeren niemals acceptieren. Ueberdies seien die Boeren noch auf 5 Jahre mit Waffen und Munition, sowie Lebensmitteln versehen.

#### Englische Vorsichtsmaßregeln.

Eine Londoner Meldung besagt: Abteilungen von je zwei Offizieren und vier Mann vom Geniecorps werden in jede der englischen Kolonien entsandt werden, zur topographischen Aufnahme der betreffenden Gebiete, um eine Wiederholung der bedauerlichen Zwischenfälle zu verhindern, welche sich in Natal, infolge der Unkenntnis des Gebietes und des jetzigen Krieges ereignet haben.

### Partei-Nachrichten.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Luckenwalde legten unsere Parteigenossen mit sehr großer Mehrheit. Es erhielten die Genossen Scheller 758, Schmidt 758 und Danneberg 758 Stimmen, während die drei gegenwärtigen Kandidaten je 178 Stimmen erhielten. Damit ist die ganze dritte Abteilung sozialdemokratisch vertreten. Neun Mandate gegen bisher acht sind in unsere Hände.

Zum Mauerstreite. Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereines für den 3. hamburgischen Wahlkreis veröffentlicht eine Verlautbarung, wonach 110 Mauer aus dem Verein ausgeschlossen worden und 9 Mauer ausgetreten sind.

Die Sozialdemokraten der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika hatten auf ihrem letzten gemeinsamen Kongreß, der vom 22. Juli bis 1. August in Indianapolis stattfand, beschlossen, alle bestehenden Fraktionen zu einer Partei zu verschmelzen. Die Konstitution dieser Partei ist nunmehr, wie dem Internationalen Bureau zu Brüssel mitgeteilt worden ist, offiziell vollzogen worden. Der Sitz der Partei ist St. Louis; der Parteisekretär ist der Genosse Greenbaum.

#### Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

Die preussischen Versammlungs-Verordnungen, nach denen Versammlungen an Sonntagen während des Gottesdienstes und an Pusttagen, Totensonntagen u. s. w. überhaupt verboten sind, sind am 5. November vom Kammergericht für verfassungswidrig erklärt worden. Trotzdem sind selbst in der Umgebung von Berlin noch Versammlungen verboten worden, die am Totensonntage stattfanden. Solche Fälle sind uns bekannt geworden aus Weipense, Groß-Lichterfelde und Ludenwalde.

Es ist doch ein starkes Stück, daß Behörden ruhig weiter Verfügungen anwenden dürfen, die vom obersten Gerichtshof schon wochenlang als gesetzwidrig bezeichnet worden sind. Ob wohl der bürokratische Apparat auch so langsam arbeiten würde, wenn eine Gerichtsentcheidung zu Gunsten der Beschränkung staatsbürgerlicher Rechte ausliefe? Die Regierung hat die Pflicht, die Behörden sofort zu benachrichtigen, daß die ungesetzlichen Verordnungen durch die Entscheidung des Kammergerichts ohne weiteres außer Kraft gesetzt sind und daß sie nicht mehr angewendet werden dürfen.

Den Parteigenossen empfehlen wir aber, Versammlungsverbote dieser Art einfach zu ignorieren und solche Versammlungen trotz einem etwaigen Verbot abzuhalten.

Sammelpolitik. Unsere Kalenderagitation macht den guten Hirten des Staatswohlis fortgesetzt kopfschmerzigen. Kammentlich aus Hannover wurde schon mehrfach gemeldet, daß die Kalender, sobald sie verbreitet waren, von wohlbestallten Leuten wieder eingesammelt

und dafür staatsverhaftende Kalender abgegeben wurden. Ein solcher Fall wird jetzt wieder aus dem Dorfe Wingenburg gemeldet. Dort ging der Gemeindevorsteher von Haus zu Haus und es gelang ihm, von den 160 im Dorfe vertheilten Kalendern 20 Stück von den Frauen — die Männer waren auf Arbeit — wieder herauszubekommen. Dafür gab er den Hülfsleuten „Girtentafeln“ als Gegengabe.

Diese Vorgänge betreffen, wie sorgsam man bemerkt ist, zu verhindern, daß die Landbevölkerung die Wahrheit erfährt, und wie sehr man fürchtet, daß die Herrschaft der Knudbeuter zu Ende gehe, wenn die Bevölkerung die Wahrheit erfährt.

Auf der Unwissenheit des Volkes und auf der Lüge ruht diese Herrschaft; es geht zu Ende mit ihr, wenn wir ungehindert zum Volke reden dürfen.

### Aus Industrie und Handel.

In der Generalversammlung der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft kam es zu einigen nicht uninteressanten Auseinandersetzungen über die Geschäftsführung des Unternehmens. Ein Aktionär tabelte, daß die elektrotechnischen Fabrikten in Vitterfeld und Reinholden verkauft wurden, nachdem sie nur kurze Zeit im Besitz der Gesellschaft gewesen und infolge des Erwerbs eine Kapitalerhöhung vorgenommen wurde. Weiter bemängelte der Redner, daß die Anteile wieder in den Besitz der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich übergegangen sind gegen Übernahme von Aktien dieses Bankinstituts. Sodann drückte Redner sein Entzinnen darüber aus, daß in der Zeit der niedergehenden Konjunktur abermals ein neuer Direktor angestellt sei, und zwar der Sohn des Generaldirektors Rathenau. Da nunmehr zwei Söhne des Generaldirektors an der Direktion teilnehmen, scheint die Dynastie Rathenau doch etwas sehr stark im Vorstand vertreten. Herr Rathenau legte dem gegenüber dar, weshalb großer Gewinn es für die Gesellschaft war, daß sein jüngerer Sohn für das Unternehmen gewonnen wurde, da demselben bereits von Konkurrenzunternehmungen viel vorteilhaftere Stellen angeboten waren. Ferner erzählte man, daß die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft nahezu das ganze Aktienkapital der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich im Besitz hat. Der Direktor hielt die Bank für solid fundiert, damit waren die Aktionäre beruhigt.

Die Spar- und Vorschubbank in Dresden, die infolge des Mißtrauens nach dem Zusammenbruch der Dresdener Kreditanstalt und der Leipziger Bank eine starke Rückforderung der Einlagen zu bestehen hatte, ist nunmehr in Konkurs geraten. Anfanglich glaubte man, das Unternehmen durch eine Hilfsaktion der Banken halten zu können. Nachdem sich aber die Banken zurückgezogen hatten, war der Zusammenbruch unvermeidlich. Von dem Konkurs werden vornehmlich mittlere und kleine Leute, Handwerker und Gewerbetreibende schwer getroffen. Viele sehen ihr ganzes Vermögen gefährdet, das sie in Sicherheit angelegt glaubten. Die Zahl der Einleger beträgt 7000 mit einem Kapital von 7 Millionen. Das Aktienkapital beläuft sich auf eine Million, an der 140 Aktionäre partizipieren. Die Bank hat die Einlagen immer hoch verzinst, was ihr durch hochverzinsliche Hypothekenaufnahmen möglich war. Damit hat sie eine große Zahl Sparrer an sich gezogen, aber mit dieser Geschäftspraxis auch zugleich die Solidität des Unternehmens gefährdet. Die hochverzinslichen Anlagen der Gelder in Hypotheken konnte natürlich nur über den sicheren Wert der Grundstücke gesehen und so entsteht heute die Gefahr bei dem Niedergang der allgemeinen Konjunktur, daß wieder Hypothekenanlagen ausfallen. Wie sich die Dinge gestalten werden, ist noch unklar. Es ist möglich, daß nur das Aktienkapital verloren geht, aber nicht ausgeschlossen, daß auch die Einleger in Mitschuldenschaft gezogen werden.

Dem Juckerartell ist in dem Verband deutscher Chokoladenfabrikanten ein gefährlicher Gegner erstanden. Wir hatten schon seiner Zeit mitgeteilt, daß die Vereinigung der Chokoladenfabrikanten sich der Diktatur des Juckerartells dadurch entziehen will, daß sie ihren Bedarf an Zucker selbst fabriziert. Mit dem Bau einer Zuckerrabrik in Genbin haben die Chokoladenfabrikanten den Anfang gemacht, zwei weitere Fabriken sollen folgen und außerdem sieht ihnen eine fortgesetzte Fabrik zur Verfügung. Das Juckerartell ist die ihm drohende Gefahr erst damit begegnet, daß es in Aussicht stellte, in diesem Fall einige Chokoladenfabriken zu gründen.

Bei der mißlichen Lage des Juckerartells ist diese Drohung nie ernst genommen, wohl aber sind die Chokoladenfabrikanten unbedeutend mit der Verwirklichung ihres Planes vorgegangen. Das Juckerartell hat sich nun wohl in Anbetracht dieser Umstände zu der Konzession bereit erklärt, der Chokoladen-Industrie den Zucker pro Doppelcentner um 1,50 Mark billiger zu liefern. Das Anerbieten des Juckerartells ist vorläufig von den Chokoladenfabrikanten abgelehnt, da man die Preisermäßigung nicht für genügend hält.

Ersetzung des amerikanischen durch russisches Petroleum. Die Eisenbahndirektion zu Rassel machte die sämtlichen Dienststellen darauf aufmerksam, daß das amerikanische Petroleum nur für Bureaulampen und Signalaternen und auch nur in den Fällen zu verwenden ist, wenn mit russischem Petroleum trotz Reinhaltung der Brennstoffe kein genügendes Licht zu erzielen ist. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat neuerdings wiederholt angeordnet, daß nur russisches Petroleum verwendet werde.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgebung.

Centralverein für Arbeitsnachweis zu Berlin. Bericht über den Geschäftsbetrieb im Monat November 1901:

ungeleitete Arbeiter	Mater Schloffer	Klempner	Lothner	Werkst.	Indust.
1613	228	277	127	147	306
2698					
1203	74	107	68	63	215
1736					
1133	57	88	59	50	178
1563					

Der Streik bei der Firma Dell n. Comp. wurde in einer Versammlung des Hochvereins der Metallinstrumenten-Arbeiter für beendet erklärt, dagegen soll die Sperrung über die Firma bis auf weiteres bestehen bleiben. Außerdem wurde in der Versammlung bekannt gegeben, daß die Streikarten bis zum Schluß des Jahres voll bezahlt sein müssen.

#### Deutsches Reich.

Wählig, Klempner! In der Laternenfabrik von Florenz Wählig in Warmen haben wegen 25prozentiger Lohnreduktion sämtliche Klempner die Arbeit niedergelegt. Zugang ist freu zu halten.

Bei der Gewerbevereinswahl in Staßfurt fielen von 2385 Stimmen auf die Kandidaten des Gewerkschaftsartells 3008 = 80,4 Proz., auf die Kandidaten der vereinigten Gegner 857 = 19,6 Proz. Ein schmädtlicherer Reifall, wie ihn hier die von ihren eigenen Vereinskollegen mit Recht im Stich gelassenen Führer der Gewerbevereine samt den verbündeten Katholiken und kirchlich gesinnten Arbeitern erlebt haben, ist allerdings kaum denkbar.

Ueber eine wohlgeleitete Staatskasse verläßt offenbar nach Meinung der Staatsanwaltschaft in Reustadt a. d. Orla der Großkauf Sachsen-Weimar-Eisenach. Aus Anlaß einer Lohnbewegung in der Reichs-Eisen-Weberei in Reustadt a. d. Orla war dort eine öffentliche Textilarbeiter-Versammlung einberufen worden. Dieselbe wurde aber vom Bürgermeister wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit verboten. Da die Sache drängte und nach dem weimarschen Vereinsgesetz Filialversammlungen nicht polizeilich genehmigt zu werden brauchen, berief der Filialvorsitzende des Textilarbeiter-Verbandes für denselben Abend eine Mitgliederversammlung nach einem andern Lokal ein. Dieselbe wurde vom Polizeikommissar

aufgelöst. Gegen diese Auflösung legte der Vorsitzende der Filiale Beschwerde ein. Die Antwort darauf waren drei Strafmandate über je 15 M., eins für den Vorsitzenden, eins für den Referenten und das dritte für den „Einladet“. In den Strafmandaten wurde die Mitgliederversammlung als eine öffentliche, politische, polizeilich nicht angemeldete Versammlung beziehungsweise Fortsetzung der verbotenen öffentlichen Versammlung bezeichnet. Die mit dem Strafmandat Beglückten riefen gegen diese Auffassung das Schöffengericht an, welches feststellte, daß in der fraglichen Filialversammlung weder Politil noch Socialpolitil getrieben sei, und die Angeklagten freisprach.

Gegen diesen Freispruch legte der Amtsanwalt Berufung ein und es kam am 23. August zur Verhandlung in der Berufungsinstanz. Hier beantragte der Staatsanwalt Vertagung und verpackt, bis zur nächsten Verhandlung weiteres Beweismaterial gegen die Angeklagten beizubringen. In der erneuten Verhandlung am 29. November war das verpackte Material aber nicht zur Stelle. Die Verhandlung wurde abermals auf kurze Zeit vertagt und erst bei der Wiedereröffnung derselben entschloß sich der Herr Staatsanwalt, die Berufung — als aussichtslos zurückzuziehen! Die Kosten trägt natürlich die Staatskasse. — Also drei Termine wegen einer Pappalle, in der überdies die Freisprechung juristisch von vornherein feststand. Sachen-Weimar erfreut sich in seiner Rechtsprechung eines „loftbaren“ Namens!

**Gewerkschaften und Privatversicherungs-Gesetz.** Die bairischen Kreisregierungen beglücken, wie das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission meldet, die Gewerkschaften ihres Bezirkes mit der Aufforderung, zuevids Markierung des Geschäftsplanes ihres Betriebes umgehend die auf Grund des Privatversicherungs-Gesetzes erforderlichen Angaben zu machen. Sie berufen sich auf die Bestimmung des kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung vom 10. Juli 1901, in der es heißt:

„Ob ein Versicherungsgeschäft vorliegt, kann im einzelnen Fall zweifelhaft sein; es empfiehlt sich aber, daß die Unternehmungen bei der Erwägung, ob sie die Angaben zu machen verpflichtet sind, den Begriff des Versicherungsgeschäftes möglichst weit fassen und nötigenfalls die Lösung der Zweifel, ob dieser Begriff erfüllt ist, dem kaiserlichen Aufsichtsamte überlassen.“

Derartige Aufforderungen sind bisher den Gewerkschaften in München und Landshut zugegangen.

Die bairische Regierung könnte sich wohl darüber unterrichtet haben, daß die Gewerkschaften von der Wirkung des Privatversicherungs-Gesetzes ausgenommen sind, da sie ihren Mitgliedern auf Unterstellungen keinen Rechtsanspruch gewähren (§ 1a des genannten Gesetzes). Sollte sie es unterlassen haben, ihre unteren Organe darüber zu belehren, so wird sie hoffentlich das Veräumte nunmehr nachholen, um den Gewerkschaften sowohl, als auch sich selbst unnötige Schereien zu ersparen. Es wäre ja ein nettes Stüd überflüssiger Arbeit, wenn die Tausende gewerkschaftlicher Zahlreißer in Bayern die unteren und höheren Instanzen mit der Nachprüfung ihrer Statutenfassungen beschäftigen wollten.

#### Ausland.

Die „Textilfabrikanten-Vereinigung“ Dänemarks hat die mit dem dänischen Textilarbeiter-Verband geschlossenen Verträge und Lohnsätze auf den 1. Januar gekündigt und jetzt einen neuen Tarif vorgelegt, der erhebliche Lohnherabsetzungen enthält.

Ein Streik der Nachwächter ist in Brüssel ausgebrochen. Es sind das die Wächter, welche von Geschäftsinhabern, Fabrikbesitzern, Hauseigentümern usw. angestellt sind, um deren Eigentum während der Nacht zu überwachen. Diese Leute erhalten für den Dienst von abends 10 bis morgens 6 Uhr 2 Fr. Lohn; sie verlangen nunmehr 2,50 Fr.

Die Gasarbeiter Neapels verlangen eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von 50 Cts. pro Tag, ferner die Einführung einer Alterspension. Sie geben der Direktion fünf Tage Bedenkzeit und wollen dann eventuell in den Streik eintreten.

In Palermo ist wiederum ein Streik der Eisenbahner ausgebrochen, da die Direktion ihre Forderungen auf eine geringe Lohnherabsetzung nicht bewilligen wollte. Die übrigen Eisenbahn-Angestellten der Insel haben ihre Solidarität in Aussicht gestellt und werden, wenn die Direktion nicht bewilligt, ebenfalls in den Streik treten.

#### Sociales.

Das Barberische Mittelpreis-Verfahren bei Submissionen nach dem die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen im Submissionswege nicht mehr an den Bestbieter, sondern an denjenigen erfolgt, der mit seinem Angebot dem Mittel der eingereichten Offerten am nächsten kommt, ist von der Stadtverordneten-Versammlung in Mannheim am Mittwoch mit 50 gegen 44 Stimmen wieder abgeschafft worden, nachdem es dort etwa zwei Jahre probeweise versucht worden war. Für Verbeihaltung desselben traten geschlossen die socialdemokratische Fraktion des Ausschusses sowie einige der bürgerlichen Vertreter ein, während sich das Gros der letzteren für das rühmliche Unterbietungsverfahren ins Zeug legte und zum Schaden der kleinen Handwerker und der Arbeiter dagegen votierte. Der Vater des Mittelpreisverfahrens, Inskaltateur Barber, ist ein socialistisches Mitglied des Mannheimer Stadtrats.

Der sächsischen Landes-Medizinalkollegium lag ein Antrag vor, daß die ärztliche Ueberwachung der Schulen und Schulkinder durch eine für das ganze Land geltende Verfügung geregelt werde. Der Antrag wurde einem Ausschusse zur eingehenden Beratung und Berichterstattung überwiesen. Die nächste Plenarversammlung wird sich dann mit dem Bericht beschäftigen.

Eine Wohnungsenquete ist in Baden angeordnet worden. Das Ministerium hat die Bezirksämter angewiesen, Erhebungen wie schon 1895 über die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung vorzunehmen.

Die Verwendung von Bleiweiß in Farben hat nun auch der französische Minister für öffentlichen Unterricht in seinem Ressort verboten. Er hat seine Inspektoren und Architekten angewiesen, daß bei den Bauten Bleiweiß in keinem Falle angewandt werden darf.

#### Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Armishallen, Kommandantenstraße 20: Vortrag des Herrn Dr. S. Wehl über: „Die Reform der Krankenversicherung.“ Wir machen ganz besonders die Heimarbeiterinnen auf diesen Vortrag aufmerksam, damit sie die am 1. Januar in Kraft tretenden Bestimmungen für Heimarbeiter kennen lernen. Gäste sehr willkommen. Der Vorstand.

#### Kommunales.

##### Stadtverordneten-Versammlung.

37. Sitzung vom Donnerstag, den 5. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Zu Beginn der Sitzung erfolgt die Einführung der in den Erwahlungen gewählten neuen Mitglieder-Obermeister der Klempnerinnung Berger und Fabrikbesitzer Thiemer durch den Vorsteher Dr. Langerhans.

Für die durch das Ausscheiden der Stadtv. Kallisch und Emil Gehrdie in mehreren Ausschüssen entstandenen Vakanzien haben die betreffenden Abteilungen Erwahlungen vorgenommen.

Es wird zunächst verhandelt über die Petition der Firma Riebe u. Co. und Gen. um

Wiederherstellung des früheren Preises für Motorengas, Ermäßigung desselben oder Abattengewährung, Abzahlung der von den Interessenten seit dem 1. April ex. mehr gezahlten Beträge und Veranlassung der Englischen Gasgesellschaft zu gleichartigen Festsetzungen.

Die Petenten führen an, daß sie durch die Heraufhebung des Preises für Heizgas von 10 auf 12,35 Pf. erheblich geschädigt, ja teilweise in schwere Bedrängnis geraten seien. Der Petitions-Ausschuß ist über die Petition zur Tagesordnung übergegangen, auch das Ersuchen um Gewährung einer mindestens einjährigen Uebergangsfrist behufs Lösung oder Modifizierung der bestehenden Lieferungsverträge hat beim Ausschusse keine Berücksichtigung gefunden.

Stadtv. Buske (Fr. Fr.) beantragt nochmalige Prüfung des Petitions in einem besonderen Ausschusse; Stadtv. Wallach (W. L.) macht dagegen geltend, daß die Petenten der Mehrzahl nach das Gas von der Englischen Gasgesellschaft bezögen, daß es keineswegs angehe, so kurze Zeit nach der Einführung des Einheitspreises schon wieder Änderungen zu empfehlen, und daß der Ausschuß bei seiner Beschlußfassung einstimmig gewesen sei.

Die Versammlung geht über die Petition zur Tagesordnung über.

Darauf erfolgt die Neuwahl von 2 unbesoldeten Stadträten für die mit Ende des Jahres ausscheidenden Stadträte Emil Gehrdie und Kallisch.

Dieselben werden wiedergewählt. Den Abschluß eines

#### Vertrages der Stadt mit der Gesellschaft Moabit Elektrizitätswerke

hat der niedergesetzte Ausschuß gutgeheißen, den Vertragsentwurf selbst aber in zwei Punkten geändert:

Die Bestimmung: „Nacht der Magistrat nach erlangter Kenntnis von der Zuwiderrhandlung drei Monate verstreichen, ohne die Entfernung anzuordnen, so ist der Magistrat aus dieser Zuwiderrhandlung zur nachträglichen Entfernung der Drähte nicht mehr beauftragt“ soll gestrichen werden, da in solchem Falle Willkürlichkeiten nicht angebracht seien. Hinzugefügt werden soll dagegen eine Klausel, welche den Magistrat berechtigt, im Falle, daß die Gesellschaft mit einer fälligen Zahlung mehr als 1 Monat im Verzuge bleibt, vom Vertrage zurückzutreten und die die öffentlichen Straßen kreuzenden Leitungen der Moabiter Elektrizitätswerke zu entfernen. Wie es kommen konnte, daß die Centralstelle nichts davon erfahren, daß die Gesellschaft widerrechtlich mit ihren Leitungen die Straßen überdrückt, darüber sind nach dem Protokoll dem Ausschusse zwar „aufklärende Mitteilungen“ geworden, aber von dem Inhalt derselben giebt das Protokoll weiteren Kreisen keine Kunde.

Stadtv. Bruno (Soe.) bemängelt diese Schweißlampe; man habe ein Interesse daran, zu erfahren, wie eine dem Magistrat untergeordnete Behörde, die Baudeputation, ihre Befugnisse derart überschreiten konnte.

Referent Stadtv. Ledewig: Es liegt ein Versehen eines Beamten, und zwar nicht eines höheren Beamten, vor, der die Sache hat liegen lassen. Veranlassung, den Namen zu nennen, ist nicht gegeben; ein pekuniärer Schaden für die Stadt erwächst nicht.

Der Vertrag wird danach entsprechend den Ausschuhentwürfen genehmigt.

Das Friedrich-Verder-Gymnasium wird zu Ostern 1902 zunächst mit 1 oder 2 Vorkursklassen nach Moabit verlegt und gleichzeitig die XIII. Realschule eröffnet werden.

Am 18. Juni 1896 fiel durch die Auflösung des Graf Dyhernschen Fideikommisses dem seit 1888 in der städtischen Waisenküche gegeblichen, 1883 geborenen Franz von Friebe eine Erbschaft von 5626 M.

Der Magistrat will den ihm zustehenden Anspruch auf Erstattung der 3000 M. Verpflegungskosten aus diesem Erbanfall nur auf die Zeit vom Tage des Erbanfalls bis zur Einsegnung (Ostern 1898) geltend machen, so daß nur 1062 M. zu erstatten wären.

Stadtv. Stadthagen (Soe.) beantragt, den Erlaß der ganzen Summe, die dem jungen, nur mäßig befähigten Buchbinder zur Selbständigmachung sehr nötig sei. Die Frage des Erstattungsanspruches sei ohnehin zweifelhaft.

Stadtrat v. Friedberg spricht sich aus prinzipiellen Gründen namens der Bauverwaltung gegen den Antrag Stadthagens aus.

Stadtv. Stadthagen: Es handelt sich hier doch nicht um eine große prinzipielle Frage, sondern um etwas, was bei der Waisen- und bei der Irrenverwaltung fast alle Tage vorkommt. Nicht für den jungen Mann, sondern höchstens für die Stadt läge ein Glücksfall vor. Ob der Stadt ein Recht auf Erstattung zusteht, ist thatsächlich zweifelhaft. Es wäre unbillig, diese 1000 M. zurückzufordern; das Interesse der Steuerzahler kommt doch wahrhaftig bei so einem geringen Betrage nicht in Frage. Nachdem man den Moabiter Elektrizitätswerken gegenüber so viel Willigkeit hat walten lassen, ist es etwas Kleinlich, hier sich zu weigern.

Nachdem nochmals Stadtrat v. Friedberg und Stadtv. Cassel (W. L.) gegen den Antrag Stadthagen gesprochen, wird dieser abgelehnt und der Magistratsentwurf angenommen.

Die Kostenfrage für die Irrenanstalten der Stadt Berlin

zu Dalldorf und Herzberge sowie für die Anstalt für Epileptische zu Wohlgarten sollen für die nächsten 3 Rechnungsjahre 1902/4 wie folgt festgesetzt werden. (Die bisherigen Sätze sind in Klammern beigefügt):

- a) für die volle Anstaltsverpflegung  
2,30 (2,20) M. für die Irrenanstalten,  
2,60 (2,60) M. für Wohlgarten;
- b) bei Außenpflege der Zuschlag  
1. bei Privatamtsverpflegung  
0,85 (0,85) M. für die Irrenanstalten,  
0,55 (0,50) M. für Wohlgarten;  
2. bei Familienpflege  
0,65 (0,60) M. für die Irrenanstalten,  
0,80 (0,70) M. für Wohlgarten;
- c) die allgemeinen Verwaltungskosten  
1,30 (1,20) M. für die Irrenanstalten,  
1,60 (1,60) M. für Wohlgarten.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen. Die Vorlage wegen Verkaufs des städtischen Grundstückes Kottbuser Ufer 47a geht auf Antrag Edmann an einen Ausschuß.

Gegen die Verlegung des Brangelbrunnens vom Kemperplatz hat die Versammlung nichts einzuwenden. Schluß gegen 8 Uhr.

#### Gerechts-Beifung.

Als „wilde Möbel“ werden von den Fachleuten vielfach diejenigen Möbel bezeichnet, die mit Hilfe eigenartiger Kellern, „Verzugs-halter“, „wegen Todesfalls“ oder aus irgend welchen andern Gründen dem Publikum als besonders preiswert angeboten oder verkauft werden. Welcher Art bisweilen diese Möbel sind, zeigte eine Anklage wegen Betruges, die gestern die Möbelhändlerin Frau Dyes vor das Schöffengericht führte. Die Kossackischen Eheleute beschuldigen deren Geschäftsfloß in der Absicht, sich ein altes Mobiliar anzulegen und etwa 200 M. dafür auszugeben. Die Angeklagte erklärte, daß sie ein altes Mobiliar nicht auf Lager habe, redete aber zum Ankauf einer neuen, sogenannten Gobelin-Garnitur zu, die sie mit geringen Mehrlosten ablassen wolle. Die aus Sofa, zwei Ganz- und zwei Halbfauteuils bestehende Garnitur wurde denn auch zum Preise von 250 M. erstanden, nachdem sich die Käufer nach der Art der Polsterung erkundigt hatten. Sie behaupten, daß die Angeklagte auf ihre Frage, ob die Polsterung auch nicht aus Stroh oder Heu bestehe, verneinend geantwortet und gesagt habe: „Koh-haare kann ich für den Preis natürlich nicht liefern, die Polsterung besteht aber aus gutem Werg“. Die Angeklagte bestreitet diese Behauptung. Thatsächlich hat die Polsterung nicht aus Werg, sondern aus Holzwole bestanden, welche noch viel minderwertiger und zur Polsterung absolut ungeeignet ist. Die schlechte und ganz ungewöhnliche Beschaffenheit des Polsters veranlaßte einen Zivilprozeß, in welchem vom Gericht die Annahme vertreten wurde, daß die Angeklagte in doloser Weise die beiden Käufer über den Zustand der Polsterung getäuscht habe. Die weitere Folge war die Anklage wegen Betruges. Bei der gestrigen

Verhandlung handelte sich die Beschauptungen der Beschuldigten und der Angeklagten Schurstrass gegenüber. Ueber den Zustand der Garnitur äußerten sich die gerichtlichen Sachverständigen, Tapezierer Kreyh und Schröder, im höchsten Maße absprechend. Sie erklärten, daß die Garnitur überhaupt nicht nach soliden Grundsätzen gearbeitet und der Wert dieser Polsterung, die ihnen in ihrer Praxis überhaupt noch nicht vorgekommen, gleich Null sei. — Staatsanw. Brant hielt die schon einmal wegen unlauteren Wettbewerbes bestrafte Angeklagte des Betruges für schuldig und beantragte 14 Tage Gefängnis, während Rechtsanwalt Leonh. Friedmann darauf hinwies, daß die Angeklagte und ihr Gemann im Zivilprozeß schon beschworen haben, daß die belastenden Aussagen der Zeugen falsch seien. Es siehe somit Eid gegen Eid. — Der Gerichtshof hielt ein doloses Handeln der Angeklagten für erwiesen, da letztere auf Befragen der Zeugen die Pflicht gehabt hätten, ihnen zu sagen, daß die Polsterung aus dem mehr als minderwertigen und für diesen Zweck unbrauchbaren Holzstoff bestand. Die Angeklagte wurde zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, außerdem wurde ihr wegen Verleumdung eines Zeugen eine Ordnungsstrafe von 30 M. auferlegt.

Der Wäschehandelsbesitzer Koel sollte durch Ausstellen geeigneter Kleidungsstücke im Schaufenster die polizeiliche Vorschrift übertreten haben, wonach Sonntags zu der für den geschäftlichen Verkehr nicht freigegebenen Zeit Waren nicht öffentlich ausgestellt werden dürfen. Das Kammergericht als Revisionsinstanz sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Unter „Waren“ seien Güter zu verstehen, welche sich im Handelsverkehr befinden. Im vorliegenden Falle seien aber nur gereinigte Kleidungsstücke von Kunden ausgestellt gewesen, um dem Publikum die gewerbliche Leistung der Firma im Kleinen zu zeigen. Solche Kleidungsstücke seien aber dem Handelsverkehr entzogen und nicht als Ware im Sinne der Polizeiverordnung anzusehen, weshalb Freisprechung erfolgen müsse.

Vom Kommunal-Wahlrecht in Schleswig-Holstein. Die Stadt Preetz, die früher ortstatutarisch das kommunale Bürgerrecht von der Zahlung eines Klassensteuer-Satzes von mindestens 6 M. jährlich abhängig machte, verlangt seit 1900 als eine Bedingung für das Bürgerrecht in dem geänderten Ortstatut die Entrichtung einer Staats-Einkommensteuer von mindestens 6 M. Unter Vernehmung hieraus stich der Magistrat am 30. Oktober den zu nur 4 M. Staats-Einkommensteuer veranlagten Bürsteuwerker Frahm aus der Bürgerrolle (Wählerliste) Frahm legte hiergegen vergeblich Einspruch ein und klagte dann im Verwaltungsstreitverfahren gegen die Stadtverordneten-Versammlung. Inzwischen hatten im November 1900 die Stadtverordneten-Wahlen stattgefunden, bei denen neun Stadtverordnete gewählt wurden. Frahm socht nunmehr auch die Giltigkeit der Wahlen an, indem er geltend machte, daß die Wählerliste infolge seiner rechtswidrigen Streichung unvollständig gewesen sei. — Der Bezirksauschuß zu Schleswig gab der Klage Frahms insoweit statt, als er die Streichung seines Namens aus der Bürgerrolle für unberechtigt erklärte. Die Stadtverordneten wählten erstellte der Bezirksauschuß für gültig. Er führte begründend aus: § 7 der Städte-Ordnung für Schleswig-Holstein, in Verbindung mit § 76 des Einkommensteuergesetzes, mache den Erwerb des Bürgerrechts von einem Einkommen abhängig, welches, nach den Grundbägen des Einkommensteuergesetzes geschätzt, einen bestimmten, im Ortstatut näher festgesetzten Betrag erreicht, der nicht unter 600 M. und nicht über 1500 M. beträgt. Auch könne an seiner Stelle ein entsprechendes Einkommensteuer-Satz für genügend erachtet werden. Es frage sich, inwiefern dies durch § 77 des Einkommensteuergesetzes berührt werde. Es sei anzunehmen, daß in Städten, wo das Bürgerrecht an ein bestimmtes Einkommen geknüpft war, sehr wohl nach dem Inkrafttreten jenes Gesetzes ein höheres Einkommen durch Ortstatut als Census festgesetzt werden könne, natürlich immer nur im Rahmen des § 7 der schleswig-holsteinischen Städte-Ordnung. Wo aber ein Satzenus von 6 Mark Klassensteuer bestanden habe, da trete nach § 77 des Einkommensteuergesetzes an Stelle dieses Satzes ohne weiteres der Einkommensteuersatz von 4 Mark, und dieser könne nachträglich nicht erhöht werden. Die Festsetzung eines sechs-Mark-Satzes in dem neueren Statut sei deshalb rechts-widrig. Da der Kläger aber zu 4 Mark veranlagt gewesen sei, so hätte er nicht aus der Bürgerrolle gestrichen werden dürfen. Dessenungeachtet seien aber die Wahlen rechtmäßig, denn für diese sei die Wählerliste maßgebend, wie sie zur Zeit sei. Die Giltigkeit der Wahlen werde nicht dadurch beeinträchtigt, daß eine Person nicht mitwirken konnte, deren Wahlberechtigung erst nach der Wahl endgültig festgestellt worden sei. — Diese Entscheidung hat jetzt das Oberverwaltungsgericht im vollen Umfange bestätigt, indem es die Verurteilung beider Parteien abwies.

#### Lezte Nachrichten und Depeschen.

Barmen, den 5. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der heutigen Stadtrats-Sitzung wählte ein Socialdemokrat.

Königsberg i. Pr., 5. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heute vorgenommenen Stadtverordneten-Wahlen gewannen wir drei Mandate und sind nunmehr durch sechs Genossen im Stadtverordneten-Kollegium vertreten.

Reichen, 5. Dezember. (W. L. W.) Das Schwurgericht verurteilte Albert Oezpla wegen Mordes an dem Oberförster Biermann aus Polern, Kreis Lublin, zum Tode und seinen Vater, Joseph Oezpla, wegen Beihilfe zu 15 Jahren Zuchthaus.

Danzig, 5. Dezember. (W. L. W.) Nach dreikündiger sechsstündiger Debatte wurde in der heutigen Stadtverordneten-Versammlung die Magistratsvorlage zur Sanierung der Nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerke, Aktiengesellschaft, ein hypothetarisches Darlehen von 250 000 Mark zu gewähren, mit 34 gegen 11 Stimmen angenommen.

Chemnitz, 5. Dezember. (W. L. W.) Bei dem Reuben des Polizei-Arresthauses brach heute nachmittags über dem dritten Stock aus noch unbekanntem Grund die Kappe eines Stampfbockens-Gewölbes zusammen und durchschlug die übrigen Geschosse bis in die Tiefe hinab. Sechs Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen und verschüttet. Drei derselben sind tot, einer schwer, zwei leicht verletzt.

Kom., 5. Dezember. (W. L. W.) Die Deputiertenkammer beendete heute die Beratung der Regierungsvorlage betreffend Einrichtung eines Arbeitsamtes. Es gelangte eine Tagesordnung zur Annahme, in welcher die Kammer das Vorgehen der Regierung in dieser Richtung mit Genugthuung begrüßt und der Regierung ihr Vertrauen und den Wunsch ausdrückt, daß diese mit Deutschland, der Schweiz und andern Staaten in Verbindung trete behufs baldiger Ergreifung von internationalen Maßnahmen zur Fürsorge für die Arbeiter.

Brüssel, 5. Dezember. (W. L. W.) Die Deputiertenkammer nahm den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf, welcher die Dauer des Militärdienstes auf 20 Monate für die Fußtruppen und auf 36 Monate für die Kavallerie und die berittene Artillerie festsetzt, an.

London, 5. Dezember. (W. L. W.) Der Generalauschuß des Verbandes der liberalen Vereine Englands hat nach längerer stündlicher Erörterung eine Resolution gefaßt, in welcher erklärt wird, daß der Zeitpunkt gekommen sei für Verhandlungen mit den Boeren zum Abschluß eines ehrenvollen und dauernden Friedens, und daß zu diesem Zwecke eine außerordentliche Kommission nach Südafrika gesandt werden solle.

Vretoria, 5. Dezember. (Meldung des „Reuter'schen Bureau“.) Gestern wurden drei Vorenlager überfallen und dabei 250 Boeren zu Gefangenen gemacht, nämlich über 100 südwestlich von Ermelo, 63 in der Nähe von Rylstroom im Waterberg-Distrikt, wo das überfallene Lager zu Vorens Kommando gehörte, und 19 im nordwestlichen Transvaal, wo Richtenbergs Lager genommen wurde.

Reichstag.

106. Sitzung vom Donnerstag, 5. Dezember 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky, Müller, bayerischer Finanzminister v. Riedel.

Die erste Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird fortgesetzt.

Preussischer Handelsminister Müller:

Ich muß mich zunächst gegen einige Äußerungen wenden, die im Laufe der letzten Tage hier im Hause gefallen sind; zunächst gegen den Abg. Richter. Dieser hat die meines Erachtens ungeheuerliche Behauptung aufgestellt, der neue Tarif stelle ein unerhörtes System von Universal-Protectorat dar. Ich muß demgegenüber die wahren Verhältnisse und Zahlen, die schon Graf Posadowsky dargelegt hat, nochmals scharf und präzis hervorheben. Die Zahl der Zolltarifpositionen ist in erheblichem Maße gesteigert worden, um denjenigen Uebelständen abzuwehren, die sich bei den Handelsvertrags-Verhandlungen der 90er Jahre herausgestellt hatten. Mit Recht ist dafür schon das Zeugnis des Freiherrn v. Marschall angerufen worden. Wer damals an den Handelsvertrags-Verhandlungen beteiligt war, hat erfahren, was es heißt, über große Sammelpositionen zu verhandeln zu müssen. Wir haben mehrfach anderen Staaten Konzessionen gemacht wider Willen, ja vielfach wider Wissen. Das sollte nicht wieder kommen. Diese Uebelstände rekrutieren unbedingt die größere Specialisierung. 930 Positionen hat der Tarif, 282 davon sind zum Teil erhöht und nur 241 sind wirklich ganz erhöht worden. Mit wenigen Ausnahmen sind die Zölle auf Halbfabrikate nicht verändert. Mit Ausnahme der Textil- und Gewerbe-Industrie waren die Industrien 1879 sehr schlecht weggekommen, weil der Zoll auf die Fabrikate nur ganz wenig höher war als auf die Rohstoffe, so daß die Arbeit nicht genügend geschützt wurde. Zum Beispiel wurden einfache Maschinen mit drei Mark, Stabeisen fast ebenso hoch mit 250 Mark verzollt.

Den Wirtschaftlichen Ausschuss hat schon Graf Posadowsky gegen die unbedingte Angliederung verteidigt.

Herr Gothein hat gestern mit einem wenig geschmackvollen Ausdruck den Wirtschaftlichen Ausschuss als Amputierte für höhere Zölle bezeichnet. Wenn schon einmal dieser Weg privatim gemacht war, so hätte Herr Gothein besser gehen, ihn nicht zu reproduzieren. Ich kenne das ja, wie die Verjüngung an einen Parlamentarier herantreten kann, ein gutes Schlagwort einmal zu verwenden, aber dieses war ein sehr schlechtes. (Sehr gut! rechts.) Die Vertreter im Wirtschaftlichen Ausschuss sind ohne alle Rücksicht auf Parteifarben gewählt worden. Ich selbst habe die Einladungslisten gefahret und habe vielfach dafür gesorgt, daß Herren anderer Parteifarben, die mir noch zu fehlen schienen, hinzugezogen wurden. Das ganze System war das der kontraktualistischen Vereinigungen. Man suchte möglichst entgegengelegte Meinungen zu hören. Als man dann immer mehr zur Erkenntnis der ungeheuren Inkonsequenz des früheren Tarifes kam, verstand es sich von selbst, daß man stellenweise Verschärfungen und Erhöhungen vornahm. Die Sachverständigen sind ebenfalls ohne jede Rücksicht auf die Parteifarben ausgesucht worden. Einer der besten Freunde des Abg. Richter, unser zweiter Vizepräsident, Abg. Schmidt-Eberfeld, ist selbst wiederholt bei den Verhandlungen zugegen gewesen. (Zuruf des Abg. Richter.) Jeder meint natürlich, das wäre richtig, was er glaubt. (Heiterkeit links.) Die beste Repräsentation des Tarifs ist, daß er eine Mittellinie darstellt zwischen den Wünschen beider Seiten. Daß man dabei hunderte von Erwägungen hat geltend machen müssen und daß man bei diesen Erwägungen nicht immer das richtige getroffen hat, ist ganz selbstverständlich. (Große Heiterkeit und viel Lachen.) Sehr gut! Sehr richtig! links.) Dafür sind die Kommissionsberatungen da, bei denen Sie Ihre Meinungen wiederholen können und bei denen auch von der andern Seite die Erwägungen nicht fehlen werden. Maßgebend für die Höhe der Positionen war nicht immer allein der Wert der Ware, sondern auch der Verhandlungswert der einzelnen Positionen. Man fragt sich: Wie steht es mit der Konkurrenzfähigkeit der Länder, mit denen wir später zu paktieren haben. Wenn man verhandeln will, muß man auch etwas zu geben haben. Wer nichts zu geben hat, kann nichts nehmen. (Zuruf links: Wir haben ja etwas zu geben!)

Gegen den bisherigen autonomen Tarif sind bei den Getreidezöllen Verschiebungen nur vorgenommen worden: beim Roggen um 1,50 Mark und beim Weizen um 2 Mark. Dies sind lediglich quantitative, keine prinzipielle Änderungen.

Auch Herr Richter scheint sich der Macht der Verhältnisse schon so weit gefügt zu haben, daß er kein absoluter Gegner des Schanzzolls mehr ist. Ich habe keine Antwort von ihm, also nehme ich an, daß es so ist. (Große Heiterkeit. Abg. Richter: Parteidrede!) Ich spreche hier nicht als Parteimann.

Präsident Graf Vellekreuz: Ich bitte den Herrn Bevollmächtigten des Bundesrats nicht zu unterbrechen. (Heiterkeit.)

Handelsminister Müller:

Herr Richter meinte, ich hätte in einer Rede am Niederrhein gesagt: es könne einem Angst und Bange werden, wie man aus dem häßlichen Widerstreit der Parteien zu einer Verständigung kommen kann. Herr Richter stellte diesen Zustand als Folge der Sammelpolitik hin. Ich glaube, er hat Ursache und Wirkung verwechselt. Im Sommer 1891 waren die Getreidepreise so abnorm hoch gestiegen, daß man sich allein deshalb veranlaßt sah aus innerpolitischen Gründen die Getreidezölle herabzusetzen. Man hat diese Konzession damals Oesterreich auf dem Präsentierteller entgegengebracht, ohne besondere Gegenleistung zu erhalten. Gerade von jener Zeit ab sind aber dann die Getreidepreise stetig gefallen, und infolge dessen ist die Bewegung im Volke entstanden, gegen die wir heute zu kämpfen haben. Dieser Konflikt muß unbedingt ausgeglichen werden. Herr Richter und seine Nachbarn wollen jedenfalls eine Akraxprode leisten, aber sie mögen sich doch fragen, ob sie stark genug dazu sind. Durch die scharfe Opposition auf der einen Seite ist man nun auch auf der andern Seite mit Forderungen gekommen, die für uns unannehmbar sind. — Man hat mir gesagt, ich sehe mich zwischen zwei Stühlen. Gewiß, meine Herren, das thue ich. (Große Heiterkeit.) aber das schließt nicht aus, daß man nach und nach wieder in die Höhe kommt. Unser Programm kann nur sein: Hilfe der Landwirtschaft bis an die Grenze, daß die Handelsvertragspolitik aufrecht erhalten werden kann. Wie will denn Herr Richter die Verhandlungen leiten, wenn er nichts zu geben hat. Ich behaupte, wir treiben praktische Politik. Sie aber treiben chimärische Politik. Die Mehrheit haben Sie nicht, die werden Sie auch bei einer Auflösung des Hauses, zu der es nicht kommen wird, nicht bekommen. (Lachen links.) Wiso ich glaube, die Sammelpolitik wird doch noch wieder zu Ehren kommen. Herr Richter hat den guten Geschmack gehabt, ein auf mich gedichtetes Lied zu verlesen. (Heiterkeit.) Nun, auf dem letzten Parteitag der freisinnigen Volkspartei sollen auch drei Gedichte auf Herrn Richter verbrochen worden sein, die vor der scharfen Kritik des Herrn Richter selbst wohl nicht bestanden haben würden. (Sehr gut! rechts.) Hat Herr Richter vielleicht alle vierreden, die auf ihn in Hagen gehalten worden sind, immer geprüft auf ihre Gelamatslosigkeit? (Große Heiterkeit links.) Herr Richter hat mir den ägyptischen Handelsminister Joseph vorgehalten. Er hat erzählt, daß Herr Joseph unter Herrn Potiphar (Große Heiterkeit links) in guten Zeiten das Getreide für die schlechten gewonnen habe, damit hat er also gesagt, daß Herr Graf Rantz mit seinem Antrage nicht Original gewesen ist, sondern daß Herr Joseph (Erneute Heiterkeit)

der eigentliche Urheber des Antrags Rantz gewesen ist. (Stimmliche Heiterkeit.)

Herr Richter hat der Regierung die Vertretung von Sonderinteressen vorgeworfen. Vertritt Herr Richter nicht auch Sonderinteressen?

Er vertritt die durchaus berechtigten Sonderinteressen der Konsumenten und macht mir zum Vorwurf, diese seien im Wirtschaftlichen Ausschuss nicht gehört worden. Der Konsument ist ein ganz ungeheuer vielföpfiges Ungeheuer. (Große Heiterkeit.) Die Behauptung, daß durch höhere Zölle der Konsument übermäßig belastet und die Lebenslage der Arbeiter herabgedrückt würde, beruht auf sehr primitiven Berechnungen. So einfach ist unsere volkswirtschaftliche Entwicklung nicht. Da sind Hunderte von Faktoren mit im Werke. (Sehr gut! rechts.) Seit dem Zollsystem von 1879 hat sich die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Deutschland in ganz ungeahnter Weise gehoben. (Widerspruch links.) Gewiß, die Handelsverträge haben dazu mitgewirkt und ich behaupte noch heute, daß sie nützlich und notwendig sind, aber die Grundlage des Aufschwunges war der Zolltarif von 1879. In diesem Jahre ist die Wende gekommen. (Lachen links.)

Die Löhne der Bergarbeiter sind nach der amtlichen Statistik der preussischen Bergbehörden, nachdem sie 1878 einen Zeitpunkt erreicht hatten, seit 1879 sehr stark gestiegen, bis sie dann in den letzten Jahren eine durchschnittliche Jahreshöhe von 1350 M. erreichten. Auch bei den anderen Arbeiterkategorien hat ein Anschlag der Löhne seit 1879 um etwa die Hälfte stattgefunden. Auch in den Reihen der Socialdemokratie erkennen ja einige gelehrte Herren diese Zahlen an und erklären keineswegs jedes Zollsystem für unbedingt verwerflich, das eine Erhöhung der Lebensmittelpreise bringt. Ich sehe in dem Tarif ein günstiges Instrument, um wieder zu Handelsverträgen zu kommen, welche dem deutschen Erwerbsebenen, wenn es auch gegenwärtig einen erheblichen Rückschlag erfährt, wieder Vorteil bringen müssen. Ich persönlich habe in keiner Weise meine Meinung geändert. Ohne den Abschluß von Handelsverträgen würden wir auch nicht im stände sein, den armen Herren Landwirten überhaupt zu helfen. Eine Differenzierung für Roggen und Weizen ist erforderlich. Die landwirtschaftliche Produktion hat etwa 6 1/2—7 Milliarden Wert, die Industrie nach unseren Schätzungen 11—12 Milliarden. Die Landwirte müssen berücksichtigen, daß sie mit ihren Interessen in der Winderheit sind. Eine Verständigung zwischen Landwirtschaft und Industrie ist die Grundlage, auf der der Tarif aufgebaut werden muß. Die eingestellten Zölle tragen der schlechten Lage der Landwirtschaft Rechnung. Heutzutage beträgt in Deutschland die Gesamtheit unserer Zölle im Verhältnis zur gesamten Einfuhr nur 9,4 Proz., in Italien 13,7 Proz., in Frankreich 2,6 Proz., in Rußland 32,6 Proz., in den Vereinigten Staaten 27,8 Proz.

Herr Mollenhuth hat sich darüber beklagt, daß die Löhne nicht mit den Dividenden gleichen Schritt halten. Aber gerade in England ist ja das System der gleitenden Lohnskala auf Betreiben der Arbeiter selbst aufgegeben worden. Es giebt eben nichts so Verderbliches für die Arbeiter, als wenn sie in einem Jahre tausend Mark Einkommen haben und im nächsten mit sechs hundert Mark ankommen sollen. — Ich betone nochmals, ohne Erhöhung der Getreidezölle kommen wir um den Konflikt nicht herum. Ich habe als Handelsminister die Konsumenten zu vertreten, diese Aufgabe zu erfüllen, habe ich nun Ziel gesetzt, durch die Reden der Opposition wird dieses Ziel nicht erreicht. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Vogel (Antif.):

Herr Müller hat von einem Herrn Potiphar gesprochen. So viel ich weiß, war dieser Herr Potiphar eine Frau. (Stimmliche Heiterkeit.)

Herr Richter hat das Lob des Grafen Caprivi in allen Tönen gesungen. Ich mußte dabei an den Spruch denken: Wenn Dein Werk dem Kenner nicht gefällt, so ist das schon ein böses Zeichen, doch wenn Dein Werk dem Richter gar gefällt, so ist es Zeit, es auszustreichen. (Lachen links.)

Wir müssen dafür sorgen, daß die Landwirtschaft gekräftigt wird und so die Arbeiter wieder auf das Land zurückführen. Ich will das nicht, so ist die Folge eine Internationalisierung des flachen Landes. Ueber kurz oder lang werden wir gezwungen sein, den Pfad hinabzugeben, der zum Antrag Rantz führt. — Der Importeur Levy (Große Heiterkeit) hat natürlich ein großes Interesse daran, das argentinische Getreide billig hereinzuschaffen zu können, um es hier mit großem Profit zu verkaufen. Was denkt er an die deutschen Bauern, die durch diese Konkurrenz ruinirt werden. Unsere Politik aber darf sich nicht in den Dienst des Importeurs Levy stellen. (Erneute stimmliche Heiterkeit.) Der Schutz der Landwirtschaft muß ein ausreichender und energischer sein. Je nachdem dies der Fall sein wird oder nicht, werden wir in der Kommission stimmen. Neben dem Pflug muß in deutschen Landen das Schwert stehen — in hoc signo vinces! In diesem Zeichen werden wir siegen! (Beifall bei den Antifemiten.)

Abg. Richter (kons.):

Gegen den deutschen Bauernstand ist mit Schlagworten agitirt worden wie dem, er sei der „Blutsauger“ des deutschen Volkes; die Freisinnigen werden nicht müde, von der „Vegebllichkeit der Agrarier“ zu reden. Der große deutsche Kanzler Fürst Bismarck aber hat die Bedeutung des Bauernstandes erkannt und ist mit seinen erhöhten Zöllen 1887 durchgedrungen. Dann kam der Mann ohne Ar und Helm; mit diesem Mann hat die Linke gefestigt, er hat das große Werk des Fürsten Bismarck mit einem Schlag vernichtet. (Beifall rechts, Lachen links.) Unter den Caprivi'schen Handelsverträgen leiden wir heute noch. Unser Viehstand ist ohne unsere Schuld verheert (Lebhafte Zustimmung rechts); das ist die Konsequenz der unglücklichen Handelsverträge von 1892. (Lachen links.) Sie waren ein großes vaterländisches Unglück. Man hat unsere Einnahmen verringert und unsere Lasten verdoppelt. Die Industrie hat den Nutzen von unserem Arbeitern gemangelt gehabt, Fabrikum Fabrik ist entstanden und hat die Arbeiter in die Städte geleitet. Die jetzige industrielle Krisis ist nur die Folge der Ueberproduktion. Der Bauer kann aber, wenn er fleißig und sparsam ist, noch heute sich eine Existenz gründen. Aus den Taschen des deutschen Bauernstandes haben sich gewisse Leute mit Millionen bereichert. Ich begräße es mit Freuden, daß in dem von der Regierung vorgelegten Tarifentwurf wenigstens vier Getreidearten durch Minimaltarife geschützt sind; ich halte es aber für notwendig, noch weitere wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse mit einem Minimal- und Maximaltarif zu versehen. Im bayerischen Landtage hat der Abgeordnete Dr. Heim eine Besprechung der zollpolitischen Verhältnisse veranlaßt, in der sich ergab, daß das ganze bayerische Volk mit Ausnahme der Socialdemokraten ein warmes Herz für die Wünsche der Landwirtschaft hat. Auch die dortigen Freisinnigen haben weit mehr Interesse für die Landwirtschaft als die Freisinnigen hier im Hause. (Lachen links.) Auf dem großen bayerischen Bauerntage in Regensburg, der von über 6000 Bauern besucht war, wurde allgemein verlangt, daß die Hauptgetreidearten gleichmäßig verzollt werden müssen. Besonders auf Weizen wurde in dieser Versammlung das Hauptgewicht gelegt. Der bayerische Gerstebauer braucht einen höheren Gerstenzoll. Ich begräße es freudig, daß man auch in Deutschland den Wünschen der Süddeutschen entgegenkommt und anerkennt, daß Einheit stark macht. (Lebhafte Bravo rechts.) Das bayerische Hofbrauhaus, das früher ausschließlich ausländische Gerste und Hopfen verwendete, hat in diesem Jahre auf eine an den Finanzminister Freiherr v. Riedel ergangene Anregung hin, zum erstenmal bayerische Gerste und Hopfen verwendet und das

Vier ist eben so ausgezeichnet wie früher. (Große Heiterkeit!) Die bayerische Regierung hat unsere Wünsche stets verständnis entgegengebracht.

Die Worte „Brothauger“ und „Blutsauger“ sind aber ganz unberechtigt. Der Bauer muß heutzutage sein Getreide Monate lang unverkauft liegen lassen, bis er es endlich loschlagen kann. Er muß sich schänden und sich bis früh um 10 im Bette wälzen. (Heiterkeit links.)

Die Junker brauchen aber trotzdem keinen Vorspann; sie wissen ihre Rechte zu vertreten, auch die Interessen der kleinen und mittleren Grundbesitzer. Die Herren von der Linken berechnen den Umfang der kleinen häuerlichen Besitzter. Sind Sie (nach links) denn blind, wenn Sie durch die Plänen von Deutschland fahren, daß Sie nicht sehen, wie viel kleine Besitzter in den Dörfern wohnen und ihr Feld bebauen? Abg. Richter behauptet, höhere Getreidezölle kämen nur Besitzern von über 100 Hektaren zu gute. Abg. Richter ist gewiß ein sehr gebildeter Redner (Heiterkeit), aber deshalb ist noch nicht alles wahr, was er sagt. (Große Heiterkeit und Beifall rechts.) Ein Mann wie Richter sollte solche verkehrte Behauptungen nicht aufstellen. Ich selbst besitze etwa 30 Hektar und kann genau den Nutzen berechnen, den mir ein höherer Zollschutz gewähren würde. Seit den letzten Handelsverträgen sind den deutschen Bauern Millionen verloren gegangen. (Sehr richtig! rechts.) Auf dem platten Lande lasse ich mich von Herrn Richter nicht verblüffen. (Heiterkeit.)

Meine Ausführungen beruhen auf Wahrheit, ich bin nicht hierher gekommen, um schöne Reden zu halten, um Phrasen zu machen. (Unruhe links.) — Herr Mollenhuth hat sich nämlich als Vertreter der Müller ausgespielt. Es ist aber ganz falsch, daß die Müller im allgemeinen keinen Schutzoll brauchen, das kann höchstens für die ganz großen Müller zutreffen, die kleinen und mittleren Müller können ohne erhöhten Getreidezoll nicht auskommen.

Vor allem habe ich hier die Verflüchtigung, für die deutschen Hopfenbauer einzutreten. Es muß unbedingt auch für Hopfen ein Minimal- und Maximaltarif eingeführt werden. — Wir wollen keine Sonderinteressen vertreten, sondern wir wollen den Schutz der gesamten nationalen Arbeit. (Lachen links.) Das Vertrauen der Bauern ist gestürzt worden durch die Reden des Herrn Reichskanzlers und des Grafen Posadowsky. Wir hoffen, daß die Regierung ihre Worte auch einlösen wird. Mit dem Worte des Herrn Reichskanzlers: Der Landwirtschaft zum Schutz, der Industrie nicht zum Trug! sind wir einverstanden. Es wird Ihnen nicht gelingen, einen Strich zu machen zwischen den Bauern im Osten und im Westen. Der deutsche Bauernstand steht von Ost nach West, von Süd nach Nord einzig da. Ich appelliere an die Reichsregierung und an den Reichstag; begehren Sie nicht: Des Vaterlandes Macht und Kraft allein liegt in der Landwirtschaft. (Leb. Bravo! rechts. Der Reichskanzler tritt den Saal.)

Abg. Webel (Soc.):

Der Herr Redner hat von dem Standpunkt eines Mannes gesprochen, dem die ganze moderne Entwicklung ein Grauel und ein Schrecknis ist. (Er Unruhe rechts.) Denn wenn es nach seinen Grundsätzen ginge, kämen wir schließlich dahin, daß jede Fabrik zu gründen verboten würde, daß die Eisenbahnen aufgehoben würden und daß alles gelassen müßte, um die industrielle Entwicklung und damit Handel und Verkehr zu unterbinden. Wenn Herr Richter an Schluß erklärte, daß die Worte des Reichskanzlers, der Landwirtschaft zum Schutz, der Industrie nicht zum Trug, seinen Anschauungen entsprächen, so geht doch sein Programm auf vollständige Vernichtung der Industrie. Meine Herren, daß Sie das nicht einsehen, vielleicht nicht einsehen wollen, begreife ich. Ihnen ist es nur darum zu thun, Deutschland wieder zum Agrarstaat zu machen. Ihre Bestrebungen gehen nur darauf hinaus, Handelsverträge unmöglich zu machen. Herr Richter hat ausgedehnt, man hat das Volk in den letzten Jahren gegen die Bauern aufgehetzt. Auch Graf Schwerin meinte, der Kampf müsse mit mehr Aufwand, mit mehr vaterländischem Solidaritätsgefühl geführt werden. Nun ich muß sagen, Sie als Ratgeber in dieser Frage zu sehen, das erinnert wirklich an den Heineke Fuchs. Wenn einer das Menschennögliche geleistet hat in Aufhebung, so die Bauernbändler und der Bund der Landwirte. Ihre Agitation lieh alles weit, weit hinter sich, was je die Socialdemokratie geleistet hat. 1893 erklärte man, man müßte unter die Socialdemokraten gehen, um die Regierung auf die Knie zu beugen. Im Circus Busch wurde die Verheerung gestiftet: Die Minister können mir sonst etwas... Auf dem Bauernbundtag in Regensburg hatte Herr Heim eine Rede gehalten, die an Kufferey und Agitation gegen die bayerische Regierung das Menschennögliche leistete.

Vizepräsident Graf Stolberg: Der Herr Abgeordnete hat unter Ramenennung erklärt, dieser Abgeordnete hat eine Rede gehalten, welche an Kufferey gegen seine Regierung alles ande hinter sich lasse. Ich erkläre dem Herrn Abgeordneten, daß dies nicht zulässig ist. (Bravo rechts.)

Abg. Webel (Soc., fortfahrend):

Herr Heim hat direkt gesagt, wenn die Wittelsbacher nicht auf die Wünsche der bayerischen Bauern hören, dann hätte die bayerische Bauernschaft kein Interesse an der Existenz der Monarchie in Bayern. (Hört! hört! links.) Der „Wahre Jacob“ hatte ein sehr bezeichnendes Titelbild. Auf der einen Seite der Bauerbund bei einem Getreidezoll von 7,50 M. mit der Devise: „Mit Gott für König und Vaterland“. Auf der andern Seite bei einem Getreidezoll von 3,50 M. die Devise: „Es lebe die Republik!“ (Große Heiterkeit, Unruhe rechts.)

Sehen wie uns doch einmal die Denkschrift des Bundes der Landwirte und der sogenannten christlichen Bauernvereine an. Sie entbehren jedes Solidaritätsgeföhls mit den übrigen Klassen der Gesellschaft, der rückständigen Klassen-egoismus spricht aus ihnen. Eine große Masse der deutschen Bevölkerung müßte verhungern, Deutschland müßte aufhören, ein Industriestaat zu sein, wenn jene Forderungen erfüllt würden. Ich wundere mich nur, daß die deutschen Bauern die Stirn haben, sich noch christlich zu nennen, während sie nur von den gemeinsten, niederträchtigsten, egoistischen Klasseninteressen geleitet werden. (Große Unruhe rechts.) — Sehr interessant war mir, daß Graf Schwerin mit keinem einzigen Satz auf die Forderungen des Bundes der Landwirte eingegangen ist. Dann kam der Reichskanzler und sagte, man solle berücksichtigen, daß man vor fremden Ohren, vor den Ohren des Auslandes, rede. Nun, es giebt leider in Deutschland, wie in allen Kulturstaaten der Welt, zwei Nationen, eine Nation der Ausbeuter und Unterdrücker und eine Nation der Ausgebeuteten und Unterdrückten (Wärmender Widerspruch rechts); der Reichskanzler hat im Namen der ersten Nation gesprochen, ich spreche im Namen der zweiten Nation. (Erneute Unruhe und Zurufe rechts.) Wir werden mit derjenigen Rücksichtslosigkeit die Interessen der unterdrückten Volksschichten vertreten, die die Wichtigkeit der Sache erfordert, und wenn man glaubt, im Ausland baraus irgend welche Rückschlüsse ziehen zu müssen, wird uns das nicht im geringsten genieren. (Unruhe rechts.) Wir haben den dringenden Wunsch und das Verlangen, daß Handelsverträge auf keiner unangünstigeren Basis, als gegenwärtig, abgeschlossen werden, daß die gegenwärtigen Handelsbeziehungen Deutschlands, die es mit unendlicher Mühe und unter größten Opfern erlangt hat, aufrecht erhalten werden, und wir werden von diesem Gesichtspunkt aus alle Bestrebungen auf das energischste bekämpfen, die darauf gerichtet sind, den Zustand der Handelsbeziehungen ungünstiger zu gestalten, als er jetzt ist.

Der Reichskanzler ist der Meinung, die Ausfichten neuer Tarifverträge könnten zur Zeit noch nicht überblickt werden.

Als wir hier 1892 den autonomen Tarif festsetzten, war sein Vorgänger, Graf Caprivi, und andre maßgebende Herren im Bundesrat nicht der Meinung, daß es zweifelhaft sei, ob man auf Grund jenes Tarifes Handelsverträge zu Stande bringen werde. Sie wußten genau, daß sie mit diesem Tarif Verträge zu Stande bringen würden. Der jetzige Standpunkt aber ist ein ganz ungeheuerlicher. (Zuruf rechts: Oestreich!) Ich werde später auf das Kapitel kommen. Die Oestreicher fangen allerdings an, sich zu wehren; sie wollen nicht die geduldeten Schafe sein (Abal rechts) — mit Bezug auf Ihr Vorgehen, auf das Vorgehen der verbündeten Regierungen. Die Oestreicher sagen: wenn ihr und die Ausfuhr nach Deutschland unmöglich macht, so machen wir eure Ausfuhr nach Oestreich-Ungarn unmöglich; mit andern Worten: Wurst wider Wurst! Dieser Standpunkt wurde 1892 in Deutschland auf das entschiedenste verhorrediciert. Damals hieß es in der Denkschrift der Regierung, man müsse einen bestimmten Einfluß auf das demnächstige europäische Zolltariffsystem anstreben im Sinne internationaler Verständigung. Daß es bei jedem Handelsvertrag Parteien giebt, die geschädigt werden, ist nicht zu verhindern. Selbst wenn bei einem Handelsvertrag beide Parteien die Gewißheit hätten, daß keine auch nur den geringsten Schaden dabei erleiden würde, so würde es schon durch die natürliche Entwicklung aller modernen Staaten der Welt dahin kommen, daß aus der inneren Entwicklung der Einzelstaaten heraus Differenzen zwischen den Interessen entstehen. Wenn z. B. eine bestimmte Industrie mit der eines andern Staates einen Vertrag abgeschlossen hat zu Sägen, bei denen sie glaubt, existieren zu können, so kann etwa eine großartige technische Entwicklung der Industrie in dem einen Staat die Produktion ganz enorm verbilligen und dadurch die Konkurrenz-Industrie des andern Staates außerordentlich schädigen. Die letztere wird bis zum Abschluß neuer Handelsverträge Schaden aus einem derartigen Vertrag erleiden. Wenn wir in den Jahren 1891—94 unsere Vertragsverhandlungen einen Tarif zu Grunde gelegt hätten, wie denjenigen, der uns jetzt vorgelegt ist mit Minimalzöllen für Getreide, so wäre damals kein einziger Handelsvertrag abgeschlossen worden. (Abg. Graf Kanitz ruf: Sehr richtig!) Es freut mich, daß gerade Graf Kanitz es ist, der das erklärt, da stimmen wir ja in der Sache überein, nur unsere Schlussfolgerungen sind verschieden. Sie, Herr Graf, würden es für einen Vorteil ansehen, wenn keine Handelsverträge abgeschlossen werden (Sehr richtig rechts), wir als einen Nachteil. Deswegen ist es ja auch meine Forderung gewesen, die den russischen Handelsvertrag gerettet hat. Wir würden heute genau so stimmen wie damals. (Zurufe rechts.) Sie (nach rechts) werden über ihre Stellung niemals im Dunkeln sein, wir werden uns alle Zeit redlich bemühen, Sie über uns im Klaren zu halten.

Die Getreidezölle bezw. die Agrarzölle bilden ja nun einmal in diesem Handelsvertrag sozusagen das Rückgrat. Um sie geht in der Hauptsache alles. Das zeigt sich ja auch in der jetzigen Debatte; von den 94 Positionen des Tarifs ist bisher kaum über andere geredet worden als über die Getreidezölle. Von der Höhe dieser Zölle hängt es ab, ob überhaupt Handelsverträge abgeschlossen werden und unter welchen Bedingungen. Man erhebt sich von Regierungssitz aus im Lob des verstorbenen Fürsten Bismarck. 1875 hat aber Bismarck noch nicht an eine Zollpolitik gedacht, wie sie 1879 von ihm unternommen wurde. Zu der Rede vom 22. November 1876, in der er sein Steuerideal entwickelte, hat er sich gegen jeden Schutz Zoll ausgesprochen. Er führte aus, es gelte den Zolltarif derart zu beschränken, daß auf wenige Artikel derartige Steuern bezw. Zölle gelegt würden, daß das Reich die zu seiner Militär- und auswärtigen Politik notwendigen Mittel aufzubringen im Stande sei. Also auf der einen Seite Zölle auf notwendige Lebensmittel, auf der andern Seite Finanzzölle. Er bezeichnete insbesondere als solche „Luzusartikel der großen Rasse“ Kaffee, Tabak, Petroleum, Branntwein usw. Seine Politik ging darauf hinaus, die Hauptlasten des Reichs auf die Schultern der breiten Masse zu legen, so wie dies auch der vorliegende Zolltarif thut. Herr Müller hat heute selbst erklärt, daß er sich durch die Aufstellung des Minimal- und Minimaltarifs zwischen zwei Stühle gesetzt habe; er hofft aber sich noch empor zu raffen. Nun hoffen und Harren macht man sich zum Narren. (Große Heiterkeit.) Das wird wohl auch auf Herrn Müller passen. Am 12. Dezember 1898 hat der Führer der konservativen Herr v. Manteuffel erklärt, daß der Nichtabschluß von Handelsverträgen viel gefährlicher für die Landwirtschaft sei als die Reduktion der Kornzölle. So sprach damals der Führer der äußersten Rechten. (Widerspruch rechts.) Er sprach im Namen der Rechten. (Graf Kanitz ruf: Rein!) Jedenfalls der Mehrheit. (Graf Kanitz: Ein Drittel!) Graf Kanitz, Sie sind im Jertum. Erst 1894 haben zwei Drittel Ihrer Fraktion gegen den russischen Handelsvertrag gestimmt. Vestein bleibt, doch ein so ausgesprochen konservativer Mann, ein Herr von so stark agrarischen Neigungen, der selbst Landwirt ist, in der Herabsetzung des Jolles auf Getreide keinen bedeutenden Nachteil für die Landwirtschaft erblickt hat.

Peter Reichensperger, der Zentrumsführer, hat damals erklärt: Die dauernde Aufrechterhaltung eines Jolles von 6 M. auf Roggen sei nicht möglich. Das jagte er damals im Namen des Zentrums. Im Sommer dieses Jahres aber hat Herr Spahn im Namen des Zentrums einen Joll von 6 M. auf Roggen verlangt. Ähnlich wie Herr v. Manteuffel sprachen sich damals die Herren v. Helldorf und Graf Arnim aus. Graf Arnim erklärte, daß die Herabsetzung des Roggenzollles doch über kurz oder lang notwendig sein würde. Nun läßt sich nicht bestreiten, daß nach Abschluß des russischen Handelsvertrages das Bild sich verschoben hat. Die Agrarier treten in eine lebhaftere Agitation ein, deren Endziel zunächst die Verwirklichung des Antrages Kanitz und, als dieser ganz ausstuflos wurde, die Erhöhung der Getreidezölle war. Für diese Agitation sind große Opfer gebracht worden und der Erfolg ist auch nicht ausgeblieben. Die Agrarier haben nicht nur die Landwirte zum großen Teil gewonnen, sondern sie haben es auch fertig gebracht, durch den gesellschaftlichen Einfluß, den die einflussreichste aber kleinste Klasse des Staates, das bauerliche Junkertum auf die Regierung ausübt, daß in dem Zolltarif ihren Wünschen Rechnung getragen worden ist. (Aufse rechts: nein.) Wenn Sie nein sagen und wenn Sie auf ihre höheren Forderungen verweisen, dann wissen wir ja, was davon zu halten ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Sie handeln nach der bekannten Maxime, möglichst viel zu fordern, um möglichst viel zu erhalten. Das ist aber die Taktik des von Ihnen so bestig angegriffenen Handelsjuden (Heiterkeit und Sehr gut links), die Sie da befolgen. Das ist ja nicht wunderbar, daß in Staaten mit starker landwirtschaftlicher Bevölkerung wie in Bayern, die Regierung den Agrarierwünschen nachgiebt, aber es ist wirklich unklar, weshalb die Regierung desjenigen Staates, der nach der Zusammensetzung und den Erzeugungsbedingungen des Volkes einen durchaus industriellen Charakter hat, daß die sächsische Regierung unter denen ist, die für höhere Agrarforderungen eintreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Während im Deutschen Reich auf 100 Einwohner 98 kommen, die zur Landwirtschaft gehören, gehören in Sachsen nur 15 Prozent der Landwirtschaft, 72 Prozent rechnen zu Industrie-Handel und Verkehr. Wie angesichts dieser Thatsache die sächsische Regierung dennoch für Agrarzölle eintreten kann, die die eigene Bevölkerung in der unerhörtesten Weise bedrücken und die Arbeiterklasse wuchermäßig treffen, ist mir ein Rätsel. Dabei haben sich in Sachsen die Verhältnisse für die Landwirtschaft verbessert, weil die Landwirtschaft überall den Markt vor der Thür hat. Sachsen ist ja eine einzige große Stadt, wenn es ein selbständiger Staat mit selbständiger Zollpolitik wäre, dann wäre dieses Eintreten der Regierung für höhere Agrarzölle undenkbar,

weil es die Vernichtung der sächsischen Staatsgelder bedeutet. (Lebhafte Zurufe bei den Socialdemokraten.) Sie behaupten, daß die Landwirtschaft schweren Schaden erlitten hätte in den letzten Jahren, prüfen wir Ihre Behauptung. Ihre Agitation in den letzten Jahren hat die Landes-Regierungen zu ganz außerordentlichen Aufwendungen für die Landwirtschaft veranlaßt. Am 23. April 1898 hat der starke Freund der Landwirtschaft, Herr Riquel erklärt, daß die preussische Steuerreform eine kolossale Entlastung des Ochs bedeute. Das preussische landwirtschaftliche Ministerium hat in einer Denkschrift die lange Liste der „kleinen Mittel“ aufgestellt, mit denen der Staat den Agrariern zu Hilfe gekommen ist, die Steuererlasse und Erleichterungen, den Bau von Sekundärbahnen, wofür allein 206 Millionen ausgegeben worden sind, die Hilfeleistung zu Meliorationen, den Bau von Kornhäusern, die Gründung der Centralgenossenschaftskasse usw. Ich will nicht die lange Liste verlieren; überall handelt es sich um direkte Vorteile der preussischen Landwirtschaft. Ebenso ist es in diesen Jahren in den andern Staaten gegangen. Sachsen hat allein 5 Millionen dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen zur Verfügung gestellt, dasselbe Sachsen, das die armen Arbeiter-Konsumvereine durch die Umsatzsteuer zu vernichten trachtet. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Das ist die Handlungsweise eines christlichen Staates! (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Vor 40 Jahren ist den Arbeitern das Genossenschaftswesen als einziges soziales Heilmittel empfohlen worden und man belegen die Gemeinden mit Unterstützung der Regierung die Konsumgenossenschaften mit einer Umsatzsteuer von 1—1/2 Proz. — eine schandvolle Hungersteuer (Wabst! bei den Socialdemokraten), während die landwirtschaftlichen Genossenschaften mit 5 Millionen subventioniert werden.

Nun die Unterstützung der Landwirtschaft durch das Reich. Da ist die Branntweinsteuer, das Margarinegesetz, das Zuckersteuergesetz, das Fleischbeschaugesetz, das ja nur unter diesem Namen Vieh- und Fleischzufuhr hindern soll. Dann kommt ihr die Abänderung des Unterstufungs-Bohnsengesetz zu Lasten der Städte zu Gute und schließlich gewährt den Landwirten die Maßraumsteuer noch eine Prämie. Die Jölle auf landwirtschaftliche Produkte ergeben eine Jahreseinnahme von insgesamt 197 Millionen 165 000 M., davon die Getreidezölle allein 131 1/2 Millionen Mark. Nun hat uns Graf Schwerin-Löwitz nachgewiesen, daß wir 2/3 des Verbrauchs im Inlande produzieren und nur 1/3 des Getreideverbrauchs einführen. Also der Preis der 2/3 wird durch den Zoll auf das eine Reumtel in die Höhe getrieben. Nehme ich an, daß 2/3 im eignen Wirtschaftsbetrieb der Landwirte verbraucht und nur 1/3 von unsren Landwirten verkauft werden, so bleiben 2/3 und die Landwirte erhalten die Summe von 5 x 131 1/2 Millionen Mark, im Ganzen 657 1/2 Millionen Mark im Jahre mehr für ihr Getreide infolge der Getreidezölle. (Abg. v. Kardorff lacht laut.) Ihre Fachen, Herr v. Kardorff, schafft diese Thatsache nicht aus der Welt! Lieber Sie geht die Weltgeschichte hinweg. (Stürmische Heiterkeit.) Der Vorteil aus allen landwirtschaftlichen Produkten infolge der Jölle beträgt etwa 1010 Millionen. Die Landwirtschaft hat also einen ganz kolossalen Vorteil von der Gesetzgebung. Mit all den Summen werden die Konsumenten, in der Hauptsache die Arbeiter belastet. Sie werden außerdem noch durch die Kaffeezölle, Petroleumzölle, die Bier-, Branntwein- und Salzsteuer belastet. Als Kassalle 1868 für die Produktiv-Genossenschaften 300 Millionen vom Staat verlangte, fand man den Gedanken unerhört. Was will diese Summe belegen im Vergleich zu den ungeheuren Millionen, die den Landwirten in den Schoß geworfen werden. In der Denkschrift der christlichen Bauernvereine wird der landwirtschaftliche Untertrag nachweislich versucht. Für die östlichen Provinzen wird da pro Morgen ein Defizit von 2,40 bis 3,90 M. ausgerechnet. Eine ganz merkwürdige Rechnung stellt aber ein Berichtsstatter aus der Provinz Sachsen auf, wo doch mit der beste Boden ist und der Morgen aber 12 Centner trägt. Hier wird für jeden Centner schon ein Untertrag von 2,67 M. ausgerechnet und ein über den jetzigen Joll um 6 M. hinausgehender Joll von 9 1/2 M. verlangt, um den Getreidebau ertragsfähig zu machen. Dabei ist der Bericht dieses sächsischen Landwirtes in so antimierter Stimmung abgefaßt, daß man annehmen muß, der Herr hat erst eine gute Flasche Rosinen oder Champagner getrunken. (Lurche rechts.) Warum gehen Sie da nicht auf die von uns vorgeschlagene Expropriation ein? Unverschämte Preise werden wir Ihnen natürlich nicht zahlen. (Heiterkeit.) Aber Sie sollen 4 Proz. Zinsen haben, und dann schaffen wir Sie noch gratis nach Südafrika. Wie Graf Posadowsky festgestellt hat, liefert die deutsche Landwirtschaft einen um 50 Proz. höheren Ertrag als die amerikanische, für die noch Joll und Frucht hinzukommen. Die Lage des Getreidebaues ist also in Deutschland eine viel günstigere als in Amerika. Die Anbaufläche für Getreide und Hackfrüchte nimmt bei uns ja auch zu. Das würde beim wirklichen Untertrag doch nicht der Fall sein.

Ebenso hat sich die Anbaufläche zu Gunsten der Gartenerzeugnisse wesentlich gehoben, was schon daraus hervorgeht, daß heute 80 mehr Personen in der Gärtnerei beschäftigt werden als vor 20 Jahren. Dann die Viehzucht! Herr Rißler stellte die läbne und dreiste Behauptung auf, Deutschland würde mit fremdem Vieh überflutet. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Gerade die Herren der Rechten haben es durch ihre Maßnahmen der letzten Jahre bewirkt, daß die Viehzucht vom Auslande ganz bedeutend abgenommen hat, insbesondere die Einfuhr von Schweinen ist in ganz kolossalem Maße heruntergegangen. — In der Denkschrift wird nachgewiesen, daß das Lebendgewicht des Viehes durch entsprechende Behandlung, bessere Ernährung usw. bedeutend gestiegen ist. (Bei Schweinen z. B. um 30 Proz., bei Rindvieh um 15 Proz.) Also der Ertrag aus dem einzelnen Stück Vieh ist heute bedeutend höher als früher. Dazu kommt die ganze industrielle Entwicklung in der Landwirtschaft, die den Besitzern zu gute kommt, wenn sie entsprechend wirtschaften, die Entwicklung der Zucker-, der Branntwein-, Industrie, der Molkereien, der Kalk- und Ziegelbrennereien. Auch Kartelle, Syndikate und Genossenschaftsbildungen haben sich sehr entwickelt. Ich erinnere nur an den Mälzring. Die Vorteile dazu kommen aber Ihnen und gar nicht den Konsumenten zu. Es kann dahin kommen, daß der Vertrieb der Lebensmittel hauptsächlich in Ihre Hände kommt, zum Nachteil der Konsumenten. Natürlich huldigen Sie dem Grundtag: Setze jeder, wo er bleibe, und wer steht, daß er falle. Aber die andern haben auch ein Wort mitzusprechen und ich spreche es offen aus, offener Kampf, Aufzucht und Revolte wird mit Notwendigkeit hervorgerufen werden, durch Maßregeln, wie sie hier in dem Entwurf enthalten sind.

Ein anderer Beweis für die glänzende Entwicklung der Landwirtschaft ist die Anwendung der Maschinen. Die Zahl dieser ist in Preußen von 1879—1897 von 2731 Stück auf 12 556 gestiegen. (Hört! hört! links.) Weiter haben die Zwangsversteigerungen im Laufe der letzten Jahre gewaltig abgenommen. Das ist sicher auch ein Beweis der Prosperität der Landwirtschaft. Nun behaupten Sie, die Wasserpreise sind heruntergegangen. Ich habe aber eine Reihe von Thatsachen zur Verfügung, die das Gegenteil beweisen. Ein Herr Dr. Steinbrück in Halle hat nachgewiesen, daß der Preis der Rittergüter in den Jahren 1801—20 pro Hektar 736 M., 1881—1896 2944 M. im freien Verkauf betrug. Der Preis des Bauerngutes ist in dieser Zeit, also in nicht ganz einem Jahrhundert, um 710 Proz. gestiegen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ein Bauer aus dem Stralsunder Kreis hat mir geschrieben, daß der Lurus bei den Bauern heute ein ganz gewaltiger sei, die Bauern wollten es den Edelleuten gleich machen. Dr. Edward David hat Berechnungen aufgestellt über den Reingewinn dreier Güter. Beim Rittergut und Bauerngut ist dabei das, was für Familie und Gesinde gebraucht

wird, nicht eingerechnet. Dr. David rechnet für das Rittergut einen Reingewinn von 19 597 Mark, pro Hektar 109 Mark, heraus, für ein großes Bauerngut ergeben sich 113 Mark pro Hektar, für ein kleines Bauerngut 141 M. pro Hektar Reingewinn. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das sind doch außerordentlich günstige Resultate. — In der Provinz Posen soll ja die Lage der Landwirtschaft nach Herrn v. Komietowski besonders traurig sein. Demgegenüber konstatiere ich, daß während die Anstellungskommission seiner Zeit den Preis pro Hektar Land auf 566 M. angenommen hatte, in Wirklichkeit im Jahre 1898 durchschnittlich 744 M., im Jahre 1899 824 M. pro Hektar gezahlt worden sind. Für ein Gut in Posen waren früher 480 pro Morgen gezahlt worden. (Zuruf: War früher bezahlt!) Der Preis ist aber doch ohne erhöhte Getreide- und Viehzölle gestiegen. Ein Gutsbesitzer der Thoren hatte 1875: 36 700 M. Einnahmen aus dem Kornbau 1889/90: 101 000 M. und 1899: 231 000 M., also eine Steigerung auf das Sechsfache.

Das sind alles ganz beträchtliche Ergebnisse. (Graf Schwerin-Löwitz ruf: Es kommt ja ganz auf die Wirtschaft an.) Da sind wir ganz einig, Herr Graf! (Heiterkeit links.) Wirtschaften Sie nur vernünftig, dann brauchen Sie keine Getreidezölle! (Lebhafte Zustimmung links; Lärm rechts.) Es wird in diesen Berichten ausdrücklich hervorgehoben, daß die Wohngebäude auf diesen Gütern sich in sehr gutem Zustande befinden. Wie kommt es da nur Graf Kanitz, daß Sie unter gestülften Strohdächern haufen müssen; (Heiterkeit links.) daß Sie Anleihen aufnehmen müssen, während jene kolossale Mehrernte aus ihren Betrieben erzielen. Ein Gut von 1700 Morgen mit 3408 M. Grundsteuer-Reinertrag hat 1897/98 einen Reinertrag von 57 000 M. ergeben, ein andres Gut von 4000 Morgen 50 000 M. Ein Gutsbesitzer teilt mit, daß er durch Einführung des elektrischen Betriebes die Produktionskosten um 48 M. pro Hektar vermindert und den Ertrag um 55 M. erhöht habe. Von dem Gute des Grafen Rixbach, Sorquitten weiß ich die Thatsache, allerdings nur zu räumen, daß es zum Jagdvergnügen ein ideales Gut wäre. Dann darf man sich freilich über nichts wundern. Damit man dem Jagdvergnügen fröhnen, damit Ihre Herren Söhne als Kavallerieoffiziere sich Pferde und Maitresses halten, damit sie in einer Nacht mehr verbummeln können, als eine fleißige Arbeiterfamilie das ganze Jahr über verdienen kann, deshalb soll dieser Wuchertarif Gesetz werden. (Lärm rechts. Wabst! links.)

Wir haben im Osten mehrere Großgrundbesitzer, die zu unserer Partei gehören. Der Eine besitzt 1000 Hektar Land und ist ein großer Pferdezüchter. Sie verlangen eine bedeutende Erhöhung des Jolles auf Pferde. Ich habe ihn gefragt, wie er sich dazu stelle. Er erwiderte mir, er brauche keine Jölle, er erziele ausgezeichnete Preise. Derselben Ansicht sind auch unsre Genossen, die Gutsbesitzer Braun und Ehardt. (Lärmende Zwischenrufe rechts.) Rufen Sie doch nicht so durcheinander; es ist nicht zu verstehen. (Lode des Präsidenten) . . .

Präsident Graf Ballestrem: Seien Sie doch still, meine Herren. Es kommt ein jeder seiner Zeit zum Wort hier! (Heiterkeit.)

Abg. Bebel (fortfahrend): Wenn Socialdemokraten in solcher Weise zu wirtschaften verstehen, weshalb verstehen es da nicht die preussischen Junker, die stolz darauf sind, seit Jahrhunderten auf der Scholle zu sitzen. (Sehr gut links.) Herr Camp war gestern so liebenswürdig, meinem Freunde Rollensbühr ein Gut anzubieten. Nur her damit! sage ich. (Große Heiterkeit.) Ich fürchte nur, wir kriegen es nicht. (Heiterkeit.) Es wird damit so fein, wie es mir 1875 gegangen ist, als mir Bismarck hier im Reichstag die Verwaltung der Provinz Posen andot. Die habe ich auch nicht bekommen. (Große Heiterkeit.) Die Agrarier wollen den Roggenzoll so hoch, daß ein Roggenpreis von 175 M. erreicht, 15 M. noch höher als der Antrag Kanitz vorzuschlag. Das ist die unverschämteste, maßloste und schamlose Forderung, die je erhoben worden. (Lärm rechts. Lebhafte Zustimmung links.) In der Verammlung im Circus Busch am 11. Februar d. J. hat Abg. Dr. Müsse, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, u. a. in seinem Schlusswort ausgerufen: Wir aber wollen gleich den Boeren in der Ueberzeugung für die Gerechtigkeit unsrer Sache, im festen Gottvertrauen kämpfen um die deutsche Scholle, die wir bebauen, um unsre Existenz, um unsre Heimat! Gott möge uns den Sieg verleihen! — Hier wird also Gott als Beschützer des Brotwuchers angerufen; da muß ich sagen: Pfui, Teufel! (Große Lurche rechts.)

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Herr Abg. Bebel, ich habe schon wiederholt hier erklärt, daß der Ausruf „Pfui!“ nicht parlamentarisch ist. (Heiterkeit und Lurche links), sondern in Anwendung auf ein Mitglied dieses Hauses muß ich dies als ganz ungebührlich zurückweisen. Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter, sich zu mäßigen, weil ich sonst zu strengeren Maßregeln übergehen muß.

Abg. Bebel (fortfahrend): Noch in einem andern Falle hat man den Namen Gottes in dieser Weise mißbraucht. Abg. Ring, der an der Spitze des Mälzringes steht, schließt seinen Ausruf für die Verkäufer der Mälz: „Gott wird uns helfen.“ Für jeden religiös gesinnten Menschen muß doch ein solcher Mißbrauch des Namen Gottes etwas ganz Unerhörtes sein. Es schlimm genug, daß wir in Deutschland so viel Geistliche haben, die für Erhöhung der Jölle für Getreide und die notwendigen Lebensmittel eintreten. (Lurche rechts und im Centrum.) Das sind dieselben Leute, die das Volk lehren: „Unser täglich Brot gib uns heute“, die ihnen das Brot in dieser Weise verteilen. (Sehr richtig! links. Lurche rechts.) Ich erkläre, die heuchlerischste und verlogenste Gesellschaft, die wir je gehabt haben, ist die gegenwärtige!

Ich will nicht bestreiten, daß gewisse Qualitäten des Bodens diejenige Entemenge zu liefern vermögen, die die Herren von der Rechten behaupten. Es giebt aber auch weite Strecken Deutschlands, wo nicht einmal 5 Hektar, 8 Hektar dasjenige zu liefern vermögen, das die Familie des Besitzers ernähren kann. In vielen Gebirgsgegenden Deutschlands, so im Schwarzwald und im Erzgebirge vermögen die kleinen Besitzer nicht das für die Familie erforderliche Getreide aus dem Boden herauszuwirtschaften, auch wenn sie 10, 20 Hektar haben. Diese Leute wissen selbst, daß sie von den höchsten Viehzöllen keinen Nutzen, sondern Schaden haben würden. Ein erheblicher Teil der Landwirtschaft, ich behaupte: weit über die Hälfte der Besitzer, hat von den Getreidezöllen keinen Vorteil.

Die Zahl derjenigen Landwirte, die einen Vorteil davon haben, ist außerordentlich minimal. Freilich, der Nutzen dieser Herren ist um so größer. Nach einer mir vorliegenden Liste der Fideikommissie aus dem Jahre 1895 betrug damals das Areal der 1045 Fideikommissie 2 121 000 Hektar. Darunter hatten 21 regierende Fürsten Deutschlands 204 000 Hektar Fideikommissie, durchschnittlich 9000 Hektar. Die deutschen Fürsten, oder die Fürsten, denen dieser herrliche Fideikommissarische Besitz gehört, haben von den Getreidezöllen, den Fleisch- und sonstigen Agrarzöllen einen ganz gewaltigen Nutzen. (Sehr richtig! links.) Gehören die deutschen Fürsten zu den nothleidenden Agrariern? (Lurche rechts.) Es scheint so! Es befragen weiter 20 Inhaber aus sonstigen fürstlichen Häusern 229 000 Hektar, 240 Inhaber aus gräflichen Häusern 433 000 Hektar, 535 Inhaber aus dem sonstigen Adel 589 000 Hektar. Alle diese Familien haben ganz gewaltige Vorteile aus den Getreidezöllen. Das sind die „nothleidenden Landwirte“, denen Millionen aus diesen Jöllen in den Schoß fallen. Wenn das dann beiträgt, den Sinn für die Monarchie zu stärken, dann gratuliere ich dem Herrn Reichskanzler. (Sehr gut! links.) Dann hat er allerdings ein vorzügliches Mittel, um in dieser Weise die Sympathien des Volkes für die Monarchie und für den hohen Adel zu stärken.

(Lärm rechts.) Freilich, ein großer Teil unter den Mitgliedern dieses Hauses ist lebhaft interessiert, Kraft ihres Grundbesitzes, an der Erhöhung der Getreide- und Vieh-, der Agrarzölle. Ich bedauere außerordentlich, daß wir keine Bestimmung in der Geschäftsordnung haben, die vorschreibt, daß ein Abgeordneter, der bei einer Vorlage persönlich interessiert ist, bei der Abstimmung hinausgehen muß (Wiesfaches: Sehr richtig! links. Große Unruhe rechts.) Dann hätten wir die Majorität. Die Fideikommission vermehren sich von Jahr zu Jahr, das ist doch kein Beweis für die Not der Landwirtschaft. Die Krone Preußen wendet 3 Millionen Mark auf, um neue Säter zu kaufen; also muß es doch ein rentables Geschäft sein. Glauben Sie, daß die kirchlichen Häuser und der Hofadel das Geld sonst dafür aufwenden werden, kleine Bauerngüter anzukaufen? Unser Kollege v. Seyl hat vor Jahr und Tag ein Fideikommiß geteilt und jedes Bauerngut

**Abg. Walckreuth:** Herr Abgeordneter, ich bitte die Privatverhältnisse der einzelnen Herrn Abgeordneten hier nicht in den Bereich Ihrer Äußerungen zu ziehen.

**Abg. Bebel (fortfahrend):**  
Es giebt ferner eine ganze Reihe fährlicher und gefährlicher Familien in Hessen — die Angelegenheit ist seiner Zeit im hessischen Landtag besprochen worden —, die ganz systematisch den Bauernauskauf betreiben. Wir haben einen sehr bekannten Herrn aus Sachsen, der dem Namen nach Ihnen allen bekannt ist (Weiterkeit), der ein großes Gut bei Weipzig hat und im Laufe der Jahrzehnte von den 23 umliegenden Bauernhöfen 21 angekauft hat. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ähnliche Zustände existieren in der Lausitz. Aber Sie (nach rechts) behaupten trotz alledem, für die Bauern zu sorgen. (Wiederholte Juxse rechts.) Ja, Sie sagen: „Bauern“ und Sie meinen „Juncker!“

**Präsident Graf Walckreuth (unterbrechend):**  
Herr Abg. Bebel, auch das ist nicht zulässig, einem Abgeordneten das Segelnde von dem unterzuschreiben, was er sagt. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

**Abg. Bebel (fortfahrend):**  
Wir hatten 1882 in Deutschland 2 288 000 selbständige Bauern, 1885 2 568 000, also eine Zunahme von 280 000 oder 12,3 Proz. Ist das etwa ein Beweis für die Verschlechterung der Existenz der Landwirtschaft?

In Industrie und im Gewerbe ist die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden in demselben Zeitraum um 6,3 Proz. heruntergegangen. Ein anderer Beweis dafür, daß die Landwirtschaft nicht gar so ungünstig dasteht, ist die Vermehrung der Zahl der landwirtschaftlichen Beamten. Dies beweist den technischen Fortschritt der landwirtschaftlichen Betriebe.

Ich komme jetzt zu den **Arbeitsverhältnissen**. Es ist kein Zweifel, daß der Landwirtschaft Arbeiter fehlen. Ihre Zahl ist von 1882 bis 1885 von 8 851 000 gesunken auf 8 827 000. Das ist ein Minus von 24 000. In der Industrie und dem Handel dagegen ist die Arbeiterzahl von 4 000 000 gewachsen auf 5 155 000. Diese Zunahme der industriellen Arbeiter und die Abnahme der landwirtschaftlichen beweist, daß wir heute mitten drin im **Industrieboom** stehen. (Widerpruch und Unruhe rechts.)

Es ist also die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Regierung, für den Arbeiter mindestens ebenso zu sorgen, wie für den Bauernstand. Aber nicht nur die Arbeiter, auch die Handwerker werden durch die Getreidezölle belastet und das nehmen Sie dann Hilfe für den Mittelstand. Die Beamten und Angehörigen der freien Berufe sind in Deutschland beinahe eine Million stark. Ein großer Teil davon lebt in den allerbärmlichsten Verhältnissen, die die Proletarierklasse schwer empfinden. Dazu kommen die kleinen Rentner, die Witwen. Sie alle müssen Sie den Industrie-Arbeitern zuzählen und sie erhalten eine über die Landarbeiter immens hinausgehende Zahl. Rombert hat das Budget von 75 Arbeiterfamilien ausgerechnet und dann die Wirkung der Getreidezölle je nach ihrer Höhe angeschaut. Diese 75 Arbeiterfamilien hatten ein durchschnittliches Einkommen von 1180,80 M., also ein sehr hohes Einkommen, denn 3,80 M. pro Tag verdienen nur sehr wenige Arbeiter. Um so niederschmetternder sind die Schlußfolgerungen, die Rombert zieht. Jede fünfköpfige Familie ist durch einen Getreidezoll von 3,50 M. zu belasten, daß der Mann den **Lohn von 8,4 Arbeitstagen hergeben muß**. Bei 5 M. Getreidezoll werden es schon **12 Arbeitstage**, bei 6 M. 14,4 Tage, bei 7,50 M. **gar 18 Tage**. In Preußen zahlt derjenige, der ein Einkommen von über 100 000 M. hat, 4 Proz. Steuer. Der Arbeiter also fast ebensoviel allein wegen der Getreidezölle wie der Hunderttausend-Mark-Mann. In Preußen werden 6 Proz. gezahlt. Als Miquel die Vermögenssteuer einführen wollte, sprach die „Kölnische Zeitung“ von Vermögenskonfiskation und drohte mit einer Revision der monarchischen Verfassung. Es ist merkwürdig, wie schnell die besitzenden Klassen ihre politische Meinung wechseln, je nachdem ihr Verstand vom Staat gefördert wird. Bedenken Sie, wenn das Budget nicht 1100, sondern nur 600 M. beträgt, wenn statt 5 sechs oder sieben Röhre zu ernähren sind. Heute schon giebt es in Deutschland hunderttausend Familien, die das Brot nicht bezahlen können und sich von Kartoffeln ernähren müssen. (Abg. Koeside, Bund der Landwirte, laßt.) Herr Koeside, Sie sagen, was wissen Sie denn von Rot und Elend in Proletarierfamilien. (Abg. Koeside, Bund der Landwirte: Kartoffeln sind auch ein Nahrungsmittel.) Ich esse auch Kartoffeln. Ja, der Proletarier nährt sich zu drei Vierteln von Kartoffeln. Sie essen aber Kartoffeln als Delikatesse. Die Enquete eines sächsischen Lehrers hat ergeben, daß in Dresden so und soviel Kinder ohne Mittagbrot waren, daß sich so und so viele nur von Kartoffeln näherten, kein Fleisch, keine Wurst bekamen. Der Lehrer sagt: und bei solchen Umständen wolle man jetzt noch das Brot verlieren, man sollte sich schämen. Ja schämen! Die Scham ist bei uns längst zu den Hunden entflohen. (Bevegung.) Aus Dresden wird über die schlechtesten Wohnungsverhältnisse berichtet. Es sollte das die sächsischen Herren am Bundesratsstisch interessieren. Wenn es so in Dresden ausseht, wie mag es da erst im Erzgebirge und Sogland ansehn. Unsere Inspektionsreisen gehen nicht zu den Berg- und Fabrikbesitzern, sondern zu den Proletariern. Wir wissen, wie es aussieht. (Sehr gut! links.) In der „Kölnischen Volkszeitung“, deren Verleger ein Herr Bachem, wie ich annehme, ein Verwandter des Herrn Abg. Dr. Bachem ist, wurde kürzlich folgendes erzählt: Ein Schüler war morgens beerdigt worden, und der Lehrer erzählte den Kindern, daß ihr Kamerad in den Himmel gekommen sei. Daran knüpfte der Lehrer die Frage: Wer von Euch möchte denn auch dahin kommen? Auf diese Frage meldeten sich drei Kinder, darunter ein kleiner Junge, der schon seit längerer Zeit sehr schlecht anseht. Der Lehrer fragte den kleinen, warum er denn in den Himmel wolle, und was war die Antwort? „Da hätte ich keinen Hunger mehr!“ (Bevegung.) Das sind die Worte eines kleinen Kindes, meine Herren, dies Wurm schaut sich nach dem Himmel, um keinen Hunger mehr zu leiden. Nicht es etwas Empörenderes, giebt es etwas Aufreijendes gegen die heutige Gesellschaftsordnung als die Aushungerung dieses Kindes? (Juxse rechts. Der Abg. Graf v. Arnim ruft: Der Vater hat vielleicht alles vertraut! Stürmische Plut-Aufe bei den Socialdemokraten, minutenlanges Lärm.) Meine Herren, das ist eine Infamie! (Stürmische Zustimmung links. Lärm rechts.) Der Herr laßt, das ist eine Gemütsroheit! (Erneute stürmische Zustimmung links. Lärm rechts.)

Der ungeheure Reichtum, der heute herrscht, kann gar nicht weg-gelassen werden. Nehmen wir an, daß von den 700 000 Arbeitslosen 300 000 Verheiratete sind, so können wir annehmen, daß im gegenwärtigen Augenblick **1 600 000 Menschen der bittersten Not anheimgefallen sind** und es ist keine Aussicht vorhanden, daß diese Not gelindert wird. Gewiß ist dieser Reichtum eine Folge der Ueberproduktion und diese eine Folge der industriellen Entwicklung. Diese Entwicklung können Sie gar nicht hemmen, wenn Sie den heutigen Staat nicht zu

Gründe richten wollen. Ein Agrarstaat ist vergleichsweise arm, kann nicht genügend Soldaten, nicht genügend Steuern aufbringen, das kann nur der moderne Industriestaat, der Kapitalistenstaat. Nur mit diesem Staat, Herrn Reichskanzler, kann man moderne Politik treiben. Wenn Sie jetzt versuchen, mit Hilfe dieses Zolltarifes die industrielle Entwicklung zurückzuschrauben, so sage ich, das Maß der Entwicklung wird auch über Sie hinweggehen. Wir haben einen jährlichen Zuwachs von 800 000 Menschen, wie wollen Sie für alle diese Menschen in einem Agrarstaat Nahrung und Kleidung genug schaffen. Dann hätten Sie ja viel mehr Land nötig, als Ihnen zur Verfügung steht. Sie verlangen ja jetzt auch einen Vollzoll, damit Sie mehr Schafzucht betreiben können. Wo wollen Sie aber die Ländereien hernehmen, um statt wie jetzt 11 Millionen, dann 25 Millionen Schafe zu ernähren? Sie sprechen davon, daß Sie die Arbeiter aus der Industrie aufzunehmen wollen. Sie haben ja gar keine Ahnung von der Ausdehnung der Industrie, wenn Sie so etwas sagen. Sie können ja gar nicht mehr als 300 000 Köpfe brauchen, damit ist Ihr Bedarf voll auf gedeckt. Was wollen aber 300 000 Menschen gegenüber den Millionen Industriearbeitern bedeuten! Die Löhne der Landarbeiter hängen nicht von den Getreidepreisen ab, sondern von dem Angebot und Nachfrage. Dadurch, daß Sie Ihren Arbeitern die Organisationsfreiheit, die Versammlungsfreiheit nehmen, halten Sie viele intelligente Leute von der Landwirtschaft fern. Sie wollen ja auch die Industrie-Arbeiter gar nicht. In einer Landwirtschaftsflammer hat neulich einer der Herren Großgrundbesitzer es direkt ausgesprochen: Die Industrie-Arbeiter sind uns zu anprussvoll, zu verwöhnt, zu verzugsfähig! (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) — Bei hohen Industriezöllen sind Handelsverträge nicht möglich und wir werden selbstverständlich auch gegen solche Zölle stimmen. Der Eisenzoll ist ebenso unbedenklich wie der Agrarzoll. Was erreichen Sie denn mit Ihrem ganzen Tarif? Das Maß der Unzufriedenheit, der Rebellion in allen Schichten der Bevölkerung ist bis zum Ueberlaufen gestiegen. Noch niemals hat im Deutschen Reich ein solches Durcheinander und Gegeneinander geherrscht. Eine lange Liste der verschiedensten Gewerbe und Industrien liegt mir vor, die alle gegen den Tarif protestieren, die das Wesentliche gar nicht wollen, das ihnen hier geboten wird. In der Hamburger Handelskammer haben sich Herren, die im wirtschaftlichen Anschauung haben, gegen die Industriezölle erklärt — aber die Zölle stehen im Tarif. Diese ganze Politik steht im Widerspruch mit den Forderungen, wie unsere Zukunft liegt auf dem Wasser. Wir leben im Zeitalter des Verkehrs. Ich kann nicht Wortwörter treiben und ähnliches. Wir haben 33 Millionen für den St. Gotthard-Tunnel gezahlt und jetzt kommen wir mit den Schützellen und vermauern den Uebergang über die Alpen von neuem. Millionen sind für Dampferinventionen ausgegeben und jetzt schneiden wir den internationalen Handel ab. Wir gehen nach China, um uns China zu öffnen, und in demselben Augenblick werden wir selbst Chinesen und errichten eine chinesische Mauer um uns. (Sehr richtig! links.) Wenn dieser Entwurf Gesetz wird, so werden Handelsverträge unmöglich oder auf sehr viel ungünstigerer Basis zu erreichen sein. Die Folge wird eine Schädigung des gesamten Gemeinwesens sein, eine Masse Konkrotts, Auswanderung des Kapitals, Errichtung von Konkurrenzfabriken im Ausland. Wenn Ausland erfährt, daß seine Getreide-einfuhr nach Deutschland in unerhörtem Maße erschwert wird, dann sorgt schon die Krise dafür, daß die russische Industrie alles anbietet, um die gesamte industrielle Einfuhr aus Deutschland unmöglich zu machen. Da sind die Engländer und Franzosen, die sich freuen werden, unser Erbe anzutreten, auch in Italien und in der Schweiz werden die Franzosen mit Kreuzen unsere Erbschaft antreten. Weiter wird die Folge sein: Massen von Arbeitslosen, sinkende Löhne und damit verminderte Konsumfähigkeit. Schneider, Schuhmacher, Bäcker, Fleischer, sie alle sind doch auf die Industrie-Arbeiter als Konsumenten angewiesen. Also Verschärfung der Lage des Kleinhandwerkers, Zunahme der Armen, Kranken- und Invalidenrenten, Verheerung der Verbrechen. (Sehr wahr! links) und damit gesteigerter Bedarf an Justizbehörden anstatt von Fabriken. In der Folge steigt auch die Unzufriedenheit in der kleinen und mittleren Beamtenschaft, die Landwirtschaft selbst wird geschädigt. Und was wird zuletzt aus diesem allgemeinen Wohlwollen hervorgehen? Die Ernte hat allein die Socialdemokratie. Lösen Sie nur den Reichstag auf und niemand wird sich mehr freuen als wir, Sie werden eine Antwort bekommen, wie Sie sie noch nie gehört haben. Das Wort Marx wird sich bewahrheiten: Jede herrschende Klasse erzeugt ihre eigenen Totengräber. Der Reichskanzler ist heute derjenige, der am meisten auf der Umkehr der bestehenden Gesellschaftsordnung hinarbeitet. (Weiterkeit.) Wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. (Große Weiterkeit.) Wir werden alles anbieten, um diesen Entwurf in den Orkus hinabzuführen, wir bedauern nur, daß wir nicht auch seine Väter und Vertreter mit in den Orkus stürzen können. **Im Namen der Gerechtigkeit, im Namen des Volkswohls, in die Erde mit diesem Entwurf!** (Stürmischer Beifall bei den Socialdemokraten.)

**Präsident Graf Walckreuth:** Der Herr Abg. Bebel hat sich gegen einen Zwischenruf des Herrn Abg. Grafen Arnim einiger Worte bedient, die ich bei der herrschenden Unruhe nicht gleich verstanden habe. Diese Worte waren „Infamie“ und „Gemütsroheit“. (Lebhafte Aufse: Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) **Präsident Graf Walckreuth** (sehr erregt, mit lauter Stimme): Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen! Sie wissen ja noch gar nicht, was ich sagen will! Die Autorität werde ich unter allen Umständen zu verteidigen wissen. (Lebhaftes Bravo! rechts und im Centrum.) Ich sage also: diese Worte verstößen offenbar nicht nur gegen das parlamentarische Herkommen, sondern auch gegen die Ordnung dieses Hauses und verdienen einen Ordnungsruf, den ich hiermit erteile. Zugleich bemerke ich, daß der Redner, Abg. Bebel, durch den Zwischenruf schwer provoziert worden ist. (Lebhafter Beifall links.)

**Preussischer Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:**

Der die Rede des Abg. Bebel, seine maßlosen Vorwürfe, seine leidenschaftlichen Angriffe auf die Regierung mit angehört hat, der wird sich dem Eindruck nicht entziehen können, daß Herr Bebel dieses hohe Haus mit dem Libedek-Parteitag verwechselt hat. (Sehr gut! rechts. Auf links: Und Sie verwechseln den Reichstag mit dem Abgeordnetenhaus!) (Weiterkeit.) Ich muß ihm aber versichern, daß wir nicht wissens sind, uns hier von ihm benehmen zu lassen. (Große Weiterkeit rechts. Aufse: „Au!“ bei den Socialdemokraten.) Je leidenschaftlicher Herr Bebel gewesen ist, desto mehr werde ich mich bemühen, vollkommen objektiv zu bleiben. (Abg. Singer: Das können Sie ja gar nicht! — **Präsident Graf Walckreuth:** Herr Abg. Singer, ich bitte, den Herrn Bundesratsbevollmächtigten nicht zu unterbrechen!) Ich werde die vollkommene Grundlosigkeit seiner Beschuldigungen darthun; nur auf einen Auspruch des Herrn Bebel muß ich zuvor eingehen. Er hat gesagt, daß diese Vorlage der verbündeten Regierungen den Anschein entstellen müßte. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich konstatiere das und empfehle diesen Auspruch zur Beachtung aller derjenigen, die glauben, daß die Socialdemokratie sich innerhalb 14 Tagen zu einer harmlosen Reformgruppe ummaulern könnte. (Unruhe und Lärm links.) Bedenken Sie es nur ruhig mit dem Ansehen! Sie werden hierbei mit heißen Köpfen aus der Affaire heingeschleppt werden. (Bravo! rechts. Lärm links.) Herr Bebel hat auf dem socialdemokratischen Parteitag in Libedek folgende Resolution gegen die Getreidezölle eingebracht. Die dann einstimmig angenommen worden ist. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Der Minister verliest die Libedek-Resolution gegen die Zolltarif-Vorlagen. Jeder Satz der Resolution wird von den Socialdemokraten mit lebhaftem „Sehr wahr!“, „Sehr richtig!“ auf-

genommen und dem Redner von Zeit zu Zeit ein „Lauter!“ zugerufen unter großer Heiterkeit der Zuhörer.

Wenn man so schwere Vorwürfe gegen die verbündeten Regierungen erhebt, dann muß man auch den Beweis antreten. Herr Bebel aber ist diesen Beweis vollkommen schuldig geblieben. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Ich habe einen Einblick in die Industrie-verhältnisse im Rheinland gewonnen. Ich habe den werten Blick und die Thatkraft der industriellen Kreise und die Arbeitsamkeit ihrer Leiter und Arbeiter kennen gelernt. Ich habe mich von der völligen Notwendigkeit überzeugt, wieder zu langfristigen Handelsverträgen zu gelangen. Wenn man gehen hat, wie durch den Dingler-Tarif das Wesen ganzer Industrien in Frage gestellt worden ist, dann kann man sich der Notwendigkeit nicht verschließen, Handelsverträge als Basis dauernden Wohlstandes zu schaffen. Ich habe auch einen Einblick in die Verhältnisse der Industriearbeiter gewonnen und ich erkläre, daß ich nicht für diese Vorlage votieren würde, wenn sie wirklich die Lebenshaltung der industriellen Arbeiter schädlich beeinflussen würde. Ich bestreite diese schädlichen Folgen und berufe mich auf die Erfahrungen der letzten Jahre. Um was handelt es sich? Es ist der feste Wille der Regierung, die Zollsätze für beide Brotgetreide-Arten auf die Höhe zu bringen, die von 1888—1891 bezahlt wurden, während eine maßlose Agitation von einem ungeheuren Anteaat gegen die Arbeiterklasse spricht. Untersuchungen vor, wie die Zollsätze von 1898—1891 gewirkt haben. Zunächst bestreite ich, daß die Brotpreise genau konform den Roggenpreisen sind. Lokale Gewohnheiten, der Geschmack, die verschiedenen Gewinnsätze der Müller und Bäcker spielen da die entscheidende Rolle. Nach der sächsischen Statistik standen die Brotpreise im Jahre 1888 um 59 Proz. über den Roggenpreisen, 1888 um 58 Proz., 1890 um 60 Proz., 1891 um 50 Proz., 1892 um 67 Proz. In diese Prozentziffer haben sich Müller und Bäcker geteilt. Ich bestreite nicht, daß im allgemeinen die Brotpreise steigen, wenn die Getreidepreise steigen, aber sie folgen nicht so schnell dem Fall der Getreidepreise. Nun sind aber die Getreidepreise trotz des 5 Mark-Zolls nicht gestiegen über den Betrag, den sie vor dem Zoll hatten. 1881—1885 betragen die Roggenpreise 160 M., in den Jahren 1886—1890 143 M. im Durchschnitt. Erst 1891, als das russische Roggenausfuhr-Verbot wirkte, stiegen sie auf 205 M. Unter dem 5 Mark-Zoll sind die Roggenpreise also nicht gestiegen, sondern gefallen. Wenn Weizen haben wir dieselbe Erscheinung. Diese Thatfache schlägt alle schweren Vorwürfe Bebel's nieder. (Sehr richtig! rechts.)

Herr Bebel hat von einem Kinde in Köln erzählt. Ich weiß nicht, ob sich der Fall so zugetragen hat, wie die Zeitung berichtet. Wenn er aber wahr ist, dann werden wir ihn gewiß alle auf das tiefste bedauern. (Abg. Singer: Außer Arnim!) Aber was hat diese Geschichte mit dem 5 M.-Zoll zu schaffen? Haben wir denn nicht Rot und Elend auch unter dem 3 M.-Zoll gehabt und ohne jeden Zoll? Ja, wenn Sie jeden Zoll aus der Welt schaffen, würde Rot und Elend doch vorhanden sein. Wie sollten doch lieber zusammenwirken, um Rot und Elend zu mildern (Rufe links: Mit Ihnen nie!), statt mit solchen Dingen zu kommen, die mit dem 5 Mark-Zoll gar nichts zu thun haben. Die Frage, ob die Lebenshaltung der industriellen Arbeiter in der Zeit des 5 Mark-Zolls gefallen oder gestiegen ist, muß sich in ihren steuerlichen Leistungen am ehesten ausdrücken.

Redner sucht nun unter großer Unruhe und Unaufmerksamkeit nachzuweisen, daß in den Zeiten des 5 Mark-Zolls die Zahl der Steuerpflichtigen aus der industriellen Arbeiterklasse stärker gestiegen ist, als sich die Zahl der Steuern im Durchschnitt vermehrt hat.

Die Zunahme der Einkommen zwischen 1800 und 1800 Mark ist nicht durch ein Hinabsinken aus den oberen Schichten, sondern durch Hinansteigen aus den unteren Schichten erfolgt. Herr Bebel hat nun in den glühendsten Farben die Belastung der Arbeiter gemalt. Es ist nicht zu leugnen, daß sich die indirekten Steuern in den letzten Jahren sehr vermehrt haben. Aber die Opfer mußten gebracht werden im Interesse unserer Wehrfähigkeit zu Wasser und zu Lande, die uns wieder den Frieden gesichert haben. Die Friedenszeiten haben aber zum Emporblühen der Industrie und dem Wohlstand der Arbeiter das meiste beigetragen. Unsere Belastung durch indirekte Steuern ist aber noch erheblich geringer als die anderer Länder. Bei uns kommen auf den Kopf 16 M., auf England 25 M. Es ist also eine völlig übertriebene Behauptung, daß durch die indirekte Steuerbelastung die Bevölkerung dem Hunger überliefert wird. Andererseits entlastet die Reform der direkten Steuern die schwächeren Schichten. Nur 33 Proz. zahlen überhaupt direkte Staatssteuern, während 66 Proz. von allen direkten Steuern frei sind. Herr Bebel meinte wieder, den ganzen Vorteil hätten die Großgrundbesitzer, er wies dabei auf die Fürsten und Fideikommißbesitzer hin. Was die Fürsten mit der Sache zu thun haben sollen, weiß ich nicht, ihr Grundbesitz ist ein sehr kleiner und die Fideikommissionen betragen nur 6 Proz. des gesamten Grundbesitzes. Wenn nämlich die Großgrundbesitzer nur den Vorteil von den erhöhten Zöllen hätten, dann würden sich doch die Bauernvereine nicht so dafür interessieren. Ich war Regierungspräsident von Düsseldorf, ich kenne die Schmerzen der rheinischen Bauern genau. Es ist auch eine Wahrheit, daß der Großgrundbesitz in Deutschland überwiegt, und endlich Zeit, daß dieser Legende einmal ein Ende gemacht wird. Ueberall, sogar in Ostpreußen überwiegt der bäuerliche Kleinbesitz. Wenn man die Provinz Ostpreußen nennt, so überläuft viele eine Gänsehaut. Aber gerade diese Provinz ist es gewesen, die am meisten zur Erhebung Preußens aus der napoleonischen Herrschaft beigetragen hat. (Rufe links: Lauter! Graf v. Walckreuth: Sie rufen „Lauter!“ Wenn Sie stiller wären, würden Sie hören, was der Redner gesagt. Weiterkeit.)

Das Ausland umgiebt sich immer mehr mit Zollschranken, so daß es immer zweifelhafter wird, daß wir in alle Zukunft unsere Industrieprodukte exportieren können. Der chinesische Markt wird bald durch die Japaner beherrscht werden. Es ist deshalb notwendig, daß wir Handelspolitik treiben müssen, und dazu bietet der Zolltarifentwurf eine geeignete Grundlage. (Sehr gut! rechts.) Die englischen wissenschaftlichen Begründer des Freihandels haben sich in ihren Erwartungen schwer getäuscht. Heute produziert England nur noch ein Fünftel seines Kornbedarfs selbst. Vestigia torrent! Wir wollen uns am englischen Beispiel eine Lehre nehmen.

Ich möchte aber auch die Herren Vertreter der Landwirtschaft bitten, den Vogen nicht zu straff zu spannen, sondern Mühsicht zu nehmen auf die Interessen der andern Erwerbszweige und den Abschluß von Handelsverträgen. Ich bitte das hohe Haus dringend, sich auf den Boden der Vorlage zu stellen und auch der Landwirtschaft den Schutz nicht zu versagen, dessen sie bedarf und dessen sie nicht entzuden kann, wenn nicht mit der Landwirtschaft Glück, Größe und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes auf das schwerste gefährdet werden sollen. (Lebhafter Beifall rechts.)

**Sächsischer Bundesrats-Bevollmächtigter, Staatsminister Dr. v. Meisch:**

Abg. Bebel hat behauptet, daß es seitens der sächsischen Regierung unverantwortlich sei, für Erhöhung der Agrarzölle einzutreten! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich erkenne eine Angabe, daß in Sachsen 14 Proz. der Bevölkerung von der Landwirtschaft und 86 Proz. von der Industrie leben, als richtig an. Aber wir haben für diese 14 Proz. in Sachsen von Regierungswegen Sorge zu tragen. Wenn wir überzeugt waren, daß die Landwirtschaft eine nothleidende ist, so war es unsere Pflicht, auch nach jeder Richtung für die Landwirtschaft voll einzutreten. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Daher ist die sächsische Regierung auf den Boden der Tarifvorlage getreten, die nach ihrer Ansicht die richtige Mittellinie darstellt für die Ausgleichung der vorhandenen Interessen. Die Landwirtschaft hat in Sachsen nur in der Nähe größerer Städte bessere Absatzgebiete; das gilt nur für einzelne Distrikte, nicht für das ganze Land. (Sehr richtig! rechts.) Die sächsische Regierung hat sich für verpflichtet gehalten, nicht partikularistisch zu handeln (Lebhafter Beifall rechts), sondern

das allgemeine Wohl des Deutschen Reiches, der Landwirtschaft wie der Industrie ins Auge zu fassen. (Bravo! rechts.)  
Abgeordneter **Veibel** hat weiter die Behandlung der Konsumvereine in Sachsen gerührt; er hat gesagt, die Regierung beeinträchtigt die Rentabilität der Konsumvereine, indem sie die Gemeinden darauf hingewiesen habe, Umsatzzweckern von den Konsumvereinen zu erheben. Die Frage ist bereits einmal im Reichstag behandelt; ich weiß nicht, warum Abg. **Veibel** sie nochmals anspricht. Die sächsische Regierung hat den Gemeinden keineswegs empfohlen, die Konsumvereine höher zu belasten, als es überhaupt im gesetzlichen Rahmen zulässig sein würde. (Gelächter links.) Sobald die Steuern sich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen befinden, ist die Regierung überhaupt nicht in der Lage, die Gemeinden an der Besteuerung zu verhindern. (Murmur bei den Soc.) Die Regierung hat den Gemeinden stets ein Mahhalten mit dieser Steuer angeraten. Ich habe auch offen erklärt, daß die Regierung dem System der Umsatzsteuer auf Konsumvereine nicht besonders sympathisch gegenübersteht, daß sie den erzieherischen Wert der Konsumvereine gern anerkennt. Die Regierung hat auch allen Versuchen widerstanden, die Konsumvereine-Steuerung durch Landesgesetz einzuführen. Es wird dem sächsischen Landtag eine Denkschrift zugehen, die hervorhebt, daß an eine Besteuerung der Konsumvereine auf dem Wege der Landesgesetzgebung nicht gedacht wird. (Ruf bei den Sozialdemokraten.) Ja, auf dem Wege der Kommunalgesetzgebung können wir die Besteuerung nicht verhindern. Von einem besonderen Notstand in Dresden ist mir nichts bekannt. In Sachsen haben wir zur Zeit einen wirklichen Notstand überhaupt nicht. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Wir haben eine rückläufige Konjunktur, besonders in der Textilindustrie, aber nicht so, daß man von einem exorbitanten Notstand der Arbeiterklasse reden kann. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) In Dresden werden Speisen an die Armen in jedem Jahre verteilt. Im Winter liegt das Bauhandwerk ja immer danieder. Was den angeblichen Notstand im Erzgebirge und im Vogtlande betrifft, so habe ich durch persönliche Vernehmung in der letzten Woche festgestellt, daß eine wirkliche Kollage auch in diesen Gegenden vor der Hand nicht vorhanden ist. (Widerpruch bei den Sozialdem.) Ich wollte das heute hier sagen, weil in der sächsischen Kammer eine Notstandsinterpellation heute, wie ich weiß, im gleichen Sinne beantwortet worden ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)  
Darauf verlagert sich das Haus. — Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. **Graf Arnim** (Rp.): Ich habe den wirklich schmerzlichen Vorfall in Köln, den Herr **Veibel** erzählt, tief empfunden und nur die Frage an ihn gerichtet, ob der Vater nicht vielleicht getrunken hätte. (Lärm und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bin erstauamt über seine Erregung und den übermäßigen Ausdruck von Entrüstung und kann auch nicht finden, daß ich ihn provoziert habe. Wenn ich bei einem so tief schmerzlichen Vorfall nach den Ursachen frage, so habe ich doch ein Recht dazu. Er hat sich zugetragen in der Reichshauptstadt Köln im vorigen Jahre, als Arbeitslosigkeit noch nicht herrschte. Ich kenne solche tief schmerzlichen Vorgänge auch aus der Oberlausitz aus eigener Erfahrung; ich kenne Fälle, wo die Kinder hungern, während der Vater Säuer ist, ohne daß die Polizeibehörde einschreitet. (Murmur links.) In solchen herzerregenden Fällen... (Glocke des Präsidenten.) **Präsident Graf Valsekrem**: Das ist nicht mehr persönlich.

Abg. **Graf Arnim**: Dann schließe ich mit dem Bemerkten, daß ich auf die scharfe Verurteilung **Veibels** nicht in gleichem Tone erwidere, weil ich mir schnellwegen keinen Ordnungsruf zu ziehen will.

**Veibel**: Wenn der Abg. **Graf Arnim** die Stirn hat... (Lärm rechts, Glocke des Präsidenten.)

**Präsident Graf Valsekrem** bezeichnet diesen Ausdruck als parlamentarisch unzulässig.

Abg. **Veibel**: Wenn **Graf Arnim** sich hinsetzt und hier vor dem Hause erklärt, er habe nur die Frage an mich gerichtet, ob die Eltern nicht vielleicht den Lohn vertrunken haben, so ist das eine grobe Unwahrheit! (Lärm rechts.) — So ist das eine grobe Unwahrheit! (Lärm rechts.) Sie haben keine Frage an mich gerichtet, Herr **Graf Arnim**, Sie haben wörtlich gesagt: „Wahrscheinlich haben die Eltern das Geld vertrunken!“ (Lärm rechts, Zustimmung links, Glocke des Präsidenten.)

**Präsident Graf Valsekrem**: Hier habe ich den stenographischen Bericht. Danach hat **Graf Arnim** gerufen: „Der Vater hat vielleicht alles vertrunken!“

Abg. **Graf Arnim** (Rp.):  
Ich habe gesagt: „Hat der Vater vielleicht alles vertrunken?“ Hier sieht man, wie Sie Ihre Vermutungen für Wahrheit nehmen. Ich habe das Wort „wahrscheinlich“ nicht gebraucht (Lebhafter Widerspruch links); ich habe nur etwas gefragt, um den Vorfall aufzuklären, nicht um ihn zu kritisieren. (Lärm links.)

Abg. **Graf Schwerin-Löwig** (L.): Herr **Veibel** hat behauptet, ich hätte als Vorsitzender des Bundes der Landwirte mit keinem Wort die Forderungen des Bundes vertreten. Erstens bin ich nicht der Vorsitzende, sondern nur ein bescheidenes Mitglied des Bundes, und dann habe ich wiederholt klargestellt, daß in allen entscheidenden Punkten die Landwirtschaft einig ist und es mir der Zweifels- Theorie innerhalb der Land-

wirtschaft ebenso schlecht bestellt ist wie mit der Zweifels- Theorie innerhalb der Regierung. (Bravo! rechts.)

Abg. **Dr. Köstke-Kaiserlaunern** (W. d. Bdu.): **Veibels** Worte über meine Kennerung im Erlus Busch, wo ich den Namen Gottes angerufen habe, überlasse ich der Beurteilung des hohen Hauses. (Abg. **Veibel**: Sehr richtig!) Ich bestreite aber dem Abg. **Veibel** bei seiner Auffassung von Religion die Kompetenz, mir derartige Vorwürfe zu machen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Veibel** (Soc.): Herr **Köstke** erwidere ich nichts; er mag meine Rede nachlesen, dann wird er genug haben. (Sehr laut d. d. Soc.) Dem **Grafen Schwerin** gebe ich zu, daß ich mich insofern geirrt habe, als er nicht Vorsitzender des Bundes ist. Dagegen steht fest, daß er die Forderungen des Bundes in seiner Rede nicht vertreten hat. Was nun den Herrn Abg. **Graf Arnim** betrifft, so habe ich, nachdem durch den Herrn **Präsidenten** aus dem stenographischen Bericht festgestellt worden ist, was Abg. **Graf Arnim** wirklich gesagt hat, kein Wort weiter hinzuzufügen. Ich bewundere nur die Stirn des **Graf Arnim**. (Murmur rechts, Weisfall links, Glocke des Präsidenten.)

**Präf. Graf Valsekrem**: Herr Abgeordneter, Sie haben sich schon wieder eines Ausdrucks bedient, wegen dessen ich Sie vorhin rektifiziert habe. Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung. Abg. **Graf v. Arnim** (Rp.): Trotzdem der Abg. **Veibel** überwiegen worden ist, daß er ein unrichtiges Wort... (Großer Lärm und Oh-Rufe links. Rufe: Unverschämtheit! Glocke des Präsidenten.)

**Präf. Graf Valsekrem**: Der Ausdruck Unverschämtheit ist unparlamentarisch. Wenn ich wollte, wer ihn gebraucht hat, würde ich den betreffenden Herrn Abgeordneten zur Ordnung rufen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich rufe die Herren Abgeordneten **Reichhaus**, **Hoch**, **Amert** (Erneute Zurufe bei den Sozialdemokraten) und alle die Herren zur Ordnung!

Abg. **Graf v. Arnim** (fortfahrend): Nachdem festgestellt ist, daß **Veibels** Worte unwahr und unrichtig (Lärm links), daß ich nicht das Wort wahrscheinlich gebraucht habe, kann ich meine Gefühle gegen den Abg. **Veibel** nur durch das Wort dedain charakterisieren. (Großer Lärm links, Glocke des Präsidenten.)

**Präsident Graf Valsekrem**: Herr Abgeordneter, dedain heißt „Verachtung“. Das ist ein Ausdruck, den Sie gegenüber einem anderen Abgeordneten nicht gebrauchen dürfen. Ich rufe Sie deswegen zur Ordnung.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung).

### Versammlungen.

Der sozialdemokratische Verein für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch im Lokal von Lehendeder in der Sophienstraße eine Versammlung ab, die äußerst gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen **Bernstein** über das Thema: „Wofür kämpft die Sozialdemokratie?“ **Redner** legte dar, daß die Frage, von ihm an verschiedene Parteigenossen gerichtet, sehr verschieden beantwortet wurde. Das liege nun weniger an einer laien Auffassung des Sozialismus, sondern es sei ein Beweis, ein wie weites Gebiet der Unklarheit dem Sozialismus offen steht. Der Partei schweben nicht nebelhafte idealistische Probleme vor, sie sei auch nicht utopisch in ihren Forderungen, wie von unseren Gegnern behauptet wird, denn alles was wir streben, ist schon in dieser oder jener Form verwirklicht gewesen. Um ein wirkliches Ideal zu verfolgen, brauchen wir die Erkenntnis von der Entwicklung der Gesellschaft. Was der Sozialdemokratie ihre Erfolge sichert, ist die wissenschaftliche Uebereinstimmung mit den Entwicklungsgegesetzen der Gesellschaft. **Redner** schilderte sodann in kurzen Zügen diesen Entwicklungsengang, besonders die Entwicklung zur Großindustrie, dem Handel und Verkehr in ihrem heutigen Umfange. Sodann legte **Redner** dar, wie mit dieser Entwicklung die Rechtsentwicklung der Sozialdemokratie eng verknüpft ist, wie die Partei in eine Bewegung gedrängt wurde, die manches von dem ehemals poetischen Charakter verloren hat und mehr prosaische Formen annahm. Die Bewegung ist alltäglich geworden, sie hat unzählige Kleinarbeit zu leisten, die aber nicht minder an dem Einzelnen hohe Anforderungen stellt. In der politischen Arbeit für die Agitation in der Gewerkschaft gehört heute sehr viel dazu in treuer Pflichterfüllung seinen Posten auszufüllen. Sehr oft bedeutet diese stille Aufopferung mehr als die in momentaner Vergeisterung begangenen heroischen Thaten großer Volksmassen. Die weit unsere Bewegung fortgeschritten ist, das beweise die Stellung zur Rollfrage. Es gab eine Zeit, wo der Glaube herrschte, daß die Rollfrage der Arbeiterklasse gar nichts anginge, sondern nur ein Streitobjekt der Bourgeoisie sei. Heute nehmen wir diese Stellung nicht mehr ein. Das mag manchem ein Mangel an Radikalismus sein, in Wirklichkeit ist es ein Fortschritt. Wären nur Revolten die Aufgabe der Arbeiterklasse, dann ginge sie die Frage nichts an, sie geht sie aber etwas an, weil sie heute den Einfluß auf diese Dinge hat. **Redner** verbreitete sich dann über die Rollfrage. Er giebt der Meinung Ausdruck, daß ein Steigen der Besitzgrenze von den Agrarier nicht gefordert werden kann. Wir haben heute Länder, die keine oder nur eine sehr geringe Besitzgrenze geben, sie ist also nicht unbedingt erforderlich zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebes.

Wie das Verhalten der Partei sich geändert hat, trete hervor, wenn er berücksichtige, welche Stellung die Partei vor 22 Jahren,

als er Berlin verlassen mußte, zur Stadtverordnetenwahl einnahm. Die städtische Verwaltung war uns gleichgültig, wir kämpften wohl, aber welcher gewaltige Hebel in der Verwaltung liegt, wenn sie von der Demokratie durchdrungen wäre, das zu erschreiben lag uns fern. In der Zwischenzeit ist das anders geworden, man hat die Bedeutung des Kampfes auf diesem Gebiet erkannt. Dasfelbe gilt für die Wahlen zum preussischen Landtag. Wir sind in die Pfaffen eingerückt, wo wir Schritt für Schritt vorwärts schreiten, eine Steppe nach der andern wird erobert, das Ideale tritt zurück, das Praktische gewinnt an Bedeutung. Es ist ein Prozeß, der uns aufgedrungen wird, er ist nicht automatisch, sondern von den Menschen stark beeinflusst. Es ist ein Kampf, bei dem es ankommt auf unser Wollen, auf unser Können und auf unser Thun. Wenn wir sagen, der Sozialismus muß kommen, dann ist für die Zeit keine Zusicherung gegeben. Die Zeit ist aber ein richtiger Faktor, wir müssen den Prozeß abkürzen und das kann geschehen, indem sie als Mitkämpfer zur Verwirklichung unfres Ziel beitragen. Den Ausführungen des **Redners** folgte eine lebhafteste Zustimmung und wurde nach einer unwesentlichen Diskussion die Versammlung geschlossen.

Der Centralverband der Handels-, Transport- und Lehrkräfte hielt am Dienstag, den 3. Dezember, in den Arnimhallen seine ordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten zunächst das Andenken des verstorbenen Genossen **Schoenau** sowie der verstorbenen Kollegen **Lewinski**, **Liebenau**, **Rief**, **Dohrmann**, **Luziaczki** und **Wieland** durch Erheben von den Plätzen. Hierauf gab **Steinicke** den Kassenbericht für das dritte Quartal. Derselbe ergiebt bei einer Gesamteinnahme von 24 888,44 M. und einer Ausgabe von 18 161,67 M. einen Bestand von 6706,77 M. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß im dritten Quartal 8841 Wochenbeiträge weniger eingegangen sind, als im zweiten Quartal. Nachdem noch verschiedene Anfragen bezüglich des Berichtes vom Kassierer zur Zufriedenheit beantwortet waren, wurde letzterem einstimmig Decharge erteilt. Den Bericht des Arbeitsvermittlers ist zu entnehmen, daß im dritten Quartal im ganzen 418 Stellen gemeldet wurden, davon direkt durch Arbeitgeber 344 Stellen und durch Kollegen 74 Stellen. Der Branche nach wurden verlangt Handbdiener und Packer 219, Kutsher 89, Kohlen-, Kessel- und Speicher-Arbeiter 123, Radfahrer 15, Kraftfahrzeugführer 9, Konstruktoren 15. Befehlt wurden insgesamt 232 Stellen, davon zur Ausschilfe 92 Stellen. Es konnten nicht besetzt werden: a) weil passende Kräfte fehlten 89, b) weil der Lohn ein zu niedriger 77 Stellen. Bei den besetzten Stellen betrug der höchste Lohn 25 M., der niedrigste 16 M. und der Durchschnittslohn 20,40 M. pro Woche. Die längste Arbeitszeit betrug 18 Stunden, die kürzeste 8 Stunden, die durchschnittliche 10 1/4 Stunden täglich. Arbeitslos meldeten sich im Laufe des Quartals 445 Kollegen. Zur Ausarbeitung eines Reglements für den Arbeitsnachweis wurde eine Kommission, bestehend aus sieben Kollegen gewählt.

Die Freie Vereinigung der Civil-Berufsmänner Berlins beschäftigte sich in zwei Versammlungen am 28. vorigen Monats und 3. dieses Monats mit den Berichten ihrer Delegierten vom Müllersongreß. **Schoenert** behauptete, man habe die Augen nicht aufgehakt. Einzelne Personen, die gar keine Vereinigungen vertraten, hätten unehrenhaft mit abgestimmt und dadurch den Sitz des Verbandes nach Hamburg gebracht, und Berlin, die größte Organisation, mit ihren Wünschen an die Wand gedrückt. Diese Ausführungen zeitigten eine hitzige Debatte zwischen **Schoenert** und **Hoch**, im Verlauf deren **Schoenert** die Versammlung vorzeitig schloß. — Die zweite Versammlung wollte **Schoenert** hierfür bestrafen wissen, jedoch wurden zwei Anträge „Absetzung vom Vorsitzendenposten“, „Verpflichtung zum „Erfah der Unkosten“ abgelehnt. Im Verlauf der weiteren Verhandlungen verließ die Mehrzahl der Erschienenen ostentativ die Versammlung. Ein bei Abwesenheit von **Schoenert** und **Jrgang** gegen dieselben schließlich noch von **Hoch** eingebrachter Antrag, „den Genannten für ihre Thätigkeit an dem Kongreß die Unzufriedenheit der Vereinigung auszusprechen“, wurde abgelehnt.

Steglich. In der letzten Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins erstattete Genosse **Wieloch** Bericht von der Generalversammlung des Central-Wahlvereins. Hierauf wurden die Neuwahlen vorgenommen. Es wurden gewählt die Genossen: **Wieloch** als erster, **Joseph** als zweiter Vorsitzender, **Bernsee** als Kassierer, **Wästenhagen** als Schriftführer, **Höhne** als Bibliothekar, **Räther** als Veisitzer, als Revisoren **Dräger**, **Hagen** und **Möhlig**. Die Kolonnenmission besteht aus den Genossen **Diering**, **Dräger**, **Fritsch** und **Haberland**. Auch die Bezirksführerposten wurden durch neun Genossen neu besetzt.

Nixdorf, Dienstag, den 2. Dezember tagte eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungs-Vereins Nixdorf, Steinhilberstr. 118 bei Mercier. Nach Eröffnung der Versammlung hielt Frau **Wichmann** eine Vorlesung über: „Die Gesundheitspflege der Jungfrau von Dr. F. W. Simon. Nach beendeteter Vorlesung, welche mit reichem Beifall besetzt wurde, ging man zu Vereins-Angelegenheiten über, welche bis 1/11 Uhr erörtert wurden; um 11 Uhr schloß die Vorsitzende die Versammlung.

Verein der Kellner Berlins und Umgegend. Freitagnachmittag 5 Uhr, Hasenheide 52/53, Versammlung.

# Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung).  
Rosenthalerstr. 27-29. — Oranienstr. 52-55.

An den Sonntagen vor Weihnachten sind unsere  
Geschäftsräume

von **1** Uhr an

geöffnet; vormittags bleibt geschlossen.

Das Charlottenburger Stadtparlament über Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit.

In der Versammlung vom letzten Mittwoch berieten die Charlottenburger Stadtverordneten zunächst den Antrag Dula u. Gen. betr. Erleichterung eines Asyls für Obdachlose. Zur Begründung seines bereits vor Jahresfrist eingebrachten Antrags wies der Antragsteller auf die große Zahl der nächtlich Obdachlosen hin, für deren Unterbringung nur unzureichend gesorgt sei. Er wünschte ein Asyl, das gleichzeitig nächtlich Obdachlosen und infolge der Wohnungsnot obdachlos gewordenen Familien zur Aufnahme diene. Bei den letzteren handle es sich meist um Leute, die ihre Miete nicht bezahlen können und infolgedessen doch der Stadt zur Last fallen. — Die Debatte über den Antrag gestaltete sich zu einer stellenweise recht stürmischen Abrechnung der Socialdemokraten und der Freisinnigen mit derjenigen Richtung, die stets viel Neben von ihrer Arbeiterfürsorge macht, aber wenn es darauf ankommt, den großen Worten die That folgen zu lassen, den Rückzug antritt, wie dies namentlich in der Wohnungsfrage der Fall ist. Zunächst sprach sich Stadtverordneter Böllmer für den Antrag Dula aus, betonte aber, daß zur Verringerung der Obdachlosigkeit vor allem ein schnelleres Tempo in den Beratungen über die Wohnungsfrage einzuschlagen sei. Stadtv. Hirsch wies auf den klaffenden Widerspruch hin, der zwischen den Worten und Thaten des Antragstellers bestehe. Habe Herr Dula wirklich die Absicht, die Obdachlosigkeit zu steuern, so gebe es für ihn ein einfaches Mittel; er brauche nur die Ansichten, die er früher als Mitglied der gemischten Deputation in der Wohnungsfrage vertreten habe und die er jetzt im Ausschuss infolge der Agitation der Hausbesitzer bekämpfte, sich wieder zu eigen machen. Im übrigen habe Herr Dula die Akten nicht gelesen, wenn er behauptet, daß die Obdachlosen Leute seien, die der Armenverwaltung zur Last fallen. Es befinden sich darunter nach Angaben der Polizei eine ganze Reihe solcher Leute, die ständig in Arbeit sind, ihre Miete pünktlich bezahlen und nur deshalb keine Wohnung finden können, weil sie sich mehr Kinder zugelegt haben, als der Hausvater ihnen gestattet. Stadtrat Samter hält die Maßnahmen, die zur Unterbringung der nächtlich Obdachlosen getroffen sind, für ausreichend und spricht die Erwartung aus, daß mit Schwenden der Wohnungsnot auch die Erscheinung der Obdachlosigkeit verschwindet. Ein Hinweis des Stadtv. Hirsch auf die eigenartige Weise, wie der Wohnungsausschuss seine Beratungen in die Länge zieht, veranlaßte den Stadtv. Kofod, den Ausschuss zu verteidigen. Nachdem die Stadtv. Böllmer, Hirsch und Krüger scharfe Kritik an der Arbeit des Wohnungsausschusses geübt hatten, ergriß Stadtv. Dula das Schlusswort, das sich in der Hauptsache zu einer fortgesetzten Reihe von Angriffen auf unsere Genossen gestaltete, denen keine Maßregel weit genug gehe, die durch ihre Wohnungsfürsorge ganze Berufsklassen vernichten wollen, sich als das Gewissen der Versammlung und als Reiter des Kapitals aufspielen. Auch er habe die Akten gelesen, freilich mit einem objektiveren Auge als Hirsch. (Stadtv. Hirsch: Sie müssen mit beiden Augen lesen! Heiterkeit.) Es handle sich bei den Obdachlosen um Leute, die ihre Miete nicht aufbringen können und die man deshalb auf die Armenpflege verweisen müsse.

Herr Dula hatte sich absichtlich seine Freundschaften für das Schlusswort aufgespart, in der Erwartung, daß ihm dann niemand mehr entgegenreden könne, aber er hatte seine Rechnung ohne die Geschäftsordnung gemacht, nach welcher auf Antrag auch nur eines Mitgliedes ein Antrag zur zweiten Lesung gestellt werden muß. Von diesem Rechte machte Stadtv. Hirsch Gebrauch, und in der zweiten Lesung holte sich Herr Dula noch eine viel empfindlichere Niederlage. Zunächst konstatierte Stadtrat Samter, daß sich unter den Obdachlosen 30 Proz. solcher Leute befinden, die sehr wohl eine Wohnung bezahlen können, sich auch darum bemühen, aber infolge einer zu zahlreichen Familie keine bekommen können. Hierauf ergriß Stadtv. Hirsch das Wort, um mit Herrn Dula abzurechnen. Was Herr Dula als Pflicht zur Mühseligkeit und Warmherzigkeit bezeichne, das sei nichts weiter als die verdamnte Schuldigkeit einer Stadt, die ihren sozialen Aufgaben gerecht werden wolle. Unwahr sei es, daß die Hausbesitzer keinen Druck ausgeübt hätten. Der Wohnungsausschuss habe einfach vor dem Haus- und Grundbesitzer verneigt. Nachdem noch Stadtv. Dr. Cäpiger Herrn Dula scharf zu Leibe gerückt war und dieser höchst kleinlaut erwidert hatte, gelangte der Antrag zur Annahme.

Es folgte die Besprechung der Interpellation über die Arbeitslosigkeit. Auf die Begründung durch den Stadtverordneten Kaufmann erwiderte Stadtrat Dr. Jastrów: Es sei unverkennbar, daß ein Rückgang in der Arbeitslosigkeit stattgefunden habe, aber der Rückgang sei noch nicht so groß, daß die Ausflühen der Stadt im ganzen darunter gelitten habe. Die Abnahme der Beschäftigungsgelagenheit sei noch nicht betrüblich. Aus dem bisherigen Material gehe nicht hervor, daß in Charlottenburg eine über den gewöhnlichen wintertlichen Umfang erheblich hinausgehende Arbeitslosigkeit bestehe. Trotzdem aber müsse man sich der Möglichkeit rechnen, daß solch ein Zustand eintreten könne. Der Magistrat habe Vorkehrungen getroffen, um nach und nach für Beschäftigung zu sorgen. Er habe ferner durch Umsätze festzustellen gesucht, ob Entlassungen größeren Umfangs in Charlottenburg stattgefunden haben. Diese Frage sei verneint worden.

Stadtv. Waake (Soc.) erwidert, daß die Maßnahmen des Magistrats zur Feststellung der Arbeitslosigkeit nicht ausreichen, um ein genaues Bild zu geben. Es könne sich nur um Schätzungen handeln. Erfreulich sei es ja, daß endlich der Magistrat dazu übergehe, den Arbeitsnachweis auf ungelernete Arbeiter ausgedehnt werden. Hoffentlich werde er auch bald auf das Dienstpersonal ausgedehnt werden. Der Magistrat thue damit allerdings nur das, was er schon längst hätte thun müssen. Wenn man ein richtiges Bild von dem Umfang der Arbeitslosigkeit gewinnen wolle, so müsse man endlich dazu übergehen, positive Zahlen zu schaffen; das sei aber nicht möglich durch einseitiges Befragen der Unternehmer, man möge sich auch an die Arbeiter wenden und von Stadt wegen eine Arbeitslosen-Zählung vornehmen. Mit Unterstützung der Gewerkschaften sei das leicht. Allerdings sei der Magistrat verpflichtet, die Kosten zu tragen. Diese Zählungen müßten von Zeit zu Zeit wiederholt werden. Die Maßnahmen des Magistrats bleiben hinter denen anderer Städte zurück. Viel werde sich ja in der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt nicht gegen die Arbeitslosigkeit erreichen lassen, immerhin aber müsse sich der Magistrat mit der Stadtverordneten-Versammlung gründlich überlegen, ob die Mittel gegen die Arbeitslosigkeit nicht auf breiterer Basis zu ergreifen seien. Vor allen Dingen möge man eine sociale Kommission zur Prüfung derartiger Fragen bilden.

Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen dem Stadtrat Dr. Jastrów und dem Stadtv. Waake schloß die Besprechung der Interpellation.

Die Arbeiter werden hoffentlich aus den Debatten über die beiden Fragen wieder einmal gelernt haben, daß sie von der Bourgeoisie nichts zur Hebung ihrer Lage zu erwarten haben.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute, Freitagabend 8 Uhr, spricht im großen Saal von Ruggenhain am Moritzplatz Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Heine über den Militärhaushalt und das Rechtsgelübde des Volkes. Außerdem Diskussion. Regen Besuch der Genossinnen und Genossen erwartet. Der Vertrauensmann.

Achtung! Zur Nachwahl im 32. Kommunal-Wahlbezirk. 6. Kreis. Rosenhaller Vorstadt und Gesundbrunnen. Am Sonntag, den 8. Dezember, findet eine Flugblattverbreitung statt, zu welcher sich die Genossen an den bekannten Stellen möglichst zahlreich einfinden mögen, um die Agitation recht intensiv und wirksam betreiben zu können. Das Wahlkomitee.

Achtung, sechster Wahlkreis. Sonntagabend 6 Uhr findet im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23, eine Versammlung statt, in welcher der Stadtverordnete Genosse Dr. Alfred Bernstein über das Wohnungsgeld sprechen wird. Der Versammlung schießt sich ein gefälliges Besondere an; die Genossinnen und Genossen werden um zahlreichen Besuch gebeten. Die Vertrauensperson.

Nummelsburg. Montagabend 8 Uhr findet im Lokale von Heberth, Hauptstr. 83, eine Volksversammlung statt, in der die Genossin Klara Jettin einen Vortrag: „Der Wucherzoll und die proletarischen Frauen, hält. Hierzu sind die Frauen besonders eingeladen. (Siehe Inserat am Sonntag.)

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

In der gestrigen Sitzung war nicht viel los. Die meisten Sachen wurden debattiert oder doch ohne wesentliche Debatte erledigt. Zu einer längeren Erörterung kam es bei der Magistratsvorlage, einem ehemaligen Waisenknaben, einem Buchbinderlehrling, eine ihm nachträglich und unerwartet zugefallene kleine Erbschaft zu fügen und daraus einen Teil der durch seine Verpflegung und Erziehung erwachsenen Kosten zu decken. Von socialdemokratischer Seite war der Antrag gestellt worden, dem Wunsch des Magistrats nicht Folge zu geben. Genosse Stadthagen begründete diesen Antrag mit dem Hinweis auf die Lage des jungen Mannes, dem durch die Erbschaft das Fortkommen erleichtert werde. Der Magistratsvertreter Stadtrat Friedberg machte geltend, hier müsse das Interesse der Steuerzahler in Betracht gezogen werden. Auch Herr Cassel meinte, die Sache sei keineswegs bloß vom Gesichtspunkt der „Wohltätigkeit“ zu betrachten, das Interesse der Kommune sei dabei zu berücksichtigen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt — fast nur die Socialdemokraten stimmten dafür — und die Magistratsvorlage gelangte darauf zur Annahme. Der Beitrag, der der Gesamtheit der Berliner Steuerzahler hiermit erspart wird, beläuft sich auf wenig über 1000 Mark. Ein überaus kleinlicher Beschluß!

Ueber die Selbstverwaltung in Berlin

hat der Berliner Arzt Dr. Heint. Böing in den „Preussischen Jahrbüchern“ (Band 106, Heft 3, 1901) eine wunderliche Arbeit veröffentlicht. Böing weist darauf hin, daß bei dem Auf nach kommunalen Reformen zu berücksichtigen ist die Gliederung der Bürgerschaft in verschiedene Erwerbsklassen, deren Interessen oft in direktem Gegensatz zueinander stehen, so daß der Vorteil des einen der Nachteil des andern ist. Der Ausgleich zwischen den einander bekämpfenden Interessentengruppen ist Aufgabe der Stadtverordneten-Versammlung und des Magistrats. Die Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung werden aber, sagt B., nur dann zweckmäßig und gerecht ausfallen, d. h. den besonderen Interessen der Einzelgruppen und zugleich dem Gesamtinteresse der ganzen Bürgerschaft entsprechen, wenn in der Stadtverordneten-Versammlung sämtliche Gruppen durch eine ihrer Bedeutung für das Gemeinwesen angemessene Zahl von Stadtverordneten vertreten sind. Er schlägt hierfür folgenden Maßstab vor: 1. Die Gruppen sollen in der Stadtverordneten-Versammlung so vertreten sein, wie sie sich an der Selbstverwaltung der Stadt beteiligen, d. h. in den kommunalen Ehrenämtern thätig sind; 2. niemand soll Stadtverordneter werden können, der nicht ein solches Ehrenamt bekleidet und dabei durch seine Leistungen Interesse und Verständnis bewiesen hat. Dieses Prinzip sei gerecht und zweckmäßig; es entspreche durchaus dem Geiste der Selbstverwaltung.

B. hat nun aus den Verhältnissen des Jahres 1899 mit großer Mühe berechnet, ob die Stadtverordneten-Versammlung nach ihrer damaligen Zusammensetzung seinen Wünschen entspricht. Er kommt zu dem Ergebnis, daß dies nicht der Fall ist. Er zeigt zunächst, daß die einzelnen Erwerbsklassen in sehr ungleicher Weise an der freiwilligen Arbeit der kommunalen Ehrenämter teilnehmen. So kommen auf je 100 Rechtsanwälte nur 3, auf je 100 Handwerker etwa 7 Ehrenämter; dagegen auf je 100 Apotheker 75 und auf je 100 Pastoren gar 342 Ehrenämter. (Zu der letztgenannten Zahl, die allerdings ins Riesenhafte geht und nach B.'s Prinzip die Pastoren als die geeignetsten Stadtverordneten erscheinen läßt, ist B. in der Weise gelangt, daß er sogar die Zugehörigkeit der Pastoren zu den je 2, 3 oder mehr Schulkommissionen, von denen sie Schulkinder zugewiesen erhalten, als „freiwillige Arbeit“ im kommunalen Ehrenamt registriert.) Herr B. erklärt es für einen schweren Mißstand, daß, wie er weiter berechnet hat, die einzelnen Erwerbsklassen in der Stadtverordneten-Versammlung oft in dem umgekehrten Verhältnis vertreten sind, daß vielfach gerade die an den kommunalen Ehrenämtern sehr spärlich beteiligten Klassen im Stadtparlament sehr zahlreich angetreten sind. Beispielsweise kommt bei den Rechtsanwälten 1 Stadtverordneter-Mandat schon auf rund 3 Ehrenämter, dagegen bei den Händlern und Drognisten 1 Stadtverordneter-Mandat erst auf 525 Ehrenämter. Eine nähere Kritik der Zahlen, die B. da gefunden hat, müssen wir uns verlagern. Sie haben lediglich den Wert einer statistischen Spielerei, die durch die Wichtigkeitswert und den unerschütterlichen Ernst, mit dem sie vorgebracht wird, komisch wirkt. Die Arbeit erinnert an die Geistesprodukte gewisser Ant.-Statistiker, die viel Mühe darauf verwenden, z. B. die hochwichtige Frage zu untersuchen, in welcher Weise die Menschen eine Liebeserklärung machen, wie viele dabei die Hand auf die Brust legen, wie viele dabei schamhaft erröten, wie viele sich vor Verlegenheit die Nase schneuzen usw.

Das Prinzip des Herrn Böing ist weder gerecht noch zweckmäßig; es ist sinnlos und ungerecht. Die Uebernahme eines kommunalen Ehrenamtes hängt bekanntlich keineswegs allein von dem freien Willen des einzelnen ab. Wer ein solches Amt übernehmen will, muß Zeit dazu haben, und muß zu den Stützen der spießbürgerlichen Gesellschaft, noch besser zu den Stützen des freisinnigen Teiles dieser Gesellschaft, gehören. Nicht jedermann besitzt diese Erfordernisse; den Arbeitern fehlt in der Regel beides. Man muß daher Herrn B. entweder für unwissend oder für nicht ganz ehrlich halten, wenn er sagt, „charakteristisch und von großem Interesse“ sei die Thatfache, daß die zahlreichste Gruppe der Berliner Bevölkerung, die Arbeiterklasse, sich von der Verwaltung der Ehrenämter völlig ausschließt; nur zwei Arbeiter seien 1899 in ihnen thätig gewesen. Man beachte den Ausdruck „sich ausschließt“! Nein, Herr B., die Arbeiterklasse wird ausgeschlossen! Das ist in der That „charakteristisch“, aber es charakterisiert nicht die Arbeiterklasse, sondern ganz andre Leute. Es fährt fort: „Es ist dies um so auffällender, als die allergrößte Mehrzahl der städtischen Armen und Waisen der Arbeiterklasse entstammt und deshalb der Gedanke nahe liegt, daß diese Bedrängtesten unter den Bedrängten ganz besonders bei denjenigen Teilnahme und Hilfe finden müßten, die ihnen social am nächsten stehen und ihre Kollage

am besten zu beurteilen vermögen.“ Herr B. unterschlägt hier, daß die Arbeiterklasse die Interessen der Bedrängten durch ihre Vertreter um so entschiedener in derjenigen Körperschaft wahr, in die man nicht durch Klientenwirtschaft, sondern allein durch das Vertrauen der Bürgerschaft hineingelangt; in die Stadtverordneten-Versammlung.

Dieser Abschnitt der Arbeit mit den weiteren Ausführungen gegen die Socialdemokratie, die B. daran knüpft, läßt uns vermuten, daß der Herr mit seiner Rednerei lediglich den Zweck verfolgt hat, zu zeigen, wie man die fortgeschrittene wachsende Socialdemokratie aus der Stadtverordneten-Versammlung wieder hinauszubringen könnte, wenn man seine Vorschläge beherzigen wollte. Wenn die Arbeiterklasse nur so in der Stadtverordneten-Versammlung vertreten sein dürfte, wie sie sich an der „freiwilligen“ Arbeit der kommunalen Ehrenämter beteiligen kann, dann dürfte sie kaum einen von den 144 Stadtverordneten-Sitzen haben. Das würde Leute wie Herrn Böing allerdings passen. Und das nennen diese Braven „gerecht“ und dem Geiste der „Selbstverwaltung“ entsprechend!

Das Kostgeld der städtischen Waisenkinder

soß, wie es scheint, nun doch endlich erhöht werden. Die Frage ist in der kürzlich abgehaltenen Jahresversammlung der Waisenkasse des fünften Waisenkreises von einem Waisenkassen-Mitgliede berührt worden, und der im Auftrage der städtischen Waisenverwaltung die Versammlung leitende Stadtverordnete Hammerstein hat darauf erwidert, es sei eine Aufbesserung des Kostgeldes beabsichtigt. Wir wollen hoffen, daß der Herr nicht lediglich seine private Meinung vorgetragen hat, daß es vielmehr hauptsächlich die Absicht der Waisenverwaltung ist, das Kostgeld der städtischen Waisenkinder angemessen zu erhöhen, und daß es nicht schließlich bei der bloßen „Absicht“ bleibt.

Der „Vorwärts“ hat eine Erhöhung des Kostgeldes der städtischen Waisenkinder seit vielen Jahren gefordert und die Notwendigkeit der Erhöhung oft genug nachgewiesen. Heute zahlt die Stadt für ihre in Familien verpflegten Waisenkinder Kostgelder, über deren geringe Höhe man geradezu erstaunen muß. Der Satz beträgt für in Berlin oder gewissen Berliner Vororten untergebrachte Kinder im schulpflichtigen Alter nur 9—12 M. pro Monat; 9 M. für Mädchen, 12 M. für Knaben; für auswärtig untergebrachte Kinder wird noch weniger gezahlt. In solchen Pflegefamilien kann doch kein Kind angemessen ernährt werden.

Gegen die Erhöhung des Kostgeldes ist vielfach angeführt worden, an der Pflege von Waisenkindern solle nichts verdient werden, bei höheren Pflegefamilien sei aber zu befürchten, daß manche Familie lediglich aus Eigennutz ein Waisenkind in Pflege nehmen werde. Daß nichts dabei „verdient“ werden soll, damit kann man am Ende einverstanden sein. Aber es soll doch schließlich auch nichts dabei zugesetzt werden! Die städtische Waisenverwaltung hat in ihren jährlichen Verwaltungsberichten wiederholt darauf hingewiesen, daß manche Familien an den Waisenkindern weit mehr thun, als nach der ihnen gewährten Vergütung gefordert werden kann. Indes das sind doch immer nur Ausnahmefälle. Es können immer nur Ausnahmefälle sein, weil die Familien, die ein Waisenkind in Pflege nehmen, größtenteils der wenig bemittelten Bevölkerung angehören. Wer selber nur sein knappen Auskommen hat, der kann auch einem Waisenkinde nichts schenken.

Das Waisen-Kostgeld könnte wirklich noch eine sehr beträchtliche Erhöhung vertragen, ehe es so hoch wäre, daß bei angemessener Behandlung und Verpflegung der Kinder etwas daran zu „verdienen“ wäre. Der begriffliche Wunsch, bei der Pflege wenigstens nichts zuzusetzen, dürfte bei der gegenwärtigen Höhe des Kostgeldes nicht selten die pflegenden Familien in Versuchung führen, sich an der Arbeitskraft der Pfleglinge schadlos zu halten. Die Waisenverwaltung wird ja wissen, daß solche Fälle tatsächlich vorgekommen sind. Die geringe Höhe des Kostgeldes verleitet geradezu zu einer Ausbeutung der Pflegeigen. Was die Waisenverwaltung nicht zusetzen will und die zur Uebernahme von Waisenkindern erbötigen Familien in der Regel nicht zusetzen können, das muß dann manchmal von den Waisenkindern „zugehört“ werden. Entweder werden sie mangelhaft verpflegt, oder sie müssen über Gebühr mitarbeiten und eine bezahlte Arbeitskraft ersetzen. Niedrige Pflegesätze erweisen sich in solchen Fällen nicht als ein Mittel gegen den Eigennutz, sondern tragen gerade dazu bei, den Eigennutz erst recht anzufachen.

Gegen die Forderung, das Kostgeld der Waisenkinder zu erhöhen, hat tatsächlich niemals ein sich haltender Grund beigebracht werden können. Die städtische Waisenverwaltung hätte doch schon viel früher einsehen können — wenn sie gewollt hätte.

Die freie Arztwahl, so wird uns geschrieben, ist durch die letzte Entscheidung des Oberpräsidenten v. Bethmann-Hollweg plötzlich in ein ganz neues Licht gerückt worden. Derselbe hat bekanntlich auf eine Beschwerde von 60 Kassennutgliedern dahin entschieden, daß die Allgemeine Orts-Krankenkasse und die Orts-Krankenkasse der Kaufleute alle Apotheken Berlins zur Kassenleistung zulassen müssen. Er stützt sich dabei auf den § 56 a des Krankenversicherungs-Gesetzes, welcher lautet:

Auf Antrag von mindestens 30 beteiligten Versicherten kann die höhere Verwaltungsbehörde die Gewährung der im § 6 bezeichneten Leistungen durch weitere als die von der Kasse bestimmten Ärzte, Apotheker und Krankenhäuser versagen, wenn durch die von der Kasse getroffenen Anordnungen eine den berechtigten Anforderungen der Versicherten entsprechende Gewährung jener Leistungen nicht gesichert ist.

Daß nun in betreff der Ärzte jene im Gesetz verlangte, den berechtigten Anforderungen der Versicherten entsprechende Gewährung jener Leistungen ganz und gar nicht gesichert ist, das ist für den Kassen der Kassenverhältnisse mehr als einleuchtend. Die staatlichen Bahn- und Poststellen haben für große Bezirke oft nur einen einzigen Arzt; die Patienten müssen, schwer erkrankt, oft eine Stunde gehen, bevor sie zu ihrem Kassenarzt kommen, trotzdem überall in ihrer nächsten Nähe tüchtige Ärzte wohnen, welche sie gerne behandeln würden. Eine große Orts-Krankenkasse z. B. hat im ganzen Osten von Berlin nur zwei Ärzte, andre Kassen haben für ganz Berlin überhaupt nur 3—4 Ärzte. Wie die Kranken damit auskommen, danach wird eben gar nicht gefragt; sie müssen sich eben behelfen.

Es kommen da manches Mal, wie jeder Arzt und jedes Kassennutglied sie schon öfters erlebt hat, Zustände vor, die einfach gesundenheitsgefährlich sind. Bei dem angestelltem Kassnarzt sind oft bis 100 Patienten in einer Sprechstunde; was da an ärztlicher Untersuchung und Behandlung geleistet werden kann, kann man sich denken. Bei der Beschränkung der Apotheken sind im schlimmsten Fall nur Unbequemlichkeiten die Folge. Bei der Beschränkung der Ärzte aber, wie sie jetzt noch vielfach besteht, handelt es sich um die Gesundheit des kranken Arbeiters, um wirkliche Gefahren für die Volksgeundheit. Hier kann der § 56 a wirklichen Segen stiften und

Zustände beseitigen, wie sie himmelschreiender und ungerechter nicht gedacht werden können.

Trotzdem wohl die meisten Klassenmitglieder dringend die freie Arztwahl wünschen, ist diese bisher nur bei ca. 40 Berliner Klassen eingeführt, bei den anderen Klassen scheiterte es bisher an dem Widerstand der betreffenden Vorstände.

Die Entscheidung des Oberpräsidenten zeigt nun den Arbeitern und Freunden der freien Arztwahl einen ganz neuen Weg. Sie müssen mindestens dreißig Unterschriften sammeln (es werden sich in jeder Klasse nicht dreißig, sondern hunderte solcher finden) und dann Petitionen an den Oberpräsidenten schicken mit der Bitte, auf Grund des § 56 a des Krankenversicherungs-Gesetzes alle Ärzte zur Klassenpraxis zu zulassen. Dann wird sich zeigen, ob der Oberpräsident wirklich aus warmer Fürsorge für den kranken Arbeiter die bekannte Entscheidung getroffen, oder aus Parteiliebe für eine schon ohnehin privilegierte Minderheit. Was dem Arbeiter in der Apothekerfrage jubiliert wird, das zu verlangen hat er auch das Recht in der Arztfrage.

**Zur Schulnot im Osten der Stadt.** Aus Elternkreisen gehen und fortgesetzt neue Klagen zu, die die im Osten der Stadt in der Umgebung der Frankfurter Allee und des Viechhofes herrschenden Schulnot aufs greifste beleuchten. Wir haben gestern den Stundenplan einer sechsten Klasse der in der Petersburgerstraße untergebrachten 247. Gemeindefschule mitgeteilt. Heute wollen wir aus unserer Musterfamilie ein paar andere Stundenpläne hinzufügen, die um nichts besser und zum Teil noch schlimmer sind. An der 247. Schule wird in einer vierten Klasse unterrichtet: Montag und Donnerstag 11-2 und 4-6, Dienstag und Freitag 8-11 und 2-5, Mittwoch und Sonnabend 1-6; in einer fünften Klasse: Montag und Donnerstag 9-2, Dienstag und Freitag 8-11 und 2-5, Mittwoch und Sonnabend 11-2; in einer sechsten Klasse: Montag und Donnerstag 11-2, Dienstag und Freitag 11-2 und 4-6, Mittwoch und Sonnabend 8-11 und 2-5; in einer siebenten Klasse: Montag und Donnerstag 11-2, Dienstag und Freitag 11-2, Mittwoch und Sonnabend 8-11 und 3-5; in einer achten Klasse: Montag und Donnerstag 8-10 und 2-5, Dienstag und Freitag 10-2, Mittwoch und Sonnabend 11-2. Wir wiederholen: solche Stundenpläne sind ein Unfug, dem ein Ende gemacht werden muß! Was mag sich eigentlich die Schulverwaltung dabei denken, wenn sie kleine sechsjährige Kinder zwingt, an vier Tagen der Woche bis 2 Uhr in der Schule zu sitzen? Die Kinder kommen, da auf den Schulweg in diesem Stadtteil vielfach  $\frac{1}{2}$  Stunde gerechnet werden muß, nicht vor  $\frac{1}{2}$  3 zum Mittagessen. Mit welchem Erfolge kann wohl in einer Klasse unterrichtet werden, in der die Kinder bis 2 Uhr mit hurrndem Wagen aushalten müssen! Was mag sich die Schulverwaltung ferner dabei denken, wenn sie Kinder jetzt im Winter bis 5 Uhr und selbst bis 6 Uhr in der Schule festhält, wenn sie sie zwingt, im Abenddunkel nach Hause zu gehen, obwohl der Stadtteil in der Nähe des Viechhofes erst zum Teil bebaut ist, die Bürgersteige mangelhaft beleuchtet, noch nicht überall gepflastert und obenin vielfach durch Bouzäume versperrt sind? In der 247. Schule giebt es auch Klassenzimmer, die 10 Stunden hinter einander besetzt sind, weil wegen Mangels an Unterrichtsräumen immer wieder eine andre Klasse hineingeploßt werden muß: erst von 8-11, dann von 11-2, hinterher von 2-4 und zuletzt noch von 4-6. Und in solchen Räumen sollen Kinder und Lehrer nicht krank werden? Diese Zustände sind geradezu ein Skandal!

**Aus Konsumgenossenschaftskreisen** schreibt man uns: Die Herausgabe eines Konsumgenossenschafts-Blattes durch die Groß-einkaufs-Gesellschaft zu Hamburg ist dank dem energischen Vorgehen der sächsischen Konsumvereine gesichert. Diese Vereine sind auch die Gründer der Großeinkaufs-Gesellschaft und wirken in vieler Beziehung auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens vorbildlich. Der Konsumverein „Vorwärts“ in Dresden hat allein 18 000 Exemplare bestellt; die Leipziger Konsumvereine haben ebenfalls in gemeinsamer Sitzung die Beteiligung beschlossen, darunter ist Leipzig-Plagwitz mit 25 000 Exemplaren. Auch weitere 50 mittlere und kleinere Konsumvereine haben sich zustimmend geäußert, so daß bereits eine Auflage von circa 70 000 Exemplaren garantiert ist. Von den Berliner Konsumgenossenschaften und denen der Umgegend stehen bis jetzt zwei der Sache in sympathischer gegenüber; sie sehen darin hauptsächlich ein wirksames Mittel gegen das Unweien der Rabatt-Sparvereine, die sich teilweise als Konsumvereine ausgeben und vielfach auch als solche angesehen werden. Jetzt, wo die Zeit der Auszahlung der Dividende heranrückt, ist mancher Familie bei der herrschenden Arbeitslosigkeit wohl damit gedient, aber den wenigsten ist bekannt, daß die 5 Proz. Dividende, die sie erhalten, über und über bei den Einkäufen bezahlt worden ist. Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß der Privatkaufmann bei seinem Umsatz noch einen Rabatt von 5 Proz. gewähren kann; er muß notgedrungen die Verkaufspreise hinaufschrauben oder aber die Ware in geringerer Güte und verringertem Gewicht abgeben. Zu dieser Erkenntnis ist auch schon ein Teil der Geschäftskreise gekommen, denn man kann vielfach in den Schaufenstern lesen: „Keine Rabattmarken mehr, keine Hebersteuer, reelles Gewicht, gute Ware, verkaufe jetzt meine Ware um 10 Proz. billiger als früher.“ Eine schärfere Beurteilung dieses Systems kann es wohl kaum geben, und daher ist es auch zu begrüßen, daß die hiesigen Konsumgenossenschaften durch das Konsumgenossenschaftsblatt nach dieser Richtung hin aufklärend wirken wollen.

**Goldene Medaillen** spielen in Klammern und Geschäfts-Annoncen seit Jahrzehnten eine hervorragende Rolle. Es wird wohl immer noch mächtig ziehen, wenn zu lesen ist, daß die Parvulus-Mittel-Soumbis in Paris 1900 mit der Goldenen Medaille prämiert sind oder wenn das Gesundheitsforsett des Herrn E. J. diese Auszeichnung sogar mehrfach erhalten hat. Was nun die große Pariser Ausstellung vom vorigen Jahre betrifft, so war sie ja gerade nicht sehr prächtig mit ihren Auszeichnungen; aber soviel Geschmack hatten ihre Veranstalter immer noch, um nicht gerade die am Obdachart geschäftlich interessierten Publikum mit goldenen Medaillen zu überhäufeln. In allen diesen Fällen hatte die offizielle Welt-ausstellung nicht das geringste mit den Prämierungen zu thun; vielmehr ist diese Veranstaltung von zahlreichen Industriellen benutzt worden, um auf eigene Faust Ausstellungen zu etablieren, auf welchen, gegen satueres Geld natürlich, jedermann unbeschens zu einer goldenen Medaille kommen konnte. Wer in den Blättern die zahlreichen Anzeigen beobachtet, in denen immer die Anpreisung „Prämiiert in Paris 1900“ wiederkehrt, der wird bald herausfinden, daß die Unternehmer dieser Schwindelanstaltungen nicht das schlechteste Geschäft gemacht haben müssen. Aber nicht allein in verlotterten Anstalten, auch dabeim im Lande der Ordnung und frommen Sitze, giebt es eigentümliche Ausstellungs-Unternehmungen. Erst im Frühling dieses Jahres war hier unter Leitung eines Herrn Gehoff und einer Frau Oberstaatsanwältin Olga Henke eine Ausstellung für Frauenarbeit infestanz worden. Diese Herrschaften gaben am Schluß des Unternehmens den „Prämiierten“ Ausstellern bekannt, daß sie nur gegen Zahlung einer nicht sehr gering bemessenen Geldsumme zu Diplomen und Medaillen kommen könnten. Auch hier fanden sich Koschler, die keine Kosten scheuten, um später in ihren Klammern damit zu prunken, daß ihre hervorragenden Fabrikate abermals mit Medaillen bedacht worden seien.

**Schul-Bräusebäder** waren im Jahre 1900/1901 in 11 Doppel-Gemeindefschulen vorhanden. Sie wurden von den Knaben 129 994 mal, von den Mädchen 68 473 mal, im ganzen also 198 467 mal benutzt. Für den Betrieb gab die Stadt 8750 M. aus, so daß jedes Bad 4 Pfennige kostete. Der neueste Bericht der sächsischen Schuldeputation hebt wieder hervor, daß „die mit

diesen Bädern gemachten Erfahrungen durchaus günstig sind“. Hierbei fällt uns ein, was im Jahre 1898, als der Magistrat zum erstenmal mit dem Plan der Einrichtung von Schul-Bräusebädern vor die Stadtverordneten-Versammlung trat, gegen diese Neuerung angeführt wurde. Die einen hatten finanzielle Bedenken, die andern pädagogische. Der Stadtverordnete Kreitzing, der jegliche Vorstöße der „Neuen Fraktion der Linken“, wies auf die Kosten hin. „Ich wünsche auch nicht“, sagte er hinzu, „daß solche Verpflichtungen der Mutter oder der Familie abgenommen werden. Ich glaube, wir haben dann nicht mehr die Berechtigung, die Forderung abzulehnen, daß wir auch die Kinder ernähren und bekleiden sollen.“ Pädagogische Bedenken machte der Stadtverordnete Gerstenberg geltend. „Ich bin“, sagte er, „der Ansicht, daß die Vorlage Sachen in die Schule hineinbringt, die nicht hineingehören“; und weiter: „Dadurch, daß die Reinigung an den Kindern vollzogen wird, wird nicht auf sie erzieherisch eingewirkt.“ Herr Gerstenberg ist heute Stadtschulrat und Leiter des Berliner Volksschulwesens. Seinem Vorgänger, dem Stadtschulrat Bettram, war es damals ein leichtes, die lässlichen Scheingründe zu widerlegen. Aber trotzdem wurden die Schul-Bräusebäder (für die die sozialdemokratische Fraktion selbstverständlich von Anfang an geschlossen eintrat) mit großer Mehrheit abgelehnt. Erst 1894 bekam dann Berlin endlich das erste Schul-Bräusebad. Es hat einen gewissen Reiz, sich solche Vorgänge einmal wieder ins Gedächtnis zurückzurufen. Sie zeigen recht anschaulich, welche Schwierigkeiten von freisinniger Seite jeder Neuerung auf dem Gebiete des Berliner Volksschulwesens bereitet worden sind, und mit welchen Oberflächlichkeiten die Gegner ihren ablehnenden Standpunkt zu begründen versucht haben.

**Die Apothekerpreise.** Die Differenz zwischen den Preisen, zu denen die Einhorn-Apothekerei die Medikamente der Magistral-formeln kauft, Krankenhäusern etc., anbietet und den Preisen, zu denen dieselben den Krankenkassen von den Apothekern berechnet werden, ist zum Teil noch größer, als unsere bisherigen Mitteilungen ergaben, indem zu den gestern bezeichneten Preisen noch die der Gefäße kommen; inll. Gefäße werden für Krankenkassen berechnet. Vorratsumsatz 107 Pf. (dagegen Vorratsumsatz Liste 40 Pf., resp. bei 10 Flaschen 35 Pf.), lösende Nigur 85 Pf. (20 Pf. resp. bei 10 Flaschen 17 1/2 Pf.), Zinköl 66 Pf. (20 Pf. resp. bei 10 Flaschen 17 1/2 Pf.), Zinkpulver 123 Pf. (35 Pf. resp. bei 10 Flaschen 30 Pf.). Die Vorratsumsätze für Arzneien etc. betragen also noch nicht den dritten Teil der den Kassen berechneten Preise, ja bei einzelnen Medikamenten noch nicht den vierten Teil. Im Durchschnitt entsprechen sie einem Rabatt von 66,9 Proz. auf die Arzneien, bewilligen also Ärzten etc. noch mehr, als die zugelassenen Apotheken von ihrer Kasseneinnahme an ihre hospitalisierten Kollegen abgeben. Aber während der Apothekerverein erklärt, daß der Verdienst der zugelassenen Apotheken nicht 60 Proz. betrage, sondern daß diese nur ihren hospitalisierten Vereins-genossen diesen Anteil opfern, bietet Herr Bernart den Ärzten etc. 66,9 Proz., wobei er doch kein Opfer bringen, sondern noch verdienen will. Auch andre Apotheken gewähren Ärzten, Krankenhäusern etc. zum Teil mehr als 50 Proz. Rabatt auf die Arzneiliste. Vor uns liegt „Prospekt und Preisliste für Arzneien, Krankenhäuser, Hospitaler der Kronen-Apothekerei von Dr. Hommer, Friedrichstr. 100“. Derselbe enthält ebenfalls viele Preise weit unter der Hälfte der den Kassen berechneten preishohen Maximal-Preise etc., die Pillen der Magistral-formeln weit unter den vierten Teil. Nur die Kassen der Arbeiter sollen die vollen Preise der amtlichen Maximalpreise bezahlen.

**Die Arbeitslosigkeit.** Bei der Landes-Versicherungsanstalt Berlin betrug im Monat Oktober 1900 der Erlös aus dem Verkauf von Beitragsmarken 448 712 M., d. h. rund 20 000 M. mehr als im Oktober dieses Jahres. Auch im Monat November ist der Erlös aus dem Verkauf von Beitragsmarken zurückgegangen. Ein Zeichen, daß die Lage des Berliner Arbeitsmarktes sich verschlechtert hat. Im September dieses Jahres betrug die Mindereinnahme rund 6000 M.

**Eine gefährliche Stelle.** In der Großen Frankfurterstraße, ziemlich an der Ecke der Koppensstraße, steht eine alte zwei-ständige Bedürfnisanstalt, die sich von andern ihrer Art dadurch unvorteilhaft auszeichnet, daß ihr die Saugpumpe vor dem Eingange fehlt, eine solche augenscheinlich auch nie vorhanden war. Jedenfalls verziehen sich Lex-Heimgemäuer und sonstige Vertreter öffentlicher Sittlichkeit nicht nach dem Osten Berlins, denn sonst wäre wohl der Einblick in die Anstalt, der den hier in sehr großer Zahl verkehrenden Straßenpassanten ungehindert geboten wird, verdeckt worden. Noch mehr aber ist zu bewundern, daß sich an dieser Stelle noch keine Unglücksfälle ereignet haben. Gelegenheit dazu ist eben Augenblick gegeben, denn wenn man nur einen Schritt aus der Anstalt heraustritt, so befindet man sich im Geleise der Straßenbahn, die hier mit erheblicher Schnelligkeit vorbeifährt. Offenheit genügt dieser Hinweis, um die Schaffung geeigneter Schutzvorrichtungen zu verantworten, ehe ein Unglück geschieht.

**Die Eröffnung des neuen Pergamon-Museums** steht, wie verlautet, im Laufe dieses Monats bevor. Die von Prof. Dr. Winnefeld geleitete Aufstellung ist im wesentlichen vollendet, und die zur Eröffnung noch erforderlichen Arbeiten werden in etwa acht Tagen fertig sein. Mit der Eröffnung des Museums wird die Aufstellung der von Prof. Adolf Hirt geschaffenen Marmorbüste des vereinigten Ingenieurs Karl Humann verbunden, dem wir die gewaltigen Reliefs-funde vom Heilsalter bei Pergamon verdanken.

**Ueberraschende Beschädigungen von Droschken** sind auf dem Droschkenhalfterplatz am Bahnhof Alexander-Platz in den letzten Wochen wiederholt verübt worden, ohne daß es gelungen wäre, die Täter zu erwischen. Es wurden in zwei Fällen die Sighissen vollständig zertrümmert. Da der böshafte Streich beide Male auf demselben Halfterplatz und gegen denselben Täter verübt wurde, so liegt die Annahme nahe, daß auch der Täter in beiden Fällen ein und dieselbe Person war.

**Die Große Berliner und ihre Angestellten.** Die Schaffner der Straßenbahn werden zur Zeit durch einen „Dienstfest“, der die Nummer elf trägt, beunruhigt. Daraus ist der Schaffner verpflichtet, sich vor dem Beginn der ersten Fahrt von der Brauchbarkeit aller Achse und Zubehörsstücke seines Wagens zu überzeugen, eine Aufgabe, die technisch mit dem besten Willen nicht gewissenhaft durchführbar ist. Doch das läßt die Direktion nicht. Der „Besuch“ dauert weiter, daß der Schaffner alldam bis zur Beendigung des Dienstes für die gute Beschaffenheit des Wagens verantwortlich, sowie für sachliche Beschädigung des Wagens bei eigener Verschuldung im vollen Umfang ersatzpflichtig ist. Auch wird der Schaffner für die Vollständigkeit und gute Beschaffenheit der Wagenzubehörsstücke haftbar gemacht. Was das bedeutet, geht aus dem Umstand hervor, daß einzelne Inventarsätze sehr teuer sind und bis zu 24 M. im Preise stehen.

**Die Wärmehallen** am Alexanderplatz sollen heute eröffnet werden.

**In den Räumen des Berliner Arbeitervereins für Obdachlose** nächstgigen während des Monats November 20 787 Männer und 5983 Frauen. Arbeitsnachweis erteilt der Verein für Männer Eisenstraße 55/59, für Frauen Fäßlerstr. 5.

**Die „gelbe Rosette“.** Der Leiter der hier kürzlich errichteten „Internationalen Arbeiter-Association“, Namens S. D. u. S. H., ist, wie ein Blatt aus Hannover meldet, dort unter dem Verdacht, Betrügereien und Unterschlagungen begangen zu haben, verhaftet worden. Er hatte hier in Berlin eine Filiale seines Ermittlungsbüreaus in der ersten Etage des Hauses Lindenstr. 82 errichtet; noch vor kurzem ließ er an die Anschlagtafeln Plakate anheften, welche die „Internationale Arbeiter-Association“ trugen und die „Veranten“ der Internationalen Arbeiter-Association zur sofortigen Befragung von sämtlichen Ermittlungen und Auskünften anriefen. An der Postage Unter den Linden hielten sich die Organe des Herrn S. auf und waren durch das Tragen einer gelben Rosette kenntlich. Sie erhielten eine monatliche Gage von 95 M., mußten aber eine Kaution von 300 M. stellen. S. D. u. S. H. soll nun die bei ihm gestellten Kautionen teilweise zu seinem eignen Nutzen verwandt haben, und auch mit

mehreren Geschäftleuten Beziehungen angeknüpft haben, die ein betrügerisches Gebahren vermuten ließen.

**Im Gerichtssaal verhaftet** und in das Untersuchungs-Gefängnis abgeführt wurden gestern die Schüler Wilhelm Halberstadt, Max Projahn, Wlth Röska und Johann Barthold aus Rixdorf, die sich wegen schweren Diebstahls und Hehlerei vor dem Landgericht II verantworten sollten.

Halberstadt wohnt zu Rixdorf in der Pietenstr. 22. In demselben Hause mit dem Kaufmann Krotop. Diesem kamen im Juli dieses Jahres aus einer ledernen Geldtasche 36 M. abhanden. Krotop hatte die Angewohnheit, seine gefüllte Geldtasche auch bei offenem Fenster in einem Nebenzimmer seiner im Erdgeschoß gelegenen Wohnung an der Thür hängen zu lassen. Das wußte Halberstadt, weil er früher einmal bei Krotop beschäftigt gewesen war. Der Verdacht, die 36 Mark gestohlen zu haben, fiel daher gleich auf den Burschen. Bei seiner polizeilichen Vernehmung war der Beschuldigte auch gesändig. Er gab an, daß Projahn ihn zu dem Diebstahl angestiftet habe und daß sie sich mit Röska und Barthold die Beute geteilt hätten. Auch die Mitangeklagten hatten das alles vor der Polizei reumütig eingestanden, vor Gericht aber bestritten sie mit Ausnahme des Halberstadt ihre Schuld mit allen möglichen Behauptungen, die ihnen augenscheinlich von irgend jemandem eingebracht worden sind. Der Gerichtshof sah sich daher genötigt, die Verhandlung zu vertagen und zu einem neuen Termin den Polizeibeamten zu laden, der die Beuge vernommen hat. Um aber eine weitere Verdunkelung des Tatbestandes zu verhüten, beschloß er, alle vier Angeklagten zu verhaften und in Untersuchungshaft zu setzen.

**Königliche Nachrichten.** Die Hauptverhandlung gegen den Rechtsanwalt Sonnensfeld wegen Verleumdung des ersten Staatsanwalts Schwegler in Königs ist auf Montag, den 9. d. Mts., vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I angelegt. Bei der Verleumdung handelt es sich um die Wiedergabe einer Äußerung, die Rechtsanwalt Sonnensfeld in der Verhandlung gegen Moriz Lewi als dessen Verteidiger gemacht hat.

**Ein Schreckensbild.** Am Donnerstagmittag wurde die Feuerwehre nach der Kallowsstr. 6 gerufen, dort beabsichtigte eine geistes-kranke Frau sich aus dem vierten Stock zu stürzen. Die Hausbewohner waren der Frau gegenüber, die sich schon auf den Fenstervorsprung begeben hatte, ohnmächtig und da auch die Polizei nichts thun konnte, schritt die Feuerwehre ein und brachte die Frau zunächst in ihre Obhut und dann nach dem 56. Polizeirevier, das für die Ueberführung nach der Neuen Charité sorgte.

**Eine Bataillon-Kasse** gestohlen. Bei dem Füsilier-Bataillon des 3. Garde-Regiments z. F. wurde in letzter Nacht mittels Einbruchs in das Geschäftszimmer die Bataillon-Kasse gestohlen. Von dem Thäter, dem etwa 800 M. in die Hände gefallen sind, fehlt bis jetzt jede Spur.

**Die „stinkende Feuerwehre“.** Auf eine ungewöhnliche Schwierigkeit beim Löschen eines Dachstuhlbrandes auf dem Grundstück Markgrafstraße 29 stieß gestern, Donnerstagnachmittag die Feuerwehre. Der Dachstuhl des genannten Hauses dient der dortselbst domizilierten Firma J. F. Schwarzlose Söhne als Lagerraum, in welchem große Mengen Kartons für Seifen, Parfümerien, sowie verschiedene Drogen u. a. mehrere Centner Klebpulver aufbewahrt werden. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr brach in dem Duergebäude ein Brand aus, der jedoch schnell erlosch. Auf den Generalalarm traf in kurzer Zeit von dem Depot in der Lindenstraße ein Löschzug ein, und da die Verqualmung nur sehr mäßig war, so konnten die Feuerwehrenteile mit Leichtigkeit dem Brandherd nahe kommen. Hier fanden sie jedoch ein ganz unerwartetes Hindernis. Durch das verbeerende Element waren mehrere Beutel Klebpulver beschädigt worden und das Zeug flog in der Luft umher, setzte sich in den Rufen fest, und unter den Feuerwehrenten begann nun ein allgemeines Niesen. Ueber die Handstuppe drang der feine Staub in die Wohnungen und auf den Hof, und bei allen, welche diese mit Klebpulver geschwängerte Luft durch die Nase einatmeten, machte sich die gleiche explosive Wirkung bemerkbar. Erst durch eine tüchtige Besprengung konnte verhindert werden, daß das Pulver weiter seine unangenehme Wirkung ausübte.

**Feuerbericht.** Wegen eines kleinen Dachstuhlbrandes wurde die Wehr Donnerstagnachmittag nach Wilmannsstr. 4 gerufen. Ein Klempner, der auf dem Dache löstete, hatte mittig bei seinem Herumgange sein mit glimmenden Kohlen angefülltes Kohlenbeden auf dem Dache stehen lassen und dadurch den Brand verursacht, der indes große Ausdehnung nicht erlangte. Kurz vorher brannte Adlerstr. 47 der Fußboden und die Balkenlage.

**Passage-Theater.** Wenn es richtig ist, daß man die Verhütung einer Person erst dann als Thatsache hinhinnehmen darf, wenn sie parodiert worden ist, dann hat die japanische Künstlerin Saba Hacco sicher den Gipfel des Ruhmes erreicht. Denn dieser exotischen Dame läuft die Parodie nach. Raum ist die Schauspielerin aus Paris hier angekommen, so hat auch schon eine Madame Hourda von dort sich hier eingestellt, um die Sterbeline, in der die Japanerin naturalistisch glänzt, naturgetreu nachzuahmen. Dies gelingt der Pariserin im Passage-Theater denn auch ersahrend schon, und der Beifall, den sie durch ihr überstolzes verzerres Spiel erntet, mag wohlbedeutend sein. Weiter verdienen aus dem reichhaltigen Programm der Bühne die gefalligen Tanzkünstlerinnen Smarantse genannt zu werden; durch Akrobatentänze zeichnet sich die Familie Harrison aus. Selbstverständlich kann kein Variété, das etwas auf sich hält, heutigen Tages ohne Aufhebung und Ueberbrettel bestehen. Die Sängerinnen Hella v. Schmidt und Lotte Sedus pflegen, beide in ihrer Art verschieden, diese nun einmal unentbehrlichste Art von Gesangs-kunst.

#### Aus den Nachbarröcken.

**Lohnabzüge** sind auch in der königlichen Artillerie-werkstatt zu Spandau an der Tagesordnung. Die Abzüge betragen zumeist  $7\frac{1}{2}$  Proz., zum Teil gehen sie noch weit darüber hinaus. Die Klagen der hieron betroffenen Arbeiter veranlassen den Arbeiterausschuß in diesem Betriebe, beim Direktor Major Hirschberg vorstellig zu werden; die Arbeiter erwarteten, daß hierdurch eine Regelung der ganzen hinterbunden Lohnverhältnisse herbeigeführt würde; der Direktor aber ließ den Ausschuß mit seinen Wünschen unbeachtet. Der Arbeiterausschuß, der sich löblicherweise nicht nur als Delatorat für die sozialreformistische Thätigkeit des Herrn Majors betrachtete, legte darauf einmütig sein Amt nieder. Am letzten Montag wurden nun die Wahlen zu diesen Kernern erneut vorgenommen. Das Resultat war, daß sämtliche elf früheren Mitglieder einstimmig wiedergewählt wurden. Der Direktor läßt jedoch diese Wahl nicht gelten; aus welchen Gründen, weiß man nicht, man kann es höchstens erraten. Die vorgelegte Behörde scheint ebenfalls Interesse an dem Ausfall der Wahlen gefunden zu haben, denn der Inspektor hat sich persönlich Informationen hierüber eingeholt.

Wie weit die den klagenden Arbeitern gegenüber von den Meistern und Angestellten gemachten Behauptungen zutreffen, wonach die Lohnabzüge auf direkten Befehl von oben vorgenommen werden, kann man natürlich nicht wissen, nur passen die Abzüge schlecht in eine Zeit, in welcher der Arbeiter bedeutend erhöhte Aufwendungen für Wohnung und Ernährung machen muß.

Ist die Direktion dieses königlichen Betriebes solchertweise bemüht, dafür zu sorgen, daß dem Arbeiter nicht zu wohl werde, so tragen die vielen Strafen dazu bei, den Arbeitern klar zu machen, welche große Sünden sie doch eigentlich sind. Zwei Arbeiter, die an einem stillen Orte in eine Zeitung sich vertieft hatten, wurden von Major in eigener Person festgesetzt und zu je 75 Pfennigen Strafe verurteilt. Nach einer vor kurzer Zeit ergangenen Bekanntmachung der Direktion sind 18 Personen wegen der verschiedensten „Vergehen“ bestraft worden. Wiederholt sich bei den einzelnen Arbeitern diese Bestrafung, so kann auch die Entlassung ausgesprochen werden. Vielfach waren die in Spandau beschäftigten Arbeiter noch hurratriotisch gestimmt. Mit der Zeit hat sich aber und nicht zum

ausglichen aus Anlaß der gekündigten Art von Behandlung, ein sehr bemerkbarer Wechsel zum Besseren vollzogen.

**Charlottenburg.** Ueber die Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen in den Jahren 1899 und 1901 veröffentlicht das Statistische Amt der Stadt Charlottenburg nachstehende interessante Daten. Im Jahre 1899 betrug die Zahl der wahlberechtigten Personen 28 875, von welchen 8924 bei der Wahl ihre Stimme abgaben. Die Beteiligung betrug demnach 30,91 Proz. Im Jahre 1891 waren 31 919 Personen wahlberechtigt, 12 061 Stimmen wurden abgegeben, mithin betrug die Beteiligung 37,69 Proz. 1899 waren in der ersten Wählerabteilung 251 Personen wahlberechtigt, von denen 164 oder 65,3 Proz. ihr Wahlrecht ausübten. In der zweiten Wählerabteilung waren in demselben Jahre 1205 Personen wahlberechtigt, von denen 704 oder 58,38 Proz. zur Wahl erschienen, und in der dritten Wählerabteilung gaben von 28 875 Wahlberechtigten 8058 oder 27,93 Proz. ihre Stimmen ab. Bei den jetzt stattgehabten Wahlen waren in der ersten Abteilung 520 Personen wahlberechtigt, die Beteiligung bei der Wahl betrug 301 oder 57,88 Proz.; in der zweiten Abteilung beteiligten sich von 3834 Wahlberechtigten 1891 Personen oder 49,32 Proz. an der Wahl, in der dritten Abteilung von 31 919 dagegen nur 9839 oder 30,70 Proz. an der Wahl. Die Beteiligung bei den Stadtverordnetenwahlen ist nach diesen Ziffern in der ersten Abteilung um 7,42 Proz., in der zweiten Abteilung um 5,04 Proz. heruntergegangen, in der dritten Abteilung dagegen um 6,22 Proz. gestiegen.

**Schulzustände in einem Berliner Vorort.** Aus Pankow schreibt man uns: Einen interessanten Einblick in die Verhältnisse der hiesigen Volksschulen empfing man in der letzten Gemeindevorstandssitzung. Aus Anlaß der Einstellung von zwei Stellen für Lehrer und zwei für Lehrerinnen, welche durch die Gemeindevertretung bewilligt werden sollten, führte ein Mitglied der Schuldeputation unter anderem aus, daß die am Orte befindlichen vier Schulen überfüllt seien, daß speziell in der Schule in der Kaiser Friedrichstraße in jeder Klasse über 70 Schüler seien, und daß ferner aus einer Mädchenklasse, um Platz zu schaffen, die Mädchen in eine Knabenklasse gebracht werden mußten, trotzdem diese auch schon überfüllt war. Schweigend hörten die bürgerlichen Vertreter dieser Selbstverwaltung zu und der Amtsvorsteher Gottschalk konstatierte, daß nach dem Gehörten wohl niemand gegen die Einstellung der neuen Lehrkräfte sei.

Wir können der Schuldeputation noch verraten, daß der Kreis-Schulrat sich bei seinen letzten Besuchen sehr unwillig über die ungenügende Heizung der Schulräume äußerte. Auch wurden in der Klasse 2a der Mädchenschule in der Breitenstraße zwei Bänke geräumt, weil sie keine Kälteheile hatten; die Kinder wurden nun um so enger auf den übrigen Bänken zusammengepfercht. Diese Mißstände sind bisher, aus Geldmangel, wie es heißt, nicht beseitigt worden. Die Realschule hat genug leere Räume. Warum können hier nicht einige Gemeindevorschläge untergebracht werden?

**Aus Zehlendorf** schreibt man uns: Wenn auch nicht öffentlich, so hat man in der Gemeindevertretung doch hinter den Coulissen jetzt zu der Wahl eines Gemeindevorstehers Stellung genommen. Die Sitzung am Samstag sollte besonders interessant werden, die Erschienenen mußten jedoch mit langen Gesätern abziehen, denn die Tagung wurde im letzten Augenblick abgesagt. Nur durch Zufall erfuhren wir, daß die Sitzung auf Dienstag verschoben war. An diesem Tage sprach man in der Gemeindevertretung nun sehr lange über kirchliche und Pfarrhaus-Angelegenheiten, um dann in die Jurisdiktion und Angelegenheit der Wahl eines Gemeindevorstehers abzukommen. Der jetzige Vorsteher, Herr Schwickler war nicht zugegen. Es lagen Anträge vor, wonach der Posten nicht mehr als Ehrenamt, sondern besoldet verwaltet werden soll und zwar wird eine juristisch gebildete Person verlangt. In diesem Sinne wurde denn auch gegen die eine Stimme des Herrn Zehlendorf beschlossen. Drollig ist, daß auf eine Anfrage dieses Herrn, ob denn auch Herr Schwickler in seine Abtänkung „einwillige“, geantwortet wurde, daß eine Kommission ihn auf das Ende seiner Amtsverwaltung vorbereiten soll. Auch soll dem Herrn ein „Ehrenruhegehalt“ bewilligt werden.

**In Johannisthal** hat die Gemeindevertretung schon mehrfach Konflikte mit dem Gemeindevorsteher gehabt, weil dieser die Sitzungen nicht ordnungsgemäß einberuft. Nach einstündiger Debatte, zu der ein Antrag unseres Parteigenossen Mann die Anregung gab,

versprach der Vorsteher in der letzten Sitzung, sich streng nach den gesetzlichen Bestimmungen zu richten. Die Sitzungen sollen, von dringenden Fällen abgesehen, nunmehr regelmäßig jeden zweiten Donnerstag im Monat stattfinden. Wie schleppend die Geschäfte gehen, beweist der Umstand, daß die als siebenter Punkt auf der Tagesordnung stehende Rechnungslegung für 1900 zurückgestellt wurde. Die Bauordnung für Johannisthal, welche landhausmäßige Bebauung vorschreibt, soll nach Beschluß der Gemeindevertretung derart umgeändert werden, daß auch Fabriken am Orte errichtet werden können. — Der Konflikt wegen des Konfirmationsunterrichts scheint von neuem aufzuleben. Der Prediger Schlicht in Rudow lehnt es ab, zum Unterricht nach Johannisthal zu kommen und auch das Konfirmationsfest auf seiner Seite. In Johannisthal sind die in Betracht kommenden Eltern daher der Ansicht, daß sie ihre Kinder nicht den Gefahren aussetzen dürfen, die ihnen auf dem weiten Wege nach Rudow drohen und sie daher am besten thun, wenn sie die Kinder vom Unterricht fernhalten.

### Gerichts-Beitrag.

**Schwer bestraft** wurden zwei Straßenarbeiter, Franz Karbig und Karl Reschle, welche gestern unter der Beschuldigung der Rötigung vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II standen, weil sie sich an ihrem Schachmeister vergreifen haben sollten. Beide arbeiteten an der Straßenregulierung in der Preussischen Straße zu Deutsch-Wilmersdorf. Da sie an einer andern Straße der dortigen Straßenregulierung löhnernde Beschäftigung finden konnten, so legten sie am 16. April in der Preussischen Straße die Arbeit nieder und verlangten von dem Schachmeister noch ihre Legitimationspapiere und die Auszahlung des Lohnes der letzten Arbeitstage. Die Papiere erhielten sie, wegen des Lohnes erhielten sie aber den Bescheid, sie sollten sich ihn am Jahltage, dem nächsten Sonnabend, holen. Sie drangen darauf mit den Worten auf ihn ein: „Du Hund, wir schlagen dich tot, wenn Du uns das Geld nicht gibst!“ Das Urteil lautete gegen Karbig auf einen Monat, gegen Reschle auf sechs Wochen Gefängnis.

### Vermishtes.

**Unheimliche Messerattentate,** die selbstmörderisch gegen Männer gerichtet sind, werden seit einigen Tagen allabendlich in Kiel berichtet. Vorgestern nacht ver wundete der Attentäter zwei Straßenpassanten. Sonderbar ist, daß die Verletzten erst nach Mitternacht ihrer Verwundungen bewußt werden, die in allen Fällen von einem sehr scharfen Instrument herrühren müssen. Dieser Umstand hat bisher die Ergreifung des geheimnisvollen Verbrechers erschwert. Spätabends wurde vorgestern ein Maler Jastrow, unter dem dringenden Verdachte, der Attentäter zu sein, verhaftet. Er wurde in einer Damenvorstube aufgesperrt. Der Maler, der ein offenes Messer bei sich führte, konnte sein Alibi während der vorgestrigen Attentate nicht nachweisen.

**Aus Stuttgart** wird berichtet: Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde der Kolporteur Eugen Winkler aus Altkoch bei Eßlingen, der dringend verdächtig ist, die am 23. November hier selbst mit durchschmittener Gasse aufgefundene Babette Wirth ermordet zu haben, verhaftet.

**Die Ehebrecherin** des großherzoglich Hessischen Paares soll, wie die Blätter berichten, in Darmstadt durch einen besonderen Senat des dortigen Ober-Landesgerichts ausgesprochen werden.

**Der bekannte „Riftenfahrer“** Zeitung, jener Schneidergeselle aus Wien, der sich zu verschiedenen Malen auf weiten Strecken als Prädikat in einer Kiste befördert hat, ist jetzt bei weitem übertritten worden, und zwar von einem aus Budapest stammenden Schriftsetzer, der in dieser außergewöhnlichen Weise sogar eine Fahrt über den Ocean gemacht hat. Am 2. Dezember wurde in Hotoles auf dem Hamburger Dampfer „Palatia“ ein dem Tode naher Mann entdeckt. Derselbe hatte die letzten Tage während der Reise in einer Kiste verborgen zurückgelegt. Der Mann konnte nicht sprechen und wurde nach einem Krankenhaus gebracht, wo er so weit wieder auflebte, daß er sagen konnte, sein Name sei Johann Beck, und er habe bis vor einem Jahre in Budapest gelebt;

dann wurde er wieder bewußtlos. In der Kiste wurden Briefe gefunden, welche in deutscher Sprache abgefaßt waren und die Adresse „Mein lieber Hans“ enthielten, und ferner ein Brief, der die Adresse enthielt: „Johann Beck, Buchdrucker, Langestraße 23, St. Pauli“. Wann und wie der Mann in die Kiste gekommen, ist noch nicht bekannt.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „**Kommunalen Praxis**“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt (Dresden, Verlag Kaden u. Comp.), ist uns soeben die Nr. 21 des 1. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:  
Zur Frage der Unterfütterung von Baugewerkschaften. — Gemeinde und Schankkonzession. — Kommunales Wahlrecht (Ein ungeklärter Zustand. — Die 4 Markt-Räumer). — Kommunalwahlen. — Arbeiterverhältnisse (Städtische Arbeitsvermittlung in Frankfurt a. M. — Die Gemeinde und die Arbeitslosigkeit. — Wohnungswesen (Hausbesitzer und Baugewerkschaften. — Ein großes Streiflicht auf das Treiben gewisser Grundbesitzerkreise. — Arbeiterwohnungen in Wiesbaden). — Finanzwesen (Kommunale Sparkassen und Genossenschaften). — Steuerwesen (Zur Frage der Umsatzsteuer im Königreich Sachsen. — Zur Umsatzsteuer in Wahren bei Leipzig). — Aus den Gemeindevorstellungen (Eingekauft). — Rechtsprechung (Gemeinde-Vormundschaft. — Die Warenhaus-Steuer vor dem Oberverwaltungsgericht. — Das Bürgerrecht in Dresden).  
Die „**Kommunale Praxis**“ erscheint monatlich zweimal. Preis vierteljährlich 1 M. (eingetragene in der Postzeitungsliste für 1901 unter Nr. 4019 a, 4. Nachtrag).

„**Das Gewerbegericht**“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbevereine. Verlag von Georg Reimer in Berlin. Die Zeitschrift enthält in Nr. 3 des 7. Jahrganges außer der Redaktionsredaktion in deutschen Gewerbevereinen (Dresden, Frankfurt a. M., Kiel, Charlottenburg), anderen deutschen Gerichten (Kommergericht, Straßburg) u. a.: Staatliche und kommunale Gewerbevereine. I. Die Beschränkung des tgl. Gewerbegerichts Södingen durch kommunale Gewerbevereine. Von Gewerbevereine-Sekretär Uebeke. II. Die Ausdehnung des tgl. Gewerbegerichts Köln. — Einigungsämter: Erwählung der Einigungsämter in Neu-Seeland. — Recht des Arbeitsvertrages: Anrechnung der Familienunterstützung etc. — Schutzentschädigung der Reservisten. — Allgemeines: Neues Musterstatut für Gewerbevereine. — Gewerbevereine-Statut mit Verhältniswahl für Frankfurt a. M.

„**Der Arbeitsmarkt**“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte, Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 5 des 5. Jahrganges unter anderem: Lohnvereinbarungen und Arzte. — Der Markenerwerb bei der Invalidenversicherung als Maßstab für den Beschäftigungsgrad der Arbeiter. Von Dr. W. Freund. Tabelle. Markenerwerb Januar bis Oktober 1900 und 1901. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Landwirtschaft (Arbeitslosigkeit in der Gärtnerei); Edelsteine (Reise in der niederländischen Diamantindustrie); Berggewerbe (Der Arbeitsverbrecher über Karlsruhereinbarungen). — Statistisches Monatsmaterial: Internationale Statistik. Bilanzurteile. — Haushaltungsfragen. Konsum: Lebensmittelpreise im Oktober. — Arbeitslosen-Fürsorge: Notstandsarbeiten. Arbeitslosen-Zählungen. Arbeitslosigkeit in Berlin. — Mitteilungen aus deutschen Arbeitsnachweis-Verbindungen.

**Die Lage der weiblichen Dienstboten in Berlin.** Von Dr. Oskar Stille. Berlin und Bern. Akademischer Verlag für sociale Wissenschaften Dr. John Debes. Preis geb. 5 M., geb. 7,50 M.

**Almanach des Coopérateurs Belges** für 1902. Preis 15 Cts. 2. Bertrand, Brüssel.

**Die Metalle.** Von Prof. Dr. R. Scheid. Reich illustriert. Geb. 1 M., gebunden 1,25 M. („Aus Natur und Geisteswelt.“ Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 29. Bändchen. Verlag von W. G. Deubner in Leipzig.

### Witterungsübersicht vom 5. Dezember 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Temperatur
	hoh. mm	Wind	Witterung	Temp. in C.		hoh. mm	Wind	Witterung	Temp. in C.
Eintrübende	771	W	1 heiter	-4	Daparanda	756	R	2 Nebel	-9
Hamburg	772	W	2 bedeckt	-1	Petersburg	765	W	1 Schnee	-14
Berlin	772	W	2 bedeckt	-2	East	780	W	7 bedeckt	10
Konstanz	771	W	2 wolkenlos	-2	Aberdeen	-	-	-	-
Wien	770	W	2 wolkenlos	-4	Paris	770	R	1 heiter	-3
Alten	772	W	1 bedeckt	0					

**Wetter-Prognose für Freitag, den 6. Dezember 1901.**  
Bislich heiter, am Tage etwas wärmer bei mäßigen südlichen Winden; feine oder unregelmäßige Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau.

## Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer

Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 8. Dezember 1901, vormittags 10 Uhr:  
**Ordentliche Mitglieder-Versammlung**  
in den Borussia-Sälen, Adlerstraße Nr. 6/7.  
Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Diskussion über Anträge zwecks Änderung des Vereinsstatuts, event. Beschlußfassung hierüber. 2. Beschlußfassung über eingelaufene Anträge. 3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Um recht zahlreichen Besuch dieser Versammlung bitte!  
Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
Bureau: SO., Engelauer 15 (Gewerkschaftshaus). Fernspr.: Amt 7 Nr. 3268.  
**Fürsten- und Pinsel-Arbeiter!**  
Sonntag, den 7. Dezember 1901, abends 8 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Berichtserstattung über die Information der Werkstätten für Unfallschutz. 2. Unsere Arbeitsverhältnisse. 3. Verschiedenes.  
NB. Die in obengenannter Werkstätte Beschäftigten sind zu dieser Versammlung eingeladen. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht 128/10  
Die Branchen-Kommission.

## Versammlung der Einseher

Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 10 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 8.  
Tages-Ordnung: Fortsetzung der Diskussion der letzten Versammlung.  
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Die Beschlüsse sind an diesem Tage aus.  
Die Kommission.

## Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, 8. Dezember, abends 7 Uhr,  
im Lokal von Raddatz (Königstadt-Kasino), Holzmarktstr. 72:  
Vortrag des Herrn Dr. Otto Juliusburger:  
**Geistesranke u. Geisteskrankheiten einst und jetzt.**  
Nach dem Vortrage: 5/10\*  
Gemütliches Beisammensein und Tanz.  
Eintritt 20 Pfennig. Garderobe frei.

## Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin I.)  
Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Graumann, Rannysstraße 27:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht von der letzten Vorstandssitzung. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsgegenstände.  
Die Ortsverwaltung.

## Bäckerei-Genossenschaft „Volksbrot“.

(Eing. Gen. mit beschr. Haftstf.)  
Sonntag, den 15. Dezember 1901, vormittags 10 Uhr, in Berlin, im kleinen Saal d. Handwerkervereins, Sophienstraße 15:  
Erste ordentliche General-Versammlung  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresrechnung und Geschäftsbericht für 1900/1901. 2. Beschlußfassung über Gewinn und Verlustrechnung für 1900/1901 und Entlastung. 3. Festlegung des Gesamtbetrages, den die Mitglieder der Genossenschaft nicht überschreiten sollen. 4. Änderung der Statuten. 5. Ergänzung des Aufsichtsrates. 6. Verschiedenes. 2422  
Berlin, 5. Dezember 1901.  
Bäckerei-Genossenschaft „Volksbrot“ eingetr. Genossensch. m. beschr. Haftstf.  
Der Vorstand:  
Robert Kühn, Paul Schlitz, Duncker, August Bartow, Georg Wendling.

## Achtung!

Es findet nachher eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung der Krankenkasse statt.  
Tages-Ordnung:  
1. Regelung der Herzfrage. 2. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
183/12 Die Erbverwalter.

## Gelegenheitskäufe!

Paletots, Kaiserwäntel, Joppen, Hüte, Perlen und Knaben-Knäuel, Koffer, Operngläser, Teppiche, Kessel, Revolver, Leuchtgas, Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reichzeuge, Darmontia, Gelben, Sittchen usw. 27039\*  
zu spottbilligen Preisen.  
**Gustav Lucke,**  
Berlin, 131 Draußenstr. 131.

## Sterbekasse für Frauen

von Mitgliedern der Central-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler. (Örtliche Verwaltung Berlin F.)  
Sonntag, den 8. Dezember 1901, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Kemmann, Brunnenstraße 150:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Statutenänderung. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. Das Mitgliedsbuch der Frauen-Sterbekasse legitimiert.

## Achtung!

Es findet nachher eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung der Krankenkasse statt.  
Tages-Ordnung:  
1. Regelung der Herzfrage. 2. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
183/12 Die Erbverwalter.

## Gelegenheitskäufe!

Paletots, Kaiserwäntel, Joppen, Hüte, Perlen und Knaben-Knäuel, Koffer, Operngläser, Teppiche, Kessel, Revolver, Leuchtgas, Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reichzeuge, Darmontia, Gelben, Sittchen usw. 27039\*  
zu spottbilligen Preisen.  
**Gustav Lucke,**  
Berlin, 131 Draußenstr. 131.

## Achtung! Vergolder. Achtung!

Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Filiale Berlin.  
Montag, den 9. Dezember 1901, abends präzis 8 Uhr, in den Krümmhallen, Kommandantenstr. 20 (großer Saal):  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung von der Maschine. 2. Wie stellen sich die Kollegen Berlin zur Unterstützung der arbeitslosen Kollegen? 3. Verschiedenes. 226/10  
In Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung erwartet einen zahlreichen Besuch  
Der Vorstand.

## Centralverband der Maurer

(Zahlstellen Berlins und Umgegend).  
**Fünf Mitgliederversammlungen**  
Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 10 Uhr, für Westen im Könißhof, Könißhofstr. 37, für Noabit im Lokal des Herrn Fischer, Waldstr. 8, für Norden im Lokal des Herrn Werner, Schwedterstr. 23/24.  
Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 2 Uhr, für Steglitz bei Eckelhofe, Hornstr. 15a.  
Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr, für Weissensee im Lokal des Herrn Kühn, Könißstr. 20.  
Tages-Ordnung in allen Versammlungen: Beratung und Beschlußfassung über die Hausbesetzung und den Entwurf für das Ortsstatut des Zweigvereins Berlin und Umgegend.  
Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 4 Uhr: **Öffentliche Versammlung mit Frauen** für den Bezirk Osten in Jmds. Chdahufer, Räderdorferstr. 71. Vortrag von Frau Emilie Jule über: Vertrag und Krise. Nachdem gemütliches Beisammensein und Tanz. 154/5\*  
Um zahlreichen Besuch dieser Versammlung bitte! Die Verbandsleitung.

## Verein der Bauanschläger

Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal I:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Rapportbericht und Bericht der Revisionen. 2. Bericht des Gewerkschafts-Bevollmächtigten und Bericht des Vorstandes. 3. Antrag des Vorstandes auf Abänderung der Statuten. 4. Abrechnung vom Vergolder-Komitee. 5. Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Mitgliedskarte legitimiert.  
40/5 Der Vorstand.

## Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin III.  
Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung mit Frauen** im Zwirnemünder Gesellschaftshaus, Zwirnemünderstr. 42.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Waldemar Panoffe über: Religion und Arbeiterkampf. 2. Diskussion. 44/6  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, 6. Dezember.

**Opernhaus.** 4. Sinfonienabend der Königl. Kapelle. Anfang 7 1/2 Uhr. Mittags 12 Uhr: Dessenliche Hauptprobe.

**Schauspielhaus.** Das große Licht Anfang 7 1/2 Uhr.

**Schiller.** Die Braut von Messina, oder: Die feindlichen Brüder. Anfang 8 Uhr.

**Deutsches.** Die Wildente. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Berliner.** Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Leistung.** Die Zwillingsschwester. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reithaus.** Sein Doppeltgänger. oder: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Neues.** Cor-Te u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Wetters.** Der Maskenball. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Rezeptionsbühne.** Dessen Dittencans Bunte Welt. Anfang 8 Uhr.

**E. v. Wolzogens.** Bunte Theater (Nebenbühne). Anfang 8 Uhr.

**Scholl und Raub.** Vorstellung. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Central.** Schauspiel von Lola Fuller und Sada Yacco mit ihrer Gesellschaft aus Tokio. Die Geisha und der Ritter. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Thalia.** Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Luisen.** Frühliche Weihnacht. Anfang 8 Uhr.

**Carl Weiss.** Am Alfar. Anfang 8 Uhr.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Offenbach-Opern. Pariser Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Dele-Alliance.** Der Mähgheits-Apostel. Anfang 8 Uhr.

**Casino-Theater.** Berlin W. — Berlin N. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.

**Metropol.** Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.

**Neues.** Spezialitäten-Vorstellung. König Kana. Luftballon. Originalität. Anfang 8 Uhr.

**Passage-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.

**Passage-Panopticum.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Zum Theateraal.) Abends 8 Uhr: „Ueber den Wolken“.

**Invalidenstraße 57/62.** Täglich: Sternwarte.

### Schiller-Theater

(Wagner-Theater).

Freitagabend 8 Uhr:

**Die Braut von Messina**  
oder:  
**Die feindlichen Brüder.**  
Ein Trauerspiel mit Chören von Friedrich Schiller.

Sonabendabend 8 Uhr:  
**Die Mütter.**

Sonntagnachmittag 3 Uhr:  
**Figaros Hochzeit**  
oder:  
**Ein toller Tag.**

Sonntagabend 8 Uhr:  
**Jugend.**

### Central-Theater.

Heute Anfang 7 1/2 Uhr:

**Vorlesung Gastspiel La Lola Fuller u. Sada Yacco mit ihrem aus 30 Japanern bestehenden Schauspielensemble d. Koll. Volkstheater's a. Tokio.**

Morgen: Dessenliche Vorstellung.

Nachmittags 4 Uhr: Weihnachts-Vorstellung: **Die Puppe.** Solb-Briefe.

Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Die Geisha.** Abds. 7 1/2 Uhr: **Die Puppe.**

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73.  
Heute und folgende Tage:  
**Die Badepuppe.**  
Große Ausstattungspuppe mit Gesang und Tanz in 3 Akten.  
Gulde Thielcher, Paula Worm, Helmerding, Junkermann, Paulmüller, Wanno-vius, Junker-Schatz. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Kleine Preise: **Geiprengte Fischein.**

### Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.  
Sollb-Vorstellung. — Kleine Preise. Parterre 60 Pf.

**Am Alfar.**  
Zeitgemäß in 4 Akt nach E. Berners Roman. — Anfang 8 Uhr.  
Sonabendabend 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: **Aschenbrödel.** Kl. Preise. Abds.: **Der Stadtrömpel.** Sonntag: **Der Stadtrömpel.**

### Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.  
Vornehmst. Vergnügungsort!  
Täglich: **Internationale Konzerte.**  
Spezialität: **Doppel-Vorstellung** von nur erstklassigen Kräften.  
**Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.**  
Vorzügliche Küche.  
Gut gepflegte Biere.

## Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Ueber den Wolken**  
Invalidenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.

### Passage-Panopticum.

Neu! Der indische Neu!  
**Doppelmensch!**  
4 Arme, 4 Beine, 1 Kopf, lebend.  
Ohne Extra-Entree!

### Castans Panopticum.

Neu! — Neu!  
Lord Kitchener. Joe Chamberlain.  
Botha. De Wet.  
— Die wunderbare Flucht —  
**Allerseelen.**  
Neue  
aktuelle lebende Photographien!

### Metropol-Theater.

Zum 103. Male:  
**Schön war's doch.**  
Gr. Berliner Ausstattungspuppe mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.  
**Thomas, Josephi, Bender, Frid-Frid, de Vere, !! Bender als Sahare! !!**  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

### Palast-Theater

(früher Geu-Palast)  
Burgstr. 22.  
Direktion: Winkler u. Fröbel.  
Das riesengroße erstklassige  
**Dezember-Programm.**  
Auftr. der durchweg neu engagierten  
**Kunst-Spezialitäten.**  
Um 9 Uhr die mit so solofolalem Erfolg aufgeführte Ausstattungs-Geleisshurte.  
**Großstadtzauber**  
Guge Auftr.; Direktor R. Winkler.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Vorverkauf vorn. v. 11—1 Uhr.

### Apollo-Theater.

Sensationell!  
Mit vollständig neuer Besetzung der Hauptrollen und Neubearbeitung.  
**König Aqua.**  
Im 2. Bilde: Original-Fischer-Tanz „Schüttel de Bax“.  
Ferner: Die neuen Spezialitäten  
**Georg Kaiser.**  
La Roland. Broth. Felsina  
und  
**10 neue Debüts.**  
Anfang 8 Uhr.

### Orpheus-Theater.

Friedrichstr. 236.  
Das neue  
**Dezember-Programm:**  
28 Künstler.  
u. a. Die Cantomimen und Chansons animés in der Pariser Original-Bearbeitung.  
Anfang 8 Uhr.

### Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3. Wochen-tags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Großes Festprogramm des Weihnachtsmonats.**  
**Mme. Jourda**  
in ihrer grossartig. Imitation der Sada Yacco.  
**Die Harrison-Truppe.**  
Hella v. Schmidt. Lotte Sobas.  
Sisters Pontell.  
„Mascagni“ etc. etc.  
**16 neue erstklass. Nummern.**

### E. von Wolzogens Bunte Theater

(Ueberbrett)  
Königlicherstr. 68.  
u. a.: Die Protokollverammlung von Lubu Thoma. — Der Nachbar von Hans von Gumpenberg. — **Brunnenzauber.** Musik von Zepier.  
Anfang 8 Uhr.

### Reichshallen.

Stettiner Sänger.  
Zum Schluss: **Neu!**  
**o Tannebaum!**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

## Schall und Rauch.

Unter den Linden 44.  
Freitag, den 6. Dezember 1901:  
**Vorstellung vor Serenissimus.**  
Auftreten der Harfen-Virtuosin u. Sängerin Mlle. Jeanno de la Praz.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Morgen und die folgenden Tage:  
Dessenliche Vorstellung.  
Sonntagnachmittag: Don Carlos.  
Die Weber.

### Casino-Theater.

Vollbringerstr. 37.  
Sensationell. Spezialitäten-Programm  
**Corradini.** Bis Freitag:  
**Berlin N. — Berlin W.**  
Sonabend: Die Roubitäten:  
Weihnachten. — Der Mädchenläger.  
Sonntagnachmittag: **Verlorene Ehre.**  
Anf. Woch. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.

### W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.  
**Die Giftmischerin von St. Tropez.**  
Schauspiel in 4 Akten v. P. Dembert.  
Sonabend:  
**Die beiden Waisen.**

### Cirkus Busch

Freitag, 6. Dezbr. abends 7 1/2 Uhr:  
„Klondike“. Origin. Pantomime des Kirtas Busch.  
Anzüge, Paletots, elegante Aus-führung, geringe Zeitzahlung.  
Landsbergerstr. 13.  
partierre. 20560

### Herren

J. Kurzberg,  
Freitag, 6. Dezbr. abends 7 1/2 Uhr:  
„Klondike“. Origin. Pantomime des Kirtas Busch.

### Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag  
**Hoffmanns Norddeutsche Sängerkapelle**  
Nach jeder Soiree: **Tanz.**  
Neu! Neu! Neu!  
**Rehmanns Heimkehr.**  
Entree 50 und 75 Pf. Wochen-tags Anfang 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsmitglied gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

### Die richtige, wirkliche, grosse Weihnachts-Messe u. Ausstellung

Luisenhof, Dresdenerstr. 34/35  
**ist eröffnet!!**  
Im prachtvollen, weihnachtlich decorierten Ausstellungs-Palast kauft jedermann billigst und amüsiert sich köstlich!  
6 Intern. Kapellen, 3 Karoufells, Erste Pantomimen, Pantomim, Vorführung fremder Völker, dreifache Fechtbälle und Ringen, Varietés mit ersten Kräften, Automaten-Ausstellung, Jägerszenen, China, Boerentipe unter Leitung von Odm Krüger, Wulstinos, Räuber-gänge, Schleichhände, Raspartheater, Olympia-Billard und vieles andre!  
**!Verkaufs-Centrale für Weihnachtsartikel!**  
Geöffnet vormittag 10 bis abend 11 Uhr, auch Sonn- u. Feiertag! Entree 10 Pf.  
Bis 3 Uhr nachmittag Entree frei! Direction: O. Kranz.

### Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Wegen 30 Wunden auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Sanfextrakt).  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
Hauptdepot in Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße. Greif-Apotheke, Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apotheke. — Stuttgart: Hirsch-Apotheke. — Breslau: Victoria-Apotheke. 2744L\*

### Puppen-Fabrik

**Otto Kreyszig** 2654L\*  
Brennenstrasse 119, Laden und 1. Etage.  
**Grösstes Special-Geschäft für Puppen.**

### Rote Kreuz-Lotterie.

Ziehung am 16. Dezember  
16 870 Geldgewinne. 100/1\*  
**Haupttreffer: 100 000 Mark bar.**  
Lose a 3 M. 50 Pf., Liste und Porto 25 Pf. extra.  
**Otto Striese, Bankgeschäft, Berlin.**  
1. Geschäft: NO., Landsbergerstr. 36.  
2. " S., Blücherstr. 49.



## Cirkus A. Schumann.

Freitag, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:  
Neu! Zum 6. Mal: **Neu The Louisiana Amazon-Guard**  
genannt Das schwarze Heberdrell. Farlige Damen aus dem Staate Louisiana. Zum erstenmal auf dem Kontinent.  
Ferner Riesens-Programm und fantastische neuen Spezialitäten.  
Die wunderbar dreifachen Elefanten des **Mr. Thompson.** Direktor Albert Schumanns neueste Original-dressuren.  
Zum Schluss zum 55. Mal:  
**Quer durch Paris**  
(A Travers Paris).  
Schluss: Nordseebad Scheveningen. Gröste und glänzendste Ausstattungs- und Wasser-Pantomime in 8 Akten. Sonntag 2 große Vorstellungen, nachm. 3 1/2 und abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: **The Louisiana Amazon Guard.** Mr. Thompsons Wunder-Elefanten. Nachmittags 1 Kind frei. Zum 58. Male: **Quer durch Paris.**

### Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag  
**Hoffmanns Norddeutsche Sängerkapelle**  
Nach jeder Soiree: **Tanz.**  
Neu! Neu! Neu!  
**Rehmanns Heimkehr.**  
Entree 50 und 75 Pf. Wochen-tags Anfang 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsmitglied gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

### Herren

J. Kurzberg,  
Freitag, 6. Dezbr. abends 7 1/2 Uhr:  
„Klondike“. Origin. Pantomime des Kirtas Busch.

### Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag  
**Hoffmanns Norddeutsche Sängerkapelle**  
Nach jeder Soiree: **Tanz.**  
Neu! Neu! Neu!  
**Rehmanns Heimkehr.**  
Entree 50 und 75 Pf. Wochen-tags Anfang 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsmitglied gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

### Die richtige, wirkliche, grosse Weihnachts-Messe u. Ausstellung

Luisenhof, Dresdenerstr. 34/35  
**ist eröffnet!!**  
Im prachtvollen, weihnachtlich decorierten Ausstellungs-Palast kauft jedermann billigst und amüsiert sich köstlich!  
6 Intern. Kapellen, 3 Karoufells, Erste Pantomimen, Pantomim, Vorführung fremder Völker, dreifache Fechtbälle und Ringen, Varietés mit ersten Kräften, Automaten-Ausstellung, Jägerszenen, China, Boerentipe unter Leitung von Odm Krüger, Wulstinos, Räuber-gänge, Schleichhände, Raspartheater, Olympia-Billard und vieles andre!  
**!Verkaufs-Centrale für Weihnachtsartikel!**  
Geöffnet vormittag 10 bis abend 11 Uhr, auch Sonn- u. Feiertag! Entree 10 Pf.  
Bis 3 Uhr nachmittag Entree frei! Direction: O. Kranz.

### Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Wegen 30 Wunden auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Sanfextrakt).  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
Hauptdepot in Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße. Greif-Apotheke, Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apotheke. — Stuttgart: Hirsch-Apotheke. — Breslau: Victoria-Apotheke. 2744L\*

### Puppen-Fabrik

**Otto Kreyszig** 2654L\*  
Brennenstrasse 119, Laden und 1. Etage.  
**Grösstes Special-Geschäft für Puppen.**

### Rote Kreuz-Lotterie.

Ziehung am 16. Dezember  
16 870 Geldgewinne. 100/1\*  
**Haupttreffer: 100 000 Mark bar.**  
Lose a 3 M. 50 Pf., Liste und Porto 25 Pf. extra.  
**Otto Striese, Bankgeschäft, Berlin.**  
1. Geschäft: NO., Landsbergerstr. 36.  
2. " S., Blücherstr. 49.

**M. & W. Müller's Nordlicht**  
ganz alter feiner, vorzüglich & Originalflasche 1 Mk.  
schmeckender Getreide-Korn  
Zu haben in allen Destillations-, Delikatessen- und Colonialwaren-Geschäften.  
**M. & W. Müller, Buckowerstr. 7**  
(früher Waldemarstrasse 29).  
Einzige Kornbranntwein-Brennerei, Sprit- und Presshefe-Fabrik Berlins  
in der täglich bis zu 240 Ctr. Getreide zu Trinkbranntwein verarbeitet werden.  
Prämirt m. goldenen Medaillen u. Auszeichnungen.

## Damen-Paletots

enorm billig.  
Jetzt nach beendeter En-gros-Saison verkauft die Damen- u. Kinder-Mäntel Fabrik  
**Heinrich Rackwitz,**  
Niederwallstrasse 28—29;  
1. Etage, gl. a. Spittelmarkt, 4. Haus rechts. Heute Frei-tag, Sonnabend, Sonntag bis abends geöffnet. Montag und Dienstag v. vormittags 8 bis abends 9 Uhr folgende Konfektion zu kost-billigen Preisen.  
von Raff Elog. Winter-Jackets, g. Bearbeit. 5,75  
Chike Paletots in sch. u. farb. 8,50  
Mod. Volant-Paletots m. Futter 23,50  
Kinder-Jackets u. Palet. in a. Gr. 4,75  
Golf-Capes, kolofiale Kuchwahl 8,85  
Eleg. Golf-Capes in weis. Stoff 12,75  
Eleg. Eskimo-Plüsch- u. Astrachan-Capes 22,50  
Wattirte Theater-Rider u. Capos 9,50

## Brauerei Germania

Aktien-Gesellschaft  
Berlin O. 34  
Frankfurter Allee 53  
Teleph. Amt VII 2645  
empfiehlt für **1,50** frei Haus  
18 Fl. 4/10 Lagerbier [27420\*  
15 Fl. 1/2 Lagerbier  
15 Fl. 4/10 Pilsener Art  
15 Fl. 4/10 Münchener Art  
20 Fl. Doppel-Weissbier.

### Patentanwalt Dammann,

Moritzplatz 57.  
Aufkunft bis abends neun. [767R\*  
**Charlottenburg.**  
H. Schmerberg [24050\*  
Wilmersdorfer-Strasse 127,  
Uhrmacher und Goldarbeiter.  
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen.  
Optische Artikel. Ohrsicher werden schmerzlos gestochen.

### Herren-Kragen,

rein leinen, garantiert 4 fach, sämtliche neue Systeme, in allen Weiten  
Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.  
Geschlossene Kragen  
per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf.  
Manschatten, prima, garantiert 4fach,  
1) Dutzend 2,25 Mark,  
Oberhemden, Servietten, Kra-watten in größter Auswahl. Tri-cotagen, Strümpfe. Detailverkauf zu Engrospreisen. 2942L\*  
Ernst Marcuse, Münzstrasse 23.

## Eisbahn

**Sportplatz Friedrichshain**  
am Friedrichshain, Straße 2a und Börsenstraße,  
größte, im Eintrittspreis billigste Berlins.  
**Berg- und Thalbahn.**  
Täglich: **Konzert.** Elektrische Beleuchtung.  
Eintrittspreis: { Erwachsene 30 Pf.  
Kinder 20 "  
Abonnement 5 Mark a Person.  
Bereinen und Schulen Abonnement-Predermäßigung.  
24505  
P. Köhler.

## Möbel-Fabrik

u. Lager kompletter  
Wohnungs-Einrichtungen  
zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt  
**Julius Apelt, Skalitzerstr. 6,** am Kottbusser Thor. [2932L\*  
Betriebs-Werkstätte für Knaben-Konfektion.  
**Gustav Taser, Brunnenstr. 84.**  
Knaben-Anzüge und Paletos in grösster Auswahl  
zu Engros-Preisen. 27870\*  
Anfertigung nach Maß in kürzester Zeit. Großes Stofflager.

### Hirschfleisch

30, 40 Pf.,  
50 Pf.  
Hasen v. 3.26, geputzt 3,75.  
Große Kaninchen.  
Oderbruch. Gänse 3/2. 53 und 60 Pf.  
Gähner, Enten, Tauben.  
**A. Ritschl, Dresdenerstr. 61**

### Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik

Gustav Hügel, Berlin, S. Pringel-strasse 46, verfertigt gegenwärtig ganz neue Bettfedern a. 3/2. 65 Pf. — überliche Polsterwaren a. 3/2. 32.125. — bessere Halbdecken a. 3/2. 17.50. — vorzügliche Decken a. 3/2. 12.50. — Von vielen Deutschen gebräutet 3 bis 4 Pfund zum großen Vorteil. — Gepulvert frei. Preis u. Brosch. gratis. Bitte nachzusuchen!

## Codes-Anzeige.

Am 8. Dezember, abends 10 Uhr, entfällt nach langem Weiden mein lieber Mann, der Tischler  
**Gilbert Schreiber.**  
Die Beeridigung findet Sonntag, den 8. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Freiwilligen Friedhofes, Pappellerstr., aus statt. 25670  
— Die trauernde Witwe Schreiber.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Steglitz.  
**Todes-Anzeige.**  
Am Mittwoch, den 4. Dezember, nach untr Kollege, der Gefolgeler  
**Hermann Klose**  
im Alter von 53 Jahren nach langen, schweren Leiden.  
12219  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beeridigung findet Sonnabend, den 7. Dezember, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Friedhofes, Charlottenburg (Härsendammer Weg), aus statt.

## Dankagung.

Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beeridigung unserer innigstgeliebten Tochter, Schwester und Braut  
**Elisabeth Wichert**  
sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Herrn Dirigenten und den Sängern hierdurch unsern herzlichsten Dank. 24405  
**Familie Wichert.**  
Otto Lindner.

## Herren-Vortrag

**Carl Bruckhoff,** Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Rückenleiden“ Freitag, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Königshof-Raffino, Holzmarktstr. 72.  
Nur für Herren! Eintritt frei!

## Klub-Pfeifen,

Jagd-, Turner-,  
Marsch-Pfeifen  
Feine Wiener  
Meerschaum-Spitzen,  
Spazierstöcke,  
Schachspiele,  
Damenretter etc.  
**Scheunert & Wirth**  
Berlin O.  
jetzt Blumenstr. 4/5,  
Laden.

## Feinstes Wiener Mehl,

Feinstes Kaiser- und  
Feinstes Weizen-Mehl,  
ausgeprobt zuverlässiges Backmehl,  
Neue Mandeln und Rosinen.  
**W. Crähé**  
Wienerstr. 16, am Görtzner  
Bahnhof.  
Brauergstr. 39, a. Zäbner-  
straße.

### Hat ein Armenverband ein Recht auf Rückerstattung von Armenunterstützungen?

Diese seit der bekannten Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts über den Charakter von Krankenunterstützungen als Armenunterstützungen brennend gewordene Frage ist — wir haben wiederholt darauf verwiesen — seit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs für Preußen zu verneinen. Bei der für weite Kreise großen Erheblichkeit dieser Frage erscheint es angebracht, auf sie etwas näher einzugehen.

Vor der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs war die Rechtslage in Preußen verschieden. Die Ersatzpflicht wurde für das Gebiet des rheinischen und des gemeinen Rechts verneint, für das des preussischen allgemeinen Landrechts bejaht. Die Grundzüge des Bürgerlichen Gesetzbuchs lassen aber eine Rückerstattung von Unterhaltsbeiträgen nicht zu, weil der Unterhalt die Unterstützung nicht als „ungerechtfertigte Bereicherung“, nicht „ohne rechtlichen Grund“ erlangt hat, sondern auf Grund einer rechtlichen Verpflichtung des Behebenden. Armenverbände können Ersatz ihrer Leistungen von dem Unterhalten oder den zu dessen Unterhalt Verpflichteten nur verlangen, soweit Landesgesetzliche Bestimmungen solches Recht einräumen. Solcher Ersatzanspruch ist für Sachsen, Württemberg, Baden, Westfalen, Oldenburg, Pommern, Ostpreußen, Sachsen-Meinigen, Bremen und Hamburg, nicht aber für Preußen anerkannt.

Die Rechtslage wird am einfachsten durch wörtliche Wiedergabe der Gründe einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 20. Oktober 1885 illustriert. Es war vom Armenverband Löhnow (in Hannover) auf Erstattung der Kosten geklagt, die der Armenverband für eine nachher durch Erbschaft zu Vermögen gekommene Arme verauslagt hatte. Der Anspruch wurde vom Landgericht zu Lüneburg, dem Oberlandesgericht zu Celle und dann vom Reichsgericht abgewiesen. In den Gründen des Reichsgerichts heißt es wörtlich:

„Durch das Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 ist die Frage, ob dem Armenverband ein Anspruch auf Ersatz der einem Armen gewährten Unterstützungen gegen den Unterhalten selbst zusteht, nicht entschieden. Dasselbe ist daher, sofern nicht durch die Landesgesetzgebung, was vielfach geschehen ist, bestimmt worden ist, daß und unter welchen Voraussetzungen ein solcher Anspruch bestehe, aus den allgemeinen Normen des geltenden Zivilrechts zu beantworten. Da nun in dem preussischen Ausführungsgesetz vom 8. März 1871 die Frage gesetzlich nicht geregelt, vielmehr die in dieser Richtung in dem Entwurfe des Gesetzes enthaltenen Vorschläge sowie die bei dessen Beratung gestellten Anträge sämtlich abgelehnt worden sind, so ist dieselbe in jedem Fall nach den Grundsätzen desjenigen Zivilrechts zu beantworten, welches für denselben maßgebend ist. Danach ist im vorliegenden Fall das in der Provinz Hannover geltende gemeine Recht entscheidend. Nach diesem ist aber ein Ersatzanspruch des Armenverbandes nicht begründet.“

Dem Revisionskläger ist zwar darin beizutreten, daß die von einem Armenverbande für einen unterstützungsbedürftigen Armen gemachten Aufwendungen nicht als in der Absicht zu schenkenden Geschenken anzusehen sind. Denn der noch dem Gesetze zur Unterstützung des Armen verpflichtete Armenverband gewährt die Unterstützung nicht aus Freigebigkeit, sondern in Erfüllung einer ihm obliegenden öffentlich-rechtlichen Verpflichtung, und stellt es daher an einer wesentlichen Voraussetzungen des Begriffs der Schenkung. Wichtig ist es ferner, daß die Absicht, eine Verbindlichkeit zu erfüllen, der Rückforderung des Aufgewandten nicht stets und unbedingt entgegensteht, denn der Wille, einen privatrechtlichen Anspruch zu erwerben, ist keineswegs mit der Erfüllung öffentlich-rechtlicher Verpflichtung unvereinbar. Allein daraus, daß weder geschenkt, noch von dem Armenverbande ein dem Armen zugehöriger privatrechtlicher Anspruch auf Unterhaltung bezw. Unterstützung erfüllt ist, folgt noch nicht, daß eine Forderung des Armenverbandes auf Ersatz der gewährten Unterstützung gegen den Empfänger derselben begründet sei. Da der Armenverband die Aufwendungen zum Vortheile der Armen in Erfüllung seiner öffentlich-rechtlichen Verpflichtung gemacht hat, so entsteht eine Privatforderung auf Ersatz des also aufgewandten nur insoweit, als neben dem das eigene bezw. das öffentliche Interesse verfolgenden Zwecke gleichzeitig die Voraussetzungen einer privatrechtlichen Verbindlichkeit vorhanden sind. Diese liegen aber hier nicht vor. Die Natur eines zurückzahlenden Vorkaufes haben die von dem Armenverbande nach dem Gesetze dem Unterstützungsbedürftigen zu gewährenden Unterstützungen nicht. Die Voraussetzungen der negotiorum gestio liegen aber ebensowenig vor. Denn da die Armenverbände nach dem Gesetze im Interesse des öffentlichen Wohles und des Gemeinwohls zur Unterstützung solcher Personen verpflichtet sind, welche einer solchen Beihilfe unbedingt bedürfen, deren Kräfte nicht ausreichen, sich und ihren Angehörigen das zum Leben unentbehrliche zu verschaffen, so liegt in der Gewährung der Unterstützungen nicht eine privatrechtliche Geschäftsführung für den Verantrager, sondern lediglich eine Erfüllung der ihm vom Gesetze anerkannten Verpflichtung, im öffentlichen Interesse für die also Verantragten zu sorgen. In einem solchen Fall erscheint aber die Absicht, einen Ersatzanspruch zu erwerben, ausgeschlossen.

Vergl. Entsch. des II. Civilsenats des preussischen Obertribunals vom 12. Februar 1878 in Entsch. Bd. 81 S. 217 ff.

Es ist allerdings von dem vierten Civilsenate des Reichsgerichts in einem Urteile vom 27. November 1879 in Sachen Krause wider die Stadtgemeinde Landsberg (abgedruckt in den Beiträgen zur Erläuterung des deutschen Rechts von Kossow und Kämpel Bd. 24 S. 513) angenommen, daß die von dem gesetzlich zur Unterstützung verpflichteten Armenverbänden gegebenen Unterstützungen von den Armen erstattet werden müssen, wenn der Unterhalt in die Lage kommt, der Unterstützung nicht mehr zu bedürfen und seine Vermögenslage sich soweit gebessert hat, daß er bei Zurückzahlung des Empfangenen nicht sofort wieder in Hilfsbedürftigkeit gerät und also wieder als Hilfsbedürftiger zu unterstützen sein würde. Allein diese Entscheidung beruht wie die in gleichem Sinne ergangenen Entscheidungen des königlichen Obertribunals zu Berlin auf den vom gemeinen Rechte abweichenden Bestimmungen des preussischen allgemeinen Landrechts über die Ansprüche aus nützlicher Verwendung.

Da das Bürgerliche Gesetzbuch die Bestimmungen des preussischen Landrechts über nützliche Verwendungen aufgehoben und die des gemeinen Rechts angenommen hat, so gelten die angeführten Entscheidungsgründe namentlich für das gesamte preussische Gebiet. Allerdings hat man (Schäfer in Verleichtebeiträge Band 41 S. 101) versucht darzutun, daß durch § 68 des preussischen Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz, betreffend den Unterstützungswohnsitz vom 8. März 1871, in der Fassung der Novelle vom Juli 1891 ein Ersatzanspruch für Preußen, in ähnlicher Weise wie durch die landesgesetzlichen Vorschriften anderer Länder, eingeführt sei. Aber dieser Versuch schlägt fehl. Die Novelle zu § 68 des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes hat dem alten § 68, der lautete: „Die Erstattung bereits verauslagter Unterstützungen kann ein Armenverband in allen Fällen, soweit nicht die §§ 40 ff., betreffend das Verfahren in Streitigkeiten der Armenverbände, zur Anwendung kommen, nur im gerichtlichen Verfahren beantragen“, folgenden Zusatz gegeben: „Der Ersatzanspruch ist im gerichtlichen Verfahren nicht in den Fällen der §§ 31, 31a, 4 und 5 auch den Kreisen und den anderen denselben bezeichneten Kommunalverbänden zu. Die Klage ist gegen den Unterhalten und gegen seine alimentationspflichtigen Angehörigen zulässig.“ Durch diesen Zusatz ist lediglich den Kreisen, die durch die Novelle neben den Orts- und Land-Armenverbänden als Träger

von Armenlasten aufgestellt sind, daselbst Recht eingeräumt, das bis dahin den Armenverbänden zustand. Es wird durch § 68 entschieden, daß über Ersatzansprüche nicht (wie z. B. in Bayern, Baden und Mecklenburg) durch Verwaltungs-Behörden, sondern durch die Gerichte entschieden werden soll. Die Frage, ob dem Armenverband oder dem Kreis ein Ersatzanspruch zusteht, ist durch § 68 nicht entschieden, sondern wurde den besonderen, seit dem 1. Januar 1900 einheitlich gewordenen Gesetzen der einzelnen Kreise überlassen. Von diesen gewährt, wie dargelegt, nur das preussische Landrecht einen Ersatzanspruch. Dementsprechend sind auch nach der Novelle vom 11. Juli 1891 die Ersatzansprüche der Armenverbände im früheren Gebiete des gemeinen und des rheinischen Rechts zurückgewiesen. Eine solche Entscheidung des Landesgerichts zu Duisburg vom 16. Januar 1899 ist im 41. Heft der Schriften des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit S. 7 abgedruckt. Eine Reichsgerichts-Entscheidung über diese Frage aus der Zeit nach dem Inkrafttreten der Novelle vom 1. Juli 1901 ist nicht veröffentlicht worden.

Der nach ist es berechtigt, den Anspruch eines Armenverbandes auf Ersatz von ihm verauslagter Kosten, insbesondere für Krankenunterstützung, abzulehnen.

### Litterarisches.

Janten, Dr. J. H. van, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim städtischen statistischen Bureau und Secretär der Arbeitskammer für die Baubetriebe in Amsterdam. Die Arbeiterschutzes-Gesetzgebung in den europäischen Ländern. Zeitschrift für Sozialpolitik, Verlag von Gustav Fischer. XII und 338 S. 89.

Das Bedürfnis nach einer Zusammenstellung der Arbeiterschutzes-Gesetze ist längst anerkannt. Fast ein Vierteljahrhundert ist verfloßen seit dem Erscheinen der ersten und einzigen Zusammenstellung dieser Art in deutscher Sprache: Dr. Lohmanns Buch, Die Arbeiterschutzes-Gesetze der Staaten des europäischen Kontinents. Anfangs der 90er Jahre hatte der Referent diese Aufgabe neu aufgenommen, es war ihm aber nicht vergönnt, sie zu Ende zu führen, da seine Arbeitskraft in anderer Weise vollständig in Anspruch genommen war. Immer wieder tauchte dieser Gedanke von neuem auf. Theodor Curti hat im Jahre 1897 auf dem internationalen Kongress für Arbeiterschutzes ein internationales Arbeiterschutzesamt gefordert. In diesen Aufgaben rechnete er in allererster Linie Sammlung und Herausgabe aller auf den Arbeiterschutzes sich beziehenden Gesetze und anderer wichtigen Publikationen (über Fabrikpolizei, Schutz der Minderjährigen und Frauen, Sonntagsruhe der Fabrikarbeiter und des Wirtschafts- und Ladepersonals, Schutzmaßnahmen für die in der Hausindustrie Beschäftigten, über die Arbeitszeit, Nacht- und Sonntagsruhe in den Staatswerkstätten und bei den Verkehrsanstalten, über die Haftpflicht in Fabriken und so weiter, über das Lehrlingswesen, Arbeiterwohnungen, Arbeiterversicherung und über den Arbeitsnachweis), Ergänzung der Texte durch ihre Vorgesichte und die aus ihnen entspringenden Bestimmungen und Regularien, sowie durch Verarbeitung der Fabrikinspektoren-Berichte etc. Es ist selbstverständlich, daß eine so weit gestreute Aufgabe von einem Einzelnen nicht mehr gelöst werden kann, wo das Gebiet des Arbeiterschutzes so wichtig ist, soweit die Quantität der Gesetze in Frage kommt, fast unübersehbar geworden ist. Die Zerstückelung der Gesetzgebung, vor allem des Verordnungsweises, rief nach einer Zusammenfassung, die zu einem Bedürfnis geworden ist, für den Parlamentarier wie für den Journalisten, für jeden Socialpolitiker wie für jeden Leiter einer Gewerkschaft. Das belgische Arbeitsamt veröffentlicht seit einigen Jahren Jahrbücher des Arbeiterschutzes, die wenigstens über die neuere Entwicklung vielfachen Aufschluß erteilen, auch das Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik sowie die Wiener „Soziale Rundschau“ haben durch Veröffentlichung und Uebersetzung sehr vieler Gesetzestexte die Kenntnis über die Arbeiterschutzesgesetzgebung im Auslande sehr verbreitet. Wir finden das „Archiv“, nicht aber die „Soziale Rundschau“ in dem angezogenen Buche an sehr vielen Stellen citiert. Curtis Gehalte des internationalen Arbeitsamtes, dessen sich nur die österreichisch-ungarische Regierung angenommen hat, ist heute wenn auch nicht als internationale staatliche Organisation verwirklicht in dem von einer Reihe Staaten geförderter, aber doch als Vereinsgründung sich repräsentierenden internationalen Arbeitsamt in Basel, dessen Vorstand Prof. Stephan Bauer ist. Als erste Aufgabe dieses Arbeitsamtes führen die Statuten an:

Es soll eine periodische Sammlung der Arbeiterschutzesgesetze aller Länder in deutscher, französischer und englischer Sprache herausgegeben, oder bei einer solchen Veröffentlichung Mittheile leisten. Diese Sammlung soll enthalten: a) den Wortlaut oder Hauptinhalt aller in Kraft stehenden Gesetze, Verordnungen, Beschlüsse oder Erlasse betr. den Arbeiterschutzes im allgemeinen, namentlich derjenigen über Frauen- und Kinderarbeit, über die Einschränkung der Arbeitszeit erwachsener männlicher Arbeiter, über die Sonntagsruhe, die periodischen Anzezeiten und über gefährliche Gewerbe; b) eine geschichtliche Darstellung dieser Gesetze und Verordnungen; c) den Hauptinhalt der amtlichen Berichte und Schriftstücke über die Auslegung und Vollziehung dieser Gesetze, Verordnungen, Beschlüsse oder Erlasse.

Trotz der unzweifelhaften Begabung des Leiters des internationalen Arbeitsamtes dürfte geraume Zeit erforderlich sein, bevor aus Leistungen des Amtes vorliegen. Bis dahin wird jedenfalls das Buch von Janten von vielen zur Hand genommen werden, die sich auf dem Gebiete der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung anderer Länder zu informieren beabsichtigen. Bei dem heutigen Stande der industriellen Entwicklung und der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung muß man es bedauern, daß der Verfasser sich auf die Gesetzgebung der europäischen Länder beschränkt hat. Gerade die Vereinigten Staaten von Amerika und die englischen Kolonien in Australien mit Einschluß von Neuseeland haben so hervorragende Leistungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und seiner Durchführung aufzuweisen, daß wir bedauern, in dem Buche von Janten gerade diese Länder ignoriert zu sehen, die uns trotz ihrer Jugend auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes Vorbilder und Lehrmeister geworden sind. Es ist überaus merkwürdig, daß die amerikanische Gesetzgebung, und das gleiche gilt von der australischen, abgesehen von der Zusammenstellung von Schwiedler aber die handelsindustrielle Gesetzgebung, von einigen Aufsätzen im Archiv für sociale Gesetzgebung und den Jahrbüchern für Rationalökonomie und Statistik sowie einigen Abhandlungen in den Schriften des Vereins für Socialpolitik, keine besondere Behandlung gefunden haben, obgleich das Bedürfnis danach unzweifelhaft ist.

Vorläufig soll also das Buch von Janten eine Lücke ausfüllen, die schon 1890 in der französischen Litteratur (\*\*) nicht bestand und bis zu einem gewissen Grade auch in der englischen Litteratur (i. verschiedene Konsularberichte) nicht besteht. Aber leider kann man das Buch nicht schrankenlos loben. Es ist nicht vollständig, so fehlt z. B. das neue spanische Arbeiterschutzes-Gesetz, dessen genauer deutscher Text in der Wiener „Sozialen Rundschau“ veröffentlicht wurde, also leicht zugänglich war, das Werk ist auch, trotzdem es die verfahrenstechnische Jahreszahl 1902 trägt, nicht auf dem Stand der Gesetzgebung

\*) Auf der letzten Versammlung in Basel beschloß die Gesellschaft für gesetzlichen Arbeiterschutzes, sich mit der belgischen Regierung ins Einvernehmen zu setzen, damit das Baseler Bureau mit diesen Aufträgen allein betraut werde. Ueber das Ergebnis dieser Bemühungen ist vorläufig nichts bekannt geworden.

\*\*) Das Buch von Tait über die Arbeiterschutzes-Gesetzgebung in den Vereinigten Staaten (Lüdingen, Leipzig 1884) ist längst durch die Entwicklung überholt.

\*\*\*) Les conditions du travail, rapports adressés au ministre des affaires étrangères et jecté die Veröffentlichungen des belgischen Arbeitsamtes.

vom Anfang des Jahres 1901 gebracht, fehlt doch z. B. das außerordentlich wichtige neue österreichische Vergarbeiter-schutz-Gesetz, ganze Partien der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung, so der Bauarbeiter-schutz sind kaum behandelt. Daß die Litteraturangaben bei einem so stark bearbeiteten Gebiete nicht vollständig sind, nehmen wir nicht zum Anlaß, mit dem Verfasser zu rechten, aber es war zu wünschen, daß er deutsche Ausgaben ausländischer Gesetze, soweit sie vorhanden sind, ausnahmslos anführt. Es fehlen aber z. B. das Buch von Karpeles über die englischen Fabrik- und Bergbau-Gesetze, die verschiedenen deutschen Ausgaben der ungarischen Gesetze von Krejci, die deutschen Ausgaben der russischen Gesetze etc. Ein Buch, wie das von Janten, ist ja nicht in letzter Linie für diejenigen geschrieben, die der fremden Sprachen nicht kundig sind, deshalb ist es einfach unverständlich, daß nicht nur eine Anzahl leicht übersehbarer Ausdrücke, wie z. B. Turkey red, Secretary of State, ohne Uebersetzung immer wiederkehren, daß sogar ganze Absätze in fremden Sprachen angeführt werden. Ein weiterer Mangel, dem wir dem ausländischen Autor weniger als den namentlich genannten Revisor der Uebersetzung zur Last zu legen haben, sind die Mängel der Uebersetzung der Fachausdrücke, so kommt zum Beispiel statt des Terminus Fabrik- oder Gewerbe-Inspektor der Ausdruck Arbeitsinspektor, ein in Deutschland durchaus ungebrauchlicher, sehr häufig vor. Von anderen Mängeln dieser Art heben wir die Bezeichnung parlamentarisch statt parlamentarisch hervor.

Und doch möchten wir das Buch trotz dieser und anderer Mängel empfehlen. Nicht nur um deswillen, weil es eine im wesentlichen richtige und vollständige Sammlung des Inhalts der Arbeiterschutzes-Gesetze von vielen — nicht allein — europäischen Staaten enthält, dann auch weil es eine Reihe von Gebieten behandelt, die bei der Erörterung der ausländischen Gesetzgebung in unserer Litteratur zumeist flüchtig behandelt werden, so vor allem die zivilrechtliche Natur des Arbeitsvertrages, das Lehrverhältnis, die Gewerbeverträge und verwandte Materien. Sicherlich findet man ja auch, so z. B. im „Gewerbegericht“, Materialien über dieses Gebiet der ausländischen Gesetzgebung, aber nicht alles zusammengefaßt, wie hier in einem Buche über die Arbeiterschutzes-Gesetzgebung.

Charakteristisch für das Buch ist, daß es uns mit der amheimlich reizen aber bei uns fast völlig unbekanntem holländischen Litteratur über die behandelten Fragen einigermaßen bekannt macht.

Wäre auch im einzelnen noch dies oder jenes anzufügen, so glauben wir doch, daß das Buch vielen Bedürfnissen Rechnung trägt und so lange Wert behalten wird, bis es durch einen besseren Nachfolger ersetzt wird. ad. br.

Stier-Somlo, Dr. Fritz, Privatdozent der Rechtswissenschaft an der Universität Bonn. Unser Mietsverhältnis und seine Reform. Die Wohnungsfrage und das Reich, eine Sammlung von Abhandlungen, herausgegeben vom Verein Reichswohnungsreform Heft 4. Göttingen 1901, Vandenhoeck u. Ruprecht, 89 S. 8.

Das Bürgerliche Gesetzbuch hat unzweifelhaft eine ganze Reihe von Verbesserungen des Mietsrechtes geschaffen, schon die Einheit des Rechtes für das ganze Deutsche Reich erschien ein erheblicher Vorteil gegen die bisherigen Zustände. Aber diese Vorteile gegenüber den früheren Mietsrechten sind durchaus nur scheinbare. An diese Vorteile sind durch die Vertragsfreiheit wieder andere der Welt gebracht. Genau ebenso wie die Vorteile, die auf Grund des § 616 z. des Bürgerlichen Gesetzbuchs den Arbeitern zugesichert waren, auf Grund der Vertragsfreiheit durch die Arbeiterordnungen den Arbeitern wieder entzogen wurden, bevor diese nur recht Kenntniss von den Bestimmungen der Gesetzgebungen in ihrem Interesse erhalten hatten, ebenso sind die Vorteile, die dem schwächeren Teile im Mietsverhältnisse, den Mietern durch das Bürgerliche Gesetzbuch zugesichert wurden, durch die von den Hausbesitzern überall aufgesetzten Mietsverträge den Mietern wieder abgerungen worden. Diese beiden Erscheinungen beweisen, wie lächerlich die Voraussetzung einer Vertragsfreiheit, einer gleichen Macht vertragsschließender Teile innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung für den Arbeitsvertrag und den Mietsvertrag ist. Der Aufbau der Gesetzgebung der von dieser juristischen Voraussetzung ausgeht, war nur möglich bei Ignorierung der tatsächlichen Machtverhältnisse, welche die wirtschaftlichen Beziehungen bestimmen. Im wesentlichen verlangt deshalb die hier angezeigte Schrift, daß das Mietsrechtverhältnis dadurch reformiert werden solle, daß für Mietern unter 2000 M. eine vertragsmäßige Unverfallbarkeit der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs unmöglich gemacht werden solle. Dann fordert der Verfasser, daß nicht mehr wie bisher juristisch formal auf Grund der Mietsverträge geteilt werden dürfe, sondern, daß man nach Recht und Billigkeit gegebenen tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, die Mietsverträge auslege; so z. B. daß bei faktischen, wenn auch verpäteten Zahlungen des Mietzinses ein Gnadenverfahren und noch dazu der Verlust der Miets nicht mehr möglich sein solle. Eine Reihe Vorschläge ähnlicher Art macht der Verfasser. Nicht mit Unrecht bemerkt er, daß ein vernünftigeres Mietrecht auch dem Vermieter zum Vorteil gereichen würde, weil es eine Stetigkeit der Wohnverhältnisse, eine längere Dauer der Mietverhältnisse herbeiführen würde. Gegen die Vorschläge des Verfassers wird kaum etwas einzuwenden sein, wenn man es auch etwas lomsich finden darf, diese Vorschläge mit dem etwas unbedeutenen Worte, die „Socialisierung“ des Mietsrechtes im Bürgerlichen Gesetzbuch bezeichnet zu sehen. Für dieses dem Verfasser sehr liebe Wort hat er eine nur ihm eigne, von der bisherigen vollständig verschiedenen Definition gefunden. Dieses Wort bedeutet ihm nicht Bergesellschaftung der hier fraglichen Rechte, Mittel und Werte, sondern ein verständiges Abwägen der Ansprüche und Verpflichtungen, die sich aus dem Mietsvertrage ergeben, eine volkswirtschaftlich nützliche und moralisch gerechtfertigte Verteilung der Vorteile und Lasten. Wir bezweifeln, daß für diese lausendartige Definition sich überhaupt ein Wort finden läßt, jedenfalls eignet sich das Wort „Socialisierung“ hierzu durchaus nicht. Der Verfasser fordert auch die „Socialisierung“ des Mietprozesses, eine Beschleunigung des Verfahrens, eine Vereinfachung desselben, sachgemäße Entscheidungen durch Mietschiedsgerichte, nicht durch den gelehrten Richter. Weiter wünscht er die „Socialisierung“ der Zwangsvollstreckung, Ausdehnung des Bereichs unpfändbarer Gegenstände, angemessene Fristen zur Räumung, freundliche Maßnahmen, bevor der Gerichtsvollzieher seine Pflicht thut.

So wohl gemeint die Vorschläge des Autors auch sind, so sicher ist keine Aussicht vorhanden, sie in absehbarer Zeit verwirklicht zu sehen. Die Juristen sind so froh, das Bürgerliche Gesetzbuch in Anwendung gebracht zu haben, daß gar keine Aussicht vorhanden ist, die vorgeschlagenen und andre nicht minder wichtige Änderungen an demselben vorzunehmen. Trotzdem hat diese Schrift ihren Wert nicht nur als eine Kritik unserer Gesetzgebungsarbeit, sondern auch als eine Kritik der Hausbesitzer-Organisationen und ihrer Mietsverträge. Deshalb empfiehlt sich diese Schrift für Referenten, die über die Wohnungsfrage sprechen wollen, sie bildet auch einen Kommentar zu einer Reihe Mietsrechtsbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wodurch sie für Arbeiter-Sekretariate etc. Wert erhält.

In einem Schlussworte kommt der Verfasser noch auf das Ungehen unserer Wohnungsstatistik zu sprechen, er macht da eine Reihe beachtenswerter Bemerkungen. Wenn er nach einer Feststellung des Ungehegens unserer Wohnungsstatistik meint, daß in einzelnen großen und größeren Städten doch Musterzählungen geleistet wurde, so wäre die Einschränkung sehr empfehlenswert gewesen, daß dies wohl für die Schweiz (Basel, Bern, Zürich, Winterthur), aber nicht für das Deutsche Reich gilt.

Etwas zu kurz ist die Bemerkung hingeworfen, daß man verschiedene Mietsrechte für große Mietskasernen mit vielen Mietarten und für kleine Häuser mit wenigen Parteien machen

folle. Wie in den Bau-Ordnungen, so sollte man auch im Rechte individualisieren, meint der Verfasser. Und scheint ein solcher Gedanke nicht ungefährlich. Ein einheitliches Mietrecht, dem die Westländer ebenso wie die Besitzlosen unterworfen sind, wird weniger ausschließlich das Interesse der Vermieter berücksichtigen können, wie ein unter den heutigen Verhältnissen zu stande kommendes besonderes Mietrecht für die ärmeren Volksschichten. Jedenfalls ist bei Weiterführung des Gedankens alle Vorsicht am Platze.

Es sind alles nur keine himmelstürmenden Vorschläge, die der Verfasser zur Revision des Mietrechts vorschlägt, und doch fürchtet er, daß man ihn des Utopismus zeihen könnte. Vielleicht nicht mit Unrecht, denn auch wir sind der Meinung, daß es in Deutschland unter den gegebenen politischen Machtverhältnissen in Staat und Kommune zu den schwierigsten Aufgaben gehört auf dem Gebiete des Wohnungsrechts, der Wohnungspflege und der gesunden Wohnungsvermehrung Zustände herbeizuführen, die den berechtigten Interessen der Mieter Genüge leisten.

**Marktpreise von Berlin am 4. Dezember 1901**  
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

• Weizen, gut D.-Gr.	17.10	17.08	• Kartoffeln, neue, D.-Gr.	6.-	4.-
• mittel	17.06	17.04	• Rindfleisch, Rente 1 kg	1.70	1.20
• gering	17.02	17.-	• do. Bauch	1.40	1.-
• Roggen, gut	14.20	14.18	• Schweinefleisch	1.70	1.30
• mittel	14.16	14.14	• Kalbfleisch	1.80	1.-
• gering	14.12	14.10	• Hammelfleisch	1.90	1.-
• Gerst, gut	14.50	14.-	• Butter	2.80	2.-
• mittel	13.90	13.40	• Eier 60 Stück	5.80	2.80
• gering	13.80	12.90	• Karpfen 1 kg	2.20	1.20
• Hafer, gut	16.70	16.10	• Halm	2.50	1.40
• mittel	16.00	15.50	• Hafer	2.50	1.20
• gering	15.40	14.90	• Weizen	1.90	1.-
• Weizenklein	7.66	7.16	• Bartha	1.80	0.80
• Gerst	8.40	8.20	• Schleie	3.-	1.20
• Gerst	40.-	25.-	• Heide	1.40	0.80
• Speisebohnen	50.-	25.-	• Kresse	15.-	3.-
• Bohnen	65.-	20.-			

\*) ab Bahn.  
† frei Wagen und ab Bahn.

**Produktenmarkt vom 5. Dezember.** Auch heute zeigte der Getreidemarkt feste Stimmung im Anschluß an höheres Devisen- und Ungarn und sehr stramme Preisermittlungen von den amerikanischen Plätzen. Das recht lebhafteste Geschäft beschränkte sich jedoch im wesentlichen auf effektive Ware, da der Konsum mit großen Ordnern am Markt war. Dänischer

Weizen wurde mit 171 bis 173 M. je nach Qualität, feinsten märkischen Roggen mit 144 M. frei Mühle, beides also etwa 3 M. höher, als nahe Lieferungen bezahlt. Das ausländische Warengesamt war knapp, inländisches fehlte fast ganz. Viel Ware geht von hier nach außerhalb, da die Berliner Preise noch immer billiger sind, als diejenigen in den Provinzen. Im Lieferungsabstand notierte Weizen 1 1/2, Roggen 1/2, bis 1 M. höher als gestern. Die Mehlpreise zogen bei einigem Handel 15 Pf. an. Auch Futtermittel blieben fest. Hafer war 1 M., Mais bis 2 M. höher gehalten. Rindfleisch unverändert, fast ohne Handel.

**Briefkasten der Redaktion.**

**Frau Sch.** Falls Sie großjährig (älter als 21 Jahre) bei Abschluß des Vertrages waren, so sind Sie zur Abnahme und Zahlung verpflichtet. Ihr Ersuchen, Unerfahrenen vor ähnlichen Bestellungen durch Unterschrift zu warnen, ist berechtigt. Aber wird die Warnung helfen? Denn alle monatlich haben wir davor gewarnt und wiederholen die Warnung, irgend ein Schriftstück, Bestellchein und dergl. zu unterschreiben, bevor der Unterschreibende Abschrift des Schriftstücks sich hat geben lassen und von einem Sachverständigen über die Tragweite des Schriftstücks belehrt ist. Reisenden auf für einen Arbeiter völlig wertlose Zeitschriften, Schundromane, Konversationslexika, Zeitsunde, sogenannte Schutzmittel, Versicherungen auf Todesfälle, Krankheiten usw. gebe man niemals seine Unterschrift; auch dann nicht, wenn die Betreffenden behaupten, es handle sich nur um eine Behätigung, um die Adresse usw. Ist einmal die Unterschrift abgegeben, so ist man gebunden, für mehr oder minder wertloses Zeug hohe Preise zu zahlen. Die vielfach verbreitete Ansicht, man könne von einem Vertrag einseitig zurücktreten, oder die Unterschrift der Ehefrau ohne Genehmigung des Ehemannes sei ungültig, ist durchaus falsch.

**Frau Anna W.** Wir haben die Gemeinshaftlichkeit der von Ihnen erwähnten Gesellschaft erst vor kurzem ans Licht gebracht.  
**H. V. Wettenberg.** Die englischen Arbeiter unterstützen die deutschen während des Streiks mit 69 170,45 M. Die deutschen Gewerkschaften sandten einige geringe Beiträge ein, von den Hirsch-Länderern sind keine Unterhaltungen gelaufen.  
**M. S. 100.** Die 70 Mark-Steuer und die Lebensgabe der Brenner ist durch Gesetz vom 24. Juni 1887 eingeführt. — **Ackerstr. 100.** 1. Rein; es mülhe Umkehrung auf Ihren Namen erfolgen. 2. Ungefähr 15 Mark. — **R. S. Ober-Schönwitz.** Rein. Durch Verkauf eines Grundstücks gehen Rechte und Pflichten des früheren Eigentümers auf den neuen über. — **Zachbeder Thomas Bralun.** 1. Der spanische Dichter Cervantes schrieb anfangs des 17. Jahrhunderts einen satirischen Roman, dessen Held Don Quixote de la Mancha noch heute als Muster eines Narrischen,

albernen Beschreibers verankert, herrlicher Aufschmungen gilt. Von seinem Namen abgeleitet ist dies Wort Donquixoterie. Der Diener dieses lächerlichen Hitters von der traurigen Gestalt hieß Sancho Panza. Eine billige Uebersetzung des Cervanteschen Romans ist in der Neumannschen Bibliothek erschienen. 2. Wenden Sie sich an die Buchhandlung Bornwärd, Poststraße 2 oder in der Nähe der Sie. 3. Wenden Sie sich an die Landesversicherungsanstalt Berlin, Poststraße 24. — **Kahleberg 153.** Die Kasse ist im Recht. — **M. W., Reichenbergerstraße.** 1. Rein. 2. Ja. — **Reusdorf.** Auch die Kolportage ist nur in der für den Sonntagshandel freigegebenen Zeit zulässig. Welche Zeit das an Ihrem Orte ist, erfahren Sie auf Ihrem Polizeibureau, eventuell durch die Besondere, die im übrigen unglücklich wäre. — **M. G. H.** Ueber Eisenbahnfahrpläne erhalten Sie am besten durch Einsicht in das Reichssteuerbuch oder durch Nachfrage an den amtlichen Auskunftsstellen (Kronenplatz und Anhalter Bahnhof) Auskunft. — **G. M., Verleb.** Leider nein. — **M. A. 40.** Das ist bei weitem zu wenig gekleidet; es müssen mindestens 200 Markten gekleidet sein. — **Fr. 10.** 1. Die Befolgung von Uebereitungen (Polizeiinterventionen) verfährt in 3 Monaten. 2. Geldstrafe. — **R. G. 44.** Rein. — **M. S. Sch. 33.** Die Kündigungsdfrist beträgt 14 Tage, falls nicht etwa durch die Fabrikordnung eine andre Frist festgesetzt ist. — **G. M.** Eine Darlehensklage ist bei dem Gericht anzustellen, in dessen Bezirk der Schuldner wohnt. Sie können die Klage zu Protokoll des Gerichtsschreibers erklären oder schriftlich einreichen. Ein Formular zu solcher Darlehensklage finden Sie Seite 229 Nr. 34 des dem Arbeiterrecht beigegebenen Führers. — **Jessehr. 1.** Eine Kapitalabfindung an Stelle der Unfallrente ist, abgesehen von dem Fall einer wieder heiratenden Witwe und eines Ausländers, nur zulässig, wenn der teilweise Erwerbsunfähige eine Rente von 15 oder weniger Prozenten der Vollrente festgesetzt ist. — **M. P. 3.** 1. Rein. 2. Ja. — **G. S. 77.** Unzulässige Weiterungen erwachsen fortgesetzt dem beteiligten Publikum und der Charité aus Juristen, die über die Ausbildung der Hebammen verbreitet sind. Es ist namentlich unrichtig, was man fast allgemein annimmt, daß die betreffenden Frauen sich in der Charité zu melden hätten. Eine Ausbildung findet allerdings in der Charité statt, aber nur für Frauen aus Berlin und dem Regierungsbezirk Potsdam, und die erste Meldung hat auch nicht in dieser Anstalt, sondern für die Berliner Frauen beim Bezirkspräsidium Schütz am Tempelhofer Ufer 20 und für die Frauen aus dem Regierungsbezirk Potsdam bei ihrem Bezirkspräsidium zu erfolgen. Die erste Meldung geschieht zum Zwecke einer Vorprüfung und Untersuchung. Hiernach haben die Berliner Frauen beim Polizeipräsidium und die aus dem Regierungsbezirk Potsdam beim Regierungspräsidium ein Gesuch um Zulassung zur Ausbildung einzureichen. Hierauf erhalten sie Bescheid, ob sie angenommen sind oder nicht, und im ersten Falle werden sie dann zu dem Kursus einberufen, der jedesmal in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März in der Charité unter der Leitung von Wehnerin Gusew und Professor Vogel abgehalten wird. Die Frauen müssen während der Zeit ihrer Ausbildung in der Charité wohnen. Die Kosten betragen für jede Person nebst 300 M. für Wohnung, Verpflegung, Instrumente und Ausbildung. — Wer Hebammen lernen will, darf über 29 Jahre alt sein.

**C., Spittelmarkt 11** **M. Schneider & Cie.** **Ecke der Kurstraße**

**Special-Kaufhaus**

für **schwarze und farbige Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Leinen- und Baumwollwaren, fertige Wäsche, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Gardinen, Portieren, Teppiche, Läufer, Tisch-, Stepp-, Schlaf- und Bettdecken.**

**Täglich: Großer Reste-Ausverkauf.**

Von heute ab gewähren wir auf sämtliche schon unter Preis ausgezeichneten **Reste** und sonst schon zurückgesetzten Waren jeder Art noch **extra 10% Rabatt.**

Sonntags geöffnet 8—10 u. 12—8 Uhr.

**Jedes Wort 5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Kleine Anzeigen.** Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Poststr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
• Restaurant verkauft Delikatessen 2385  
• Reparation, Depilation, großes Badezimmer, zu verkaufen. Poststraße 25. 24406  
• Wollgeschäft billig Weidenweg 61.  
• Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137  
• Welche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Dusseldorf, Comploir Kaiserstraße 25A, früher Baranstraße 4 und 5. 9248  
• Resthandlung, Gulchnitz gratis, Alexandrinenstraße Ecke Neuenburgerstraße, 5 Prozent Rabatt. 24166  
• Vorzügliche elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Berlin, Germania, Unter den Linden 21, II. 9002  
• Stoffe Herrenrocken, wegen Aufgabe billig zu verkaufen. Reanderstraße 25. 16746  
• Winterpaletots wegen vorzüglicher Saison bedeutend unter Preis einzeln zu verkaufen. Mohr Str., Berlin, Revolutionsstraße 8. 2297b  
• Winterpaletots, Remontoir, ungenutzt, postbillig Reichhaus, Reanderstraße 6. 105/16  
• Teppiche, Gardinen, Steppdecken, postbillig Reichhaus, Reanderstraße 6.  
• Ausverkauf: Knabenanzüge, Knabenpaletots, Mädchenkleider, Wäscheartikel allerbillig. O. Hoffmann, Bismarckstraße 14. 8792

**Betten, Regulatoren, Oerengläser** postbillig Reichhaus, Reanderstraße 6.  
**Teppiche!** (leiderhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dadescher Markt 4, Bahnhof Böse. 119/14  
**Gelegenheit!** In meinem großen Möbelpelzer mit eigener Tapezierwerkstatt verkaufe zu postbilligen Preisen: Truhen, Kücheneinrichtungen, Küchenbänke mit Federmatratze 52, Tischensofas 55, Hühnerbetten 18, Schlafsofas 40, Gabelgarnitur 100. Komplett Zimmer-einrichtungen in jeder Preislage. M. Rosenkranz, Möbelpelzer, Schreibereistraße 5. 9162  
**Räumungshalber verkaufe zu Spottpreisen:** Kücheneinrichtungen, Kleiderschränke, Ventilatoren, Schlafsofas 42, Truhen, Tischensofas 50, Schreibtische, Besten mit Federmatratze, Bänke 80, Gabelgarnituren 100. Bildgarnituren 85, nur allein beim Fabrikanten. Händler 5 Prozent Ermäßigung. M. Rosenkranz, Schönhauser Allee 171.  
**Teppiche** mit Gardinen, Kabineneinrichtung Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437  
**Nähmaschinen** und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b  
**Steppdecken** billig Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437  
**Konvertierbarer** verkauft Brand, Holzmarktstraße 2. 2447b  
**Restaurant, voller Schant, Arbeiterwerk, Vereinszimmer, drei Zehnküchen, zu verkaufen.** In der Nähe bei Anders, Salzweberstraße 8. 479

**Nähmaschinen, preiswerteste** Jungquene, ohne Aufnahme, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort, Dandbergstraße 82, Köpplerstraße 60/61. 22606  
**Wenzehauer** Bücher, Notenblätter 7,50. Kaffee - Allee 27, Strabel. 24466  
**Handwagen** verkauft Korb, Voerstraße 37. 109/0  
**Umstände halber** Pancofso, neu, billig. Frau Daetel, Prinzenstraße 92, II. 109/4  
**Best, prachtvoll, 17,00.** Möbel, Köpplerstraße 26. 24456  
**Tampfmachine** mit Schienen, für Kinder, billig zu verkaufen Potsdamerstraße 66, Gartenhaus III, links.  
**Bilder** in hochfeinen modernen Rahmen, postbillig, verkauft Ohmstraße 10, Hof rechts II rechts. 24525  
**Knabenmäntel** (5 jährig) verkauft Jurisch, Köpplerstraße 44, Quersgebäude. 24535

**Kostümröcke** von 5,00 an, fertige nach Maß. Jede Art Damen-schneider elegant, billig. Reanderstraße 26, parterre links. 16729  
**Anfertigung** eleganter Herren-garderobe, Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstraße 20.  
**Jahresteller** C. Gebide Star-garderobe 3. 4199  
**Handwerker!** Rein Wasser-wagen-Gesellschaft befindet sich jetzt: Neue Köpplerstraße 8, Julius Hagelstr. 1831b  
**Bücherkauf** und Beilegung Gammann, Köpplerstraße 56, I, Amt 6. 8876  
**Alle Gebilde** sowie altes Gold kauft Kurzbar, Dintensstraße 23, I. Etage. 109/2  
**Buchbinderei.** Hiedler, Eber-lottensburg, Krummstraße 66, Eingang Schäferstraße. Anfertigung jeder Art Bucheinbände. 714  
**Widifikation!** Wer sich über diese ruchlose Grausamkeit unter Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Widifikation, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierischverein Berlin, Köpplerstraße 108. Darsicht können auch Referenten für Beiträge in Arbeitervereinen über Widifikation bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b  
**Augustabad,** Köpplerstraße 60 Bäder jeder Art für sämtliche Krankheitsfälle. 7362  
**Vereinszimmer, geräumig** Eimerstraße 23. 8452  
**Parteiengenossen** bitte, mich durch Artikel und Kauf von alten und neuen Stiefeln gütlich zu unterstützen. Kunge, Grünweg 3.

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
• Komiker freitags noch frei. Glasholz, Kuffenstraße 29. 24246  
• **Matinee,** einen Freitag frei, Ewanowitsch, Eidingstraße 4. 479  
• **Winder** Strickhüter bitten um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurück-geliefert. Adresse: Wulsdorferstraße 27, A. Wäfer.  
**Stellenangebote.**  
• **Formbinder** verlangt König-Charif 29 a, Weidenallee. 7129  
• **Achtung!** Herren und Damen aus allen Kreisen können durch Hoch-achtung von Lebens-, Geld-, Ehe-, Gesundheit- und Kinder-versehrungen viel Geld verdienen, insbesondere solche, die in Fabriken und größeren Arbeits-plätzen bekannt sind. Auch Arbeiter und Arbeiterinnen können dadurch großen Nebenverdienst erwerben. Auch werden aus Wunsch Herren und Damen jeden Standes fest angeheilt. An-leitung leicht und schnell. Persönliche Beratungen von 8-8 Uhr abends. Adress: Generalagentur Spittelmarkt, Wulsdorferstraße 1. 24146  
• **Rahmentröpfer,** geblüht, verlangt Schütz, Oranienstr. 185. 24485  
• **Suche** einen Blaser, der schon in einer Spiegelglasfabrik mit Kopfenbeugung beschäftigt war. Offerten an die Ex-pedition unter U. 5.

**Rahmenmacher** verlangt Krüger, Kottbuser-Unter 32. 2445b  
**Klavierspieler** für Sonnabend und Sonntag verlangt Stallger Straße 94b. 716  
**Mamsells** auf bessere Jockets ver-langt Fruchtstraße 52 II. 24186  
**Am Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile  
**Achtung!** Tüchtige Schriftmaler bei hohem Lohn finden dauernde Beschäftigung bei **J. Kaufmann,** Neue König-straße 58. 2417b

**Bilder-Reisende**  
für einen neuen Brief gelohnt.  
**Höchster Verdienst!**  
**Lohnender Absatz!**  
Offerten mit Angabe höherer Tätigkeit u. O. 5 Str. 6 St.

**Achtung!**  
**Klavier-Arbeiter!**  
Der Junge von Klavierarbeiten aller Branchen ist wegen Lohnver-tenzen bei der Firma **C. Neu-gabauer Nachf.,** Bell u. Comp., Anhalterstr. 33, Grüner Weg 70 (Königsplatz), streng fernzuhalten.  
Die Erziehung.